

PETER MANKOWSKI

Beseitigungsrechte

Jus Privatum

81

Mohr Siebeck

JUS PRIVATUM

Beiträge zum Privatrecht

Band 81



Peter Mankowski

Beseitigungsrechte

Anfechtung,
Widerruf und verwandte Institute

Mohr Siebeck

Peter Mankowski, geboren 1966; Studium und Rechtsreferendariat in Hamburg; 1994 Promotion; 1994-2000 Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Osnabrück; 2000 Habilitation; seit 2001 Professor für Bürgerliches Recht, Rechtsvergleichung und Internationales Privat- und Prozeßrecht an der Universität Hamburg

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung des Fachbereichs Rechtswissenschaften der Universität Osnabrück gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

978-3-16-157934-9 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-147794-4

ISSN 0940-9610 (Jus Privatum)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2003 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Textservice Zink in Schwarzach aus der Times-Antiqua gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Schaumann in Darmstadt gebunden.

Vorwort

Wer sich heute im Zivilrecht habilitieren will, schreibt gegen hundert Jahre Rechtsentwicklung unter dem BGB an. Fast alles scheint schon geschrieben. Eigentlich alle großen, grundlegenden Fragen scheinen schon besetzt. In besonderem Maße scheint dies für den Allgemeinen Teil des BGB zu gelten. Denn kein anderer Teil des BGB scheint dem Juristen so vertraut wie gerade der Allgemeine Teil. Ihn lernt man bereits im ersten Studiensemester kennen, und er begleitet als Grundlage durch das gesamte Erlernen des Zivilrechts. Diese Vertrautheit, der Glaube, alles im Allgemeinen Teil doch schon seit langem zu kennen, trügt aber. Der Rechtsgeschäftslehre, dem Kern des Allgemeinen Teils, stellt sich insbesondere mit dem Verbraucherschutzrecht eine neue Herausforderung. Die Bindung an das gegebene Wort ist über weite Strecken nicht mehr so unumstößlich, wie das BGB sie einst konzipiert hat. Die Lösungsinstrumente erscheinen vielgestaltig und tragen unterschiedliche Namen. Die Erkenntnis, daß sie trotzdem Teile eines einheitlichen Systems bilden, wurde und wird dadurch erschwert, daß sie häufig außerhalb der großen Kodifikation in Spezialgesetzen standen und stehen. Den Versuch, dieses System zu beschreiben und die Herausforderung an den Allgemeinen Teil anzunehmen, habe ich in der vorliegenden Arbeit unternommen. Dabei galt es auch, manche Wiederentdeckung zu machen. Denn vieles von dem, was insbesondere im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts gedacht wurde, ist inzwischen in Vergessenheit geraten, obwohl es heute noch großen Nutzen für die Anwendung des geltenden Rechts bringen kann. Außerdem war manche scheinbare Sonderentwicklung in einzelnen Gebieten, vor allem im Arbeitsrecht, (wieder) einzubinden in das allgemeine Zivilrecht. Besonders reizvoll war es, gewichtige Teile der Erklärungslehre auf ihre Effizienz hin zu untersuchen. Kosten der Rechtsanwendung und Transaktionskosten insgesamt möglichst gering zu halten sollte ein Ziel des gesamten Rechts und damit auch des Rechts der Willenserklärungen sein. Transaktionskosten- und Anreizperspektive sind mir durchgängiger Maßstab gewesen.

Der Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Osnabrück hat die ursprüngliche Fassung der vorliegenden Arbeit im Wintersemester 1999/2000 als Habilitationsschrift angenommen. Betreut hat sie mein verehrter Lehrer Prof. Dr. *Christian v. Bar*. Ihm danke ich für sehr viel: für die Chance zur Habilitation, für die große wissenschaftliche und persönliche Freiheit, die er mir gelassen hat, für seine nie nachlassende Unterstützung und für die Schnelligkeit der Begutachtung. Ich werde mich immer ausgesprochen gern an meine Jahre im Institut für Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung der Universität Osnabrück erinnern. Das Zweitgutachten hat Prof. Dr. *Karl-Heinz Gursky* erstellt. Ihm habe ich ebenfalls für seine beeindruckende Schnelligkeit, weit mehr aber noch für seine wertvollen Anregungen zu danken. Er war ein Zweitgutachter, wie man ihn sich nur wünschen kann. Der Mühe des in Osnabrück obligatorischen dritten Gutachtens zu Person und Werk hat sich dankenswerterweise Prof. Dr. *Rainer Hüttemann* unterzogen. Schließlich gilt mein Dank Prof. Dr. *Ulrich Foerste*, der als Dekan alles ihm Mögliche für ein überragend schnelles Habilitationsverfahren getan hat.

Den Anstoß zu der vorliegenden Arbeit verdanke ich meinem damaligen Kollegen Dr. *Philipp v. Randow*. Das ständige bereichernde Gespräch mit ihm, der die Kombination von

Jura und Ökonomie beherrscht wie kaum jemand sonst in Deutschland, hat mich dazu bewogen, altehrwürdigen Regeln des Allgemeinen Teils unter anderem mit dem Gedanken gut der Ökonomischen Analyse nahezutreten. Vor allem dafür, mir diese Welt erschlossen zu haben, darf ich mich bei ihm ganz herzlich bedanken, außerdem dafür, daß ich manche Idee, manchen Ansatz im freundschaftlichen Gespräch überprüfen und klären durfte. Meinen Eltern und meinen Freunden danke ich für ihr großes Verständnis und für vielfältige Aufmunterungen, derer man auf der Langstrecke einer Habilitation oft genug bedarf.

Die Arbeit befindet sich auf dem Stand vom 1.3.2003. Insbesondere berücksichtigt sie die wesentlichen Änderungen des Verbraucherschutzrechts durch das Gesetz über Fernabsatzverträge und andere Fragen des Verbraucherrechts sowie zur Umstellung von Vorschriften auf Euro vom 27.6.2000 (BGBl. 2000 I 897), durch die Schuldrechtsreform und durch die Heininger-Novelle (Art. 25 des OLG-Vertretungsänderungsgesetzes, BGBl. 2002 I 2850). Die Notwendigkeit, diese drei Gesetze einzuarbeiten, hat ein früheres Erscheinen der Arbeit leider verhindert und erhebliche Änderungen des ursprünglichen Textes mit sich gebracht. Für ihre unersetzliche Unterstützung bei der Schlußredaktion danke ich herzlich Frau *Inga Burmeister*.

Der Deutschen Forschungsgemeinschaft gebührt großer Dank für ihre Geduld und einen außerordentlich großzügigen Druckkostenzuschuß.

Hamburg, 15.6.2003

Peter Mankowski

Inhaltsübersicht

Teil I: Einleitung	1
§ 1 Problemstellung und Gang der Bearbeitung	1
§ 2 Erklärungsstatbestand oder Erklärungswirkungen als Ansatzpunkt und Gegenstand der Beseitigung?	8
§ 3 Beseitigung von Erklärungswirkungen und Auflösung von Verträgen	15
Teil II: Typen der Beseitigung von Erklärungswirkungen	25
§ 4 Anfechtung	25
§ 5 Widerruf nach Verbraucherschutzgesetzen	33
§ 6 Widerruf einseitiger Erklärung	68
§ 7 Vereinbartes Recht zur Auflösung eines Rechtsgeschäfts	78
§ 8 Überholende Widerrufsrechte	88
§ 9 Widerrufsrechte zur Beendigung eines Schwebezustands (Pendenzwiderrufsrechte)	113
§ 10 Sonstige Widerrufsrechte	156
§ 11 Einverständliche Aufhebung von Verträgen	176
§ 12 Anspruch auf Vertragsaufhebung als Schadensersatzanspruch	183
§ 13 Kondiktion der Erklärung?	214
Zusammenfassung zu Teil II	218
Teil III: Materielle Voraussetzungen der Beseitigungsberechtigung	222
§ 14 Strukturelle Unterlegenheit des Erklärenden	222
§ 15 Konkrete Unfreiheit im Willen durch Täuschung	303
§ 16 Aufhebung der freien Willensentscheidung durch Drohung	349
§ 17 Diskrepanz zwischen Erklärtem und vom Erklärenden Gewolltem	379
§ 18 Unsicherheitszustand, insbesondere aus der Sphäre der Gegenpartei	416
§ 19 Freie Willensentscheidung	417
Zusammenfassung zu Teil III	421
Teil IV: Struktur der Beseitigung von Erklärungswirkungen	426
§ 20 Zweiaktigkeit von Erklärung und Beseitigung	426
§ 21 Abwägung zwischen Interessen des Erklärenden und Bindungsinteressen des Erklärungsadressaten sowie des Rechtsverkehrs	435
§ 22 Besonderheiten bei statusbegründenden Willenserklärungen	483
Zusammenfassung zu Teil IV	492
Teil V: Besondere Gründe für einen Ausschluß der Beseitigungsberechtigung	494
§ 23 Ausschluß des Beseitigungsrechts wegen Unvereinbarkeit mit dem Inhalt des von der Beseitigung betroffenen Rechtsgeschäfts	494
§ 24 Ausschluß des Beseitigungsrechts infolge Zweckerfüllung der Erklärung	512
§ 25 Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung und besondere Anfechtungsausschlüsse	522
Zusammenfassung zu Teil V	536

Teil VI: Sekundärschutz durch Kompensationsleistung als Preis der Beseitigung	538
§ 26 Abstufung nach dem Fortschritt des Erklärungs- und Bindungsprozesses	538
§ 27 Finanzieller Vertrauensschutz bei einseitigen Beseitigungsrechten	541
§ 28 Bewertung des Beseitigungsrechts als vorrangig	599
§ 29 Preis für einverständliche Aufhebung eines Vertrages bei fehlendem einseitigem Beseitigungsrecht	610
Zusammenfassung zu Teil VI	622
Teil VII: Ausübung des Beseitigungsrechts	625
§ 30 Form der Beseitigungserklärung	625
§ 31 Adressat der Beseitigungserklärung	656
§ 32 Inhaltliche Anforderungen an die Beseitigungserklärung	683
§ 33 Frist für die Beseitigung	734
Zusammenfassung zu Teil VII	867
Teil VIII: Folgen der Beseitigung	872
§ 34 Infektion eines zweiseitigen Rechtsgeschäfts bei Eingebundenheit der betroffenen Erklärung	872
§ 35 Abwicklung von unwirksam gewordenen Verträgen	875
§ 36 Besonderheiten bei korporationsrechtlichen Bezügen	912
§ 37 Besonderheiten bei Dauerschuldverhältnissen	929
§ 38 Vertragliche Regelung von Folgen	949
Zusammenfassung zu Teil VIII	951
Teil IX: Konstellationen mit Drittbeteiligung	953
§ 39 Zurechnung des Verhaltens Dritter zum Erklärungsadressaten	953
§ 40 Beseitigung der Wirkungen von Dritterklärungen	976
§ 41 Übertragbarkeit von Beseitigungsrechten	989
Zusammenfassung zu Teil IX	1001
Teil X: Beseitigung von Erklärungswirkungen und Privatautonomie	1003
§ 42 Privatautonome Begründung oder Erweiterung von Beseitigungsbefugnissen	1003
§ 43 Privatautonome Einschränkung und Aufhebung von Beseitigungsbefugnissen	1035
§ 44 Verzicht auf Beseitigungsrechte	1058
Zusammenfassung zu Teil X	1072
Teil XI: Konkurrenz von Beseitigungsrechten	1074
§ 45 Konkurrenz von Beseitigungsrechten	1074
Zusammenfassung zu Teil XI	1096
Teil XII: Beseitigung der Beseitigungswirkungen	1097
§ 46 Beseitigung unter Vorbehalt	1097
§ 47 Revokabilität von Beseitigungserklärungen	1099
Zusammenfassung zu Teil XII	1118
Teil XIII: Schlußbetrachtung und Zusammenfassung	1119
§ 48 Abgestuftes System nach Verantwortlichkeitsgrad des Erklärungsadressaten	1119
§ 49 Vergleichender Blick auf internationale Kodifikationsentwürfe	1122
§ 50 Strukturelle Unterlegenheit, Überrumpelungssituationen, Reaktionen auf veränderte Kommunikationsstrukturen und Motivationsbeeinflussungen	1131
Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	1168

Inhaltsverzeichnis

Teil I

Einleitung

§ 1 <i>Problemstellung und Gang der Bearbeitung</i>	1
I. Grundsatz der Bindung an das gegebene Wort	1
II. Ausnahmen und Durchbrechungen des Grundsatzes	2
III. Entwicklung hin zu einem Reurecht des Erklärenden?	3
IV. Weitere Anliegen der Bearbeitung	6
V. Gang der Bearbeitung	7
§ 2 <i>Erklärungstatbestand oder Erklärungswirkungen als Ansatzpunkt und Gegenstand der Beseitigung?</i>	8
I. Erklärungstatbestand als auch faktisches Geschehen	8
II. Irrevokabilität von Fakten als solchen	8
1. Trennung zwischen Erklärungsträger und Erklärungswirkungen	8
a) Grundsätzliches	8
b) Testamentswiderruf nach § 2255 BGB als Beispiel	9
2. Zuschreiben von Wirkungen als rechtliche Wertung ohne Veränderung der Fakten	11
a) Bewertung als Nichtklärung und Träger der Äußerung	11
b) Fehlende Möglichkeit einer späteren Verwandlung einer Erklärung in eine Nichtklärung	12
III. Beseitigung als Rückgängigmachung oder Aufhebung auf der Rechtsfolgenseite	12
1. Bindungs- und Geltungswirkung der Erklärung als Angriffspunkt	12
2. Rückgängigmachung oder Aufhebung als Frage der zeitlichen Wirkung ..	13
3. Willenserklärung oder deren Rechtswirkungen als Beseitigungsobjekt? ..	13
IV. Zusammenfassung	14
§ 3 <i>Beseitigung von Erklärungswirkungen und Auflösung von Verträgen</i> ...	15
I. Erklärung als Teil des Vertragsabschlußtatbestandes	15
II. Beseitigung der Erklärungswirkung als Folge eines Defektes im Vertragsabschlußtatbestand	15
III. Abgrenzung zu Defekten in der Vertragsausführung	15
1. Grundsätzliches	15
2. Notwendigkeit einer Umdeutung und Verschiedenheit der Tatbestände ..	16
3. Unterschiedliche zeitliche Wirkung der Rechtsbehelfe	17

4. Verschiedenheit des maßgebenden Zeitpunktes	17
5. Ausschlußgrund und Kompensation bei fehlender Rückgewährmöglichkeit	18
6. Weitere Unterschiede bei einzelnen Vertragstypen	19
7. Sphärenzuweisung der Gründe?	21
8. Versuch der Vertragsaufhebung auf Grund angeblichen Fehlverhaltens der Gegenpartei als kaschierter Revokationsversuch	21
9. Rückrufsrecht nach §§ 41; 42 UrhG und Beseitigungsrechte	22
IV. Rücktritt vom Vertrag, Vertragsabschlußtatbestand und unterschiedliche Bezugsobjekte	23

Teil II

Typen der Beseitigung von Erklärungswirkungen

§ 4 <i>Anfechtung</i>	25
I. Rechtliche Vernichtung der betreffenden Erklärung	25
1. Grundstruktur der Anfechtung	25
2. Anfechtungsberechtigung des Erklärenden	25
3. Erklärung, nicht Rechtsgeschäft als Anfechtungsobjekt	26
II. Rückwirkung auf den Zeitpunkt der Erklärung	27
1. ratio der gesetzlichen Regelung	27
a) Anfechtung als fiktive Nichtabgabe der Erklärung	27
b) Durchsetzung des Willens des Erklärenden?	28
aa) Durchsetzung des subjektiven Willens? 28 – bb) Anfechtung als Wahrung materieller Privatautonomie 28	
2. Rückwirkung und historische Vorläufer mit Erklärungsничtigkeit	29
a) Erklärungsничtigkeit der irrtumsbehafteten Erklärung bis in § 98 E I	29
b) Anfechtbarkeit als junges Konzept	30
c) § 142 I BGB als Ausfluß des Willensdogmas	30
3. Erklärungsrechtliches Flankieren von Schadensallokations- und Schadensabwicklungsmechanismen?	31
4. Fiktionscharakter der Rückwirkung	31
5. Rückwirkung bei Selbstanfechtung einer Erbvertragserklärung durch den Erblasser	32
§ 5 <i>Widerruf nach Verbraucherschutzgesetzen</i>	33
I. Schwebezustand vor Ausübung oder Fortfall des Widerrufsrechts unter § 355 I 1 BGB	33
1. Schwebende Wirksamkeit unter §§ 355 I 1; 361 a I 1 BGB aF	33
a) Schwebende Wirksamkeit	33
b) Konzeptwechsel gegenüber der Lage unter §§ 1 I HWiG; 7 I VerbrKrG; 5 I TzWrG, jeweils aF	34
aa) Schwebende Unwirksamkeit als altes gesetzliches Modell 34 – bb) Keine schwebende Wirksamkeit ohne Bindungswirkung 35 – cc) Keine fehlende Vollendung der Erklärung des Verbrauchers 35 – dd) Keine einseitige schwebende Teilunwirksamkeit zu Gunsten des Verbrauchers 35	

2. Rechtfertigung des Konzeptwechsels durch Vorteile schwebender Wirksamkeit gegenüber schwebender Unwirksamkeit?	36
a) § 3 I 1 RefE FernAbsG und das Durchschlagen der Kritik	36
b) Gesetzgeberische Anerkennung unterschiedlicher Schutzgründe durch unter- schiedliche Ausgestaltung des Fristbeginns für die Widerrufsfristen	38
c) Mängelgewährleistungsansprüche	38
aa) Relevanz nur in bestimmten Konstellationen 39 – bb) Lösung über venire contra factum proprium des Unternehmers bei schwebender Unwirksamkeit 39 – cc) Lösung der Fragen um §§ 442 BGB; 460 BGB aF bei schwebender Unwirksamkeit 40	
d) Sofortige Befriedigung von Verbraucherbedürfnissen	41
e) Kein Leistungsverweigerungsrecht des Unternehmers während verlängerter Widerrufsfrist oder bei fehlender Widerrufsfrist	42
f) Besitzrecht des Verbrauchers	43
g) Präklusion	44
aa) Keine Präklusion bei schwebender Wirksamkeit 44 – bb) Keine Präklusion auch bei schwebender Unwirksamkeit 44	
h) Besserstehen des Unternehmers durch Wegfall von Vorhaltekosten?	46
i) Wegfall von Beobachtungskosten auf Seiten des Unternehmers?	47
j) Risiken und Kosten für den Unternehmer als Konsequenzen schwebender Wirksamkeit	47
aa) Generelle Kostenfaktoren 47 – bb) Frustrierung der Erfüllungskosten im Widerrufsfall 48 – cc) Verbraucherfreundliches und unternehmerungünstiges Rückabwicklungsregime 48	
k) Gefährdung des Verbrauchers durch Erfüllungsanspruch gegen den Verbraucher bei Haustür- und Timesharinggeschäften	48
3. Naheliegende Schutzstrategie: Zurückhalten der Leistung bis zum Ablauf der Widerrufsfrist	49
a) Grundsätzliches	49
b) Einfluß der §§ 495 II 1 BGB aF; 7 III VerbrKrG	50
c) Geringere Widerrufswahrscheinlichkeit bei schneller Leistung?	50
4. Widerrufswirkung ex tunc oder ex nunc bei schwebender Wirksamkeit?	51
5. Widerrufsrecht als gesetzliches Rücktrittsrecht?	53
a) Kein Schluß von der Rechtsfolgenseite auf den Charakter eines Rechts	53
b) Unterschiedlicher Ansatzpunkt von Rücktritt und Beseitigungsrecht	54
c) Berücksichtigung zugrundeliegender Richtlinien	54
aa) These von der Wirksamkeit der Erklärung kraft Gebots gemeinschafts- rechtskonformer Auslegung 54 – bb) Ambivalenz und mangelnde Trennschärfe der Richtlinienterminologie 55 – cc) Aussagegehalt von Art. 6 RiLi 94/47/EG; §§ 486 BGB; 7 TzWrG 55 – dd) Bindung des mitgliedstaatlichen Gesetzgebers nur an die Ziele, nicht an die Details der Richtlinien 56	
II. Widerrufsrecht nach § 8 IV VVG 1994	56
1. Parallele zu §§ 1 HWiG; 7 VerbrKrG aF	56
2. Fortführung einer Parallele zu aufgehobenen Normen?	58
III. Sogenanntes Widerspruchsrecht nach § 5 a I 1 VVG 1994	58
1. Widerrufsrecht mit schwebender Unwirksamkeit der Erklärung des Versicherungsnehmers	58
a) Zweck des sogenannten Widerspruchsrechts	58
b) Richtlinienkonforme Auslegung	59

c) Parallele zu § 8 IV VVG 1994 und zu § 2 HWiG aF	60
d) Schwebende Unwirksamkeit und Notwendigkeit einer Genehmigungsfiktion	61
2. Keine Lehre vom Rumpfvertrag	61
IV. Widerrufsrecht und sogenanntes Rücktrittsrecht nach § 13 a UWG	62
1. Fehlbenennung als Rücktrittsrecht	62
2. Vorteil der angeblichen Rücktritts- verglichen mit einer Widerrufs- konstruktion?	62
V. Widerrufsrecht nach §§ 23 KAGG; 11 AuslInvG	63
1. Grammatische, genetische und systematische Auslegung	63
a) Wortlaut	63
b) Vergleich mit §§ 7 I VerbrKrG; 1 I HWiG aF	63
c) Genese und Vorarbeiten zu § 1 b AbzG	64
d) Vergleich mit §§ 158 I; 108 I; 177 I BGB	64
2. Schluß aus der Rechtsfolgende?	65
VI. Widerrufsrecht nach § 4 I FernUSG	65
1. Schwebende Wirksamkeit vor Widerruf	65
2. § 4 I FernUSG als Rücktrittsrecht?	66
3. Zeitliche Wirkung des Widerrufs	67
a) Grammatische Interpretation	67
b) Teleologische und konzeptionelle Interpretation	67
§ 6 <i>Widerruf einseitiger Erklärung</i>	68
I. Grundsätzliches	68
II. Widerruf bei einseitigen Verpflichtungserklärungen	68
III. Testamentswiderruf	69
IV. Widerruf von Ermächtigungserklärungen	69
1. Widerruf einer Vollmacht nach § 168 S. 2 BGB	70
2. Widerruf einer Einwilligung nach § 183 S. 1 BGB	70
a) Grundsatz der Widerruflichkeit	70
b) Gesetzliche Ausnahmen	71
aa) Einwilligung als „unechte Vertragserklärung“ 71 – bb) Klarheitsbedürfnis bei verfügungsrechtlichen Rechtsverschlechterungen 71	
3. Widerruf einer nach § 185 BGB erteilten Ermächtigung	72
4. Unwiderruflichkeit einer Genehmigung mangels Unsicherheit	73
5. Widerruf einer Genehmigungsverweigerung?	73
a) Kein isolierter Widerruf der Genehmigungsverweigerung	74
b) Widerruf in Verbindung mit einer positiven Genehmigung	74
c) Widerruf bei Verpflichtung zur Genehmigungserteilung?	75
aa) Zulassung des Widerrufs 75 – bb) Fortdauern des Schwebezustands und Kollision inkompatibler Rechtspositionen 75	
6. Sogenannter Widerruf der Überlassung der Vermögensverwaltung nach § 1413 BGB?	76
7. Widerruf einer Anweisung nach § 790 BGB	77
8. Widerruf einer Aneignungsgestattung	77

§ 7	<i>Vereinbartes Recht zur Auflösung eines Rechtsgeschäfts</i>	78
I.	Vereinbartes Reurecht	78
1.	Grundsätzliches	78
2.	Vereinbarung in Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung	79
3.	Vereinbartes Reurecht als Potestativbedingung	80
a)	Grundsätzliches	80
b)	Unzulässigkeit einer Reurechtsvereinbarung bei bedingungsfeindlichen Rechtsgeschäften als Konsequenz	81
II.	Abgrenzung zu Rücktrittsrechten	81
1.	Grundsätzliches	81
2.	Benennung als Rücktrittsrecht durch die Parteien	81
3.	Materieller Rücktrittsbegriff und reine Potestativbedingung	82
4.	Verbleibende Reichweite der §§ 346 ff. BGB für vertragliche Rücktrittsrechte	82
a)	Vertragsakzessorietät?	82
b)	Fehlende Verschiedenheit der Rechtsfolgen?	83
c)	Geschäfte auf Erfolg	83
III.	Abgrenzung zu Kündigungsrechten	84
IV.	Abgrenzung zum nicht bindenden Rechtsverhältnis	84
1.	Grundsätzliches	84
2.	Abgrenzung zum sogenannten festen Angebot	85
3.	Ablehnung bloßer Vorvertragskonstruktionen	86
V.	Stillschweigend vereinbartes Reurecht	86
1.	Abgrenzung zum einseitig postulierten Widerrufsvorbehalt	86
2.	Abgrenzung von stillschweigend vereinbartem Lösungsrecht und gesetzlichen Rechten	87
3.	Vertragsimmanentes Reurecht	87
§ 8	<i>Überholende Widerrufsrechte</i>	88
I.	Widerrufsrecht vor Wirksamwerden einer Erklärung (§ 130 I 2 BGB)	88
1.	Grundsätzliches	88
a)	Überholendes (antizipierendes) Beseitigungsrecht	88
b)	Beseitigung eines Schwebe- oder Unsicherheitszustands als Hauptzweck?	89
c)	Weitgehender Funktionsverlust bei elektronischer Kommunikation	90
aa)	Instantaneität der Kommunikation und Verlust der Überholensmöglich- keit 90 – bb) e-mail als Beispiel 91 – cc) Verliebener Funktionsbereich 92 – dd) Rechtliche Reaktion durch Zubilligung eines erweiterten Widerrufs- rechts? 93	
d)	Entsprechende Anwendung bei Überholen einer Vertretererklärung durch Widerruf der Vollmacht	93
2.	Widerrufsmöglichkeit bei späterem Zugang und früherer Kenntnisnahme des Widerrufs im Vergleich mit der Erklärung?	94
a)	Aufspalten des Zugangsbegriffs?	94
b)	Historische Entscheidung gegen Widerruflichkeit bis zur Gegenerklärung	95
c)	Historische Entscheidung gegen die Vernehmungstheorie im Interesse des Erklärenden	95

d) Interesse des Erklärungsadressaten an einer fairen Balance von Chancen und Risiken	95
e) Fehlen eines schutzwürdigen Vertrauens und beeinträchtigter Vermögenswerte auf Seiten des Erklärungsadressaten	96
f) Beweisproblematik	96
3. Umdeutung eines verspäteten Widerrufs in eine Anfechtungserklärung?	97
II. Widerruf einer unter § 151 BGB fallenden Annahme?	97
III. Ausnahmsweiser Widerruf eines Angebots bis zur Annahme	98
IV. Rücknahme von Vertragserklärungen nach Artt. 15 II; 22 CISG	99
V. Widerruf eines wirksamen Angebots nach Art. 16 CISG	100
VI. Widerruf einer sachenrechtlichen Einigungserklärung vor Übergabe bzw. Eintragung	101
1. Mangelnde Bindungswirkung im Immobiliarsachenrecht nach Maßgabe des § 873 II BGB	101
a) Gesetzliche Ausgangslage	101
b) Mangelnde ratio einer Widerrufsmöglichkeit	102
aa) Übereilungsschutz? 102 – bb) Überzogene Konkretisierung des § 903 BGB? 103 – cc) Einigung als nur ein Element des Verfügungstatbestands? 103	
2. Mangelnde Bindungswirkung einer antizipierten Einigungserklärung bis zur Übergabe?	104
a) Einigung und „Einigsein“	105
aa) These von der besonderen Bedeutung des „Einigseins“ 105 – bb) Gegenargument aus §§ 2 I SchiffsRG; 929 a I BGB 106 – cc) Gegenargument aus §§ 926 I; 516 I BGB 107 – dd) Abhängigkeit des §§ 932 ff. BGB von der Auslegung des § 929 S. 1 BGB 107 – ee) Novum eines rechtsbegründenden Zustands 107	
b) Komplizierung der Eigentumsübertragung bei Bindungswirkung der Einigungserklärung?	108
c) Übergabe als Bedingung der Einigung bei Bindungswirkung der Einigungserklärung?	108
d) Gleichbehandlung der Eigentumsübertragung im Mobilien- und Immobiliarsachenrecht	109
e) Mangelndes schuldrechtliches Element eines Verfügungsvertrags und Sanktionenproblem	110
3. Widerruf einer auf § 700 I 2 BGB gestützten Aneignungsgestattung?	111
a) Kein Widerrufsrecht des Verwahrers	111
b) Abgrenzung gegenüber Ermächtigung nach § 13 I 1 DepotG	112
VII. Widerruf immobiliarsachenrechtlicher Rechtsaufgabenerklärungen	112
1. Aufhebungserklärung nach § 875 BGB	112
2. Verzichtserklärung nach § 928 BGB	112
§ 9 <i>Widerrufsrechte zur Beendigung eines Schwebezustands (Pendenzwiderrufsrechte)</i>	113
I. Schwebezustand wegen Vorbehalt der Genehmigung durch Dritten	113
1. Drittbezugspezifität und Ausfluß des genetischen Synallagmas zwischen Erklärung und Gegenerklärung	113

2. Geschäfte von Minderjährigen (§ 109 BGB)	114
a) Entstehungsgeschichte und Teleologie	114
b) Schutzzumfang	116
c) Konkurrenz mit Aufforderung zur Genehmigung nach § 108 II BGB	116
aa) Selbstbindung des Erklärenden durch Aufforderung zur Genehmigung? 117	
– bb) Überwiegende Interessen des Erklärenden an dem Widerrufsrecht 117	
3. Geschäfte von Betreuten unter Einwilligungsvorbehalt (§ 1903 I 2 iVm § 109 BGB)	118
4. Vertretung ohne Vertretungsmacht (§ 178 BGB)	119
a) Grundsätzliches	119
b) Einzelfälle	120
aa) Überschreiten der Vertretungsmacht 120 – bb) Vollmachtsmangel bei Untervertretung 120 – cc) Nichtbenennung des Prinzipals auf Auffor- derung 120	
c) Auswirkung des Widerrufs auf die Haftung des falsus procurator nach § 179 I BGB	120
5. Handeln eines Vormunds bei bloßer Behauptung einer erforderlichen vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung (§ 1830 BGB)	121
a) Unmittelbarer Anwendungsbereich	121
aa) Spezieller Fall der arglistigen Täuschung 121 – bb) Ausnahmetatbestand bei Kenntnis des Fehlens der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung 123 – cc) Abweichung von § 123; 142 BGB zu Gunsten des Mündels auf der Rechts- folgenseite 123	
b) Anwendbarkeit bei Vertragsabschluß durch den Mündel und Behauptung der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung durch den Vormund	123
c) Anwendbarkeit bei Vertragsabschluß durch den Mündel und Genehmigung durch den Vormund?	124
d) Analoge Anwendung bei Vertragsabschluß und Behauptung der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung durch den Mündel?	125
e) Analoge Anwendung bei nachträglicher Behauptung der vormundschafts- gerichtlichen Genehmigung durch den Vormund?	126
f) Verzicht durch Aufforderung zur Genehmigung?	127
6. Handeln eines Betreuers unter bloßem Behaupten einer erforderlichen gerichtlichen Genehmigung (§ 1908 i I iVm § 1830 BGB)	127
7. Ehegüterrechtliche Beschränkungen	128
a) Verpflichtung zur Verfügung über das gesamte eigene Vermögen und entsprechende Vermögen unter dem gesetzlichen Güterstand der Zugewinnngemeinschaft (§ 1366 II BGB)	128
aa) Grundsätzliches 128 – bb) Widerrufsobjekt 129	
b) Verfügung oder Verpflichtung zur Verfügung über Haushaltsgegenstände (§ 1369 III iVm § 1366 BGB)	130
c) Verpflichtungen zur Verfügung über das Gesamtgut im Ganzen oder über Gründstücke aus dem Gesamtgut bei Gütergemeinschaft (§ 1427 II BGB)	130
d) Verfügung über das gemeinschaftlich verwaltete Gesamtgut bei Güter- gemeinschaft (§ 1453 II BGB)	131
8. Analoge Anwendung des § 178 BGB oder des § 1830 BGB bei gesellschaftsrechtlichen Vorgängen?	132
a) Aktienrecht	132

aa) Nachgründungsgeschäfte 133 – bb) Sachgründungsgeschäfte 138 – cc) Vergleichsgeschäfte unter §§ 50 Var. 2; 93 IV 3 AktG 138 – dd) Unter- nehmensverträge 138	
b) GmbH-Recht	139
c) Sukzessive Beschlußfassung im allgemeinen Verbandsrecht	140
9. Analoge Anwendung der §§ 109; 178 BGB bei Verfügungen Nichtberechtigter	140
10. Analoge Anwendung der §§ 180 S. 3; 178 BGB auf Widerruf von Tilgungsbestimmungen im Umfeld des § 407 BGB?	141
a) Konstruktion	141
b) Irrtumsanfechtung der Tilgungsbestimmung als Alternative	142
11. Analoge Anwendung des § 109 BGB bei allgemeinem Zustimmungsvorbehalt nach § 21 II Nr. 2 Var. 2 InsO	142
a) Konstruktion des allgemeinen Zustimmungsvorbehalts	142
b) Möglichkeit zur Genehmigung durch den vorläufigen Insolvenzverwalter	143
aa) Grammatische und systematische Argumente 143 – bb) Interessen- gerechtigkeit 144	
c) Schwebende Unwirksamkeit bei Verfügung ohne Einwilligung	145
d) Parallele zu Verfügungen beschränkt Geschäftsfähiger	146
12. Kein Widerrufsrecht bei Abhängigkeit der Wirksamkeit des Rechts- geschäfts von einer behördlichen Genehmigung	147
a) Wirksamkeitsrisiko des Rechtsgeschäfts insgesamt, nicht einer Erklärung	147
b) Schuldrechtliche Risikoordnung durch Verpflichtung einer Partei zum Einholen der behördlichen Genehmigung	149
c) Vertragliches Rücktrittsrecht für jede Partei als alternative Gestaltungs- möglichkeit	149
13. Abhängigkeit eines Schuldübernahmevertrags von der Genehmigung durch den Gläubiger	150
II. Schwebestand wegen Vorbehalts der Genehmigung durch andere bei Erklärungen zu einseitigen Rechtsgeschäften	151
1. Grundsätzliches	151
2. Widerrufsrecht des Stifters nach § 81 II BGB	151
a) Grundsätzliches	151
b) Verknüpfungen mit Verfügungen anderer und schuldrechtliche Sanktionen für einen Widerruf	152
3. Widerrufsrecht des eine Vaterschaft Anerkennenden nach § 1597 III BGB	152
III. Widerrufsrecht des zu adoptierenden Kindes nach § 1746 II BGB	153
1. Grundsätzliches	153
2. Selbstbestimmungsrecht des Kindes	154
3. Waffengleichheit mit den durch das Verfahrensrecht eröffneten Möglich- keiten des Antragstellers	154
4. Gefahrenpotential des Widerrufsrechts	155
IV. Versteckte Widerrufsrechte bei Vertragserklärungen zu heilbar nichtigen Verträgen?	155
1. Grundkonstellation	155
2. Ausnahmefall des einseitig versagten Berufens auf die Formnichtigkeit	156

§ 10 Sonstige Widerrufsrechte	156
I. Einseitig vorbehaltenes Widerrufsrecht	156
1. Grundsätzliches	156
a) Einseitiges Aufstellen des Widerrufsvorbehaltes und Relevanz von Verhalten des Erklärungsadressaten	156
b) Widerrufsvorbehalt als auflösende Potestativbedingung	158
c) Auflösung des Konflikts zwischen der Freiheit zur Entscheidung über den Umfang einer Bindung und der Zuschreibung von Bindungswirkungen von Rechts wegen	158
2. Freibleibendes Angebot	158
a) Möglicher Gehalt	158
aa) Einseitiger Widerrufsvorbehalt für ansonsten bindende Erklärung 159 –	
bb) Bindungswirkung unter Bedingung 159 – cc) invitatio ad offerendum 160 –	
dd) „ohne obligo“ als inhaltlicher Teil des Angebots und des Vertrages 160	
b) Indizien für die Abgrenzung zur bloßen invitatio ad offerendum	161
II. Widerrufsrecht des Versprechensempfängers beim Vertrag	
zu Gunsten Dritter	162
1. Grundsätzliches	162
a) Abhängigkeit des Dritten von den Vertragserklärungen	162
b) Differenzierung hinsichtlich des Widerrufsobjekts	162
2. Widerruf der Bezugsberechtigung in der Kapitallebensversicherung als Beispiel	163
a) Formen der Bezugsberechtigung	163
aa) Widerrufliche und unwiderrufliche Bezugsberechtigung 163 – bb) Eingeschränkt unwiderrufliche Bezugsberechtigung 163	
b) Widerruf	164
aa) Ausübungsmöglichkeiten 164 – bb) Zustimmung des Bezugsberechtigten nicht notwendig 164	
c) Trennung zwischen dem Widerruf der Bezugsberechtigung im Versicherungsverhältnis und Verpflichtungen im Verhältnis zwischen Versicherungsnehmer und Begünstigtem	165
d) Lage bei unwiderruflicher Bezugsberechtigung	165
III. Widerruf eines Dienst- oder Arbeitszeugnisses	166
1. Grundsätzliches und ratio	166
2. Abgrenzung zur Anfechtung	167
3. Fälle eines Widerrufs Ausschlusses	167
4. Widerruf bei Erteilung eines bewußt unrichtigen Zeugnisses?	168
IV. Widerrufsrecht im Ehenamensrecht nach § 1355 IV 4 Hs. 1 BGB	168
V. Widerruf einer Erklärung über die Nichtfortsetzung einer Eingetragenen Lebenspartnerschaft	169
VI. Widerrufsrechte im Patentrecht	170
1. Eigene Widerrufsrechte im deutschen Patentrecht?	170
2. Irrtumsberichtigung im Europäischen Patentverfahren	170
VII. Sogeannter Widerruf bei bestimmten Vertragstypen als materielles Rücktritts- bzw. Kündigungsrecht	171

1. Widerruf eines Darlehensversprechens durch den Kreditgeber nach § 610 BGB aF	171
2. Widerruf einer Schenkungserklärung durch den Schenker nach §§ 530; 531 BGB	172
3. Widerruf seitens des Auftraggebers nach § 671 I Hs. 1 BGB	173
4. Widerruf der Kommission durch den Kommittenten nach § 405 III HGB	174
5. Gemeinsamer Grundgedanke	175
VIII. Sogenannter Widerruf eines Überweisungsauftrags als bloße Gegenweisung	175
<i>§ 11 Einverständliche Aufhebung von Verträgen</i>	176
I. Struktur	176
1. Ausfluß der Privatautonomie	176
2. Aufhebungsvertrag und wechselseitiger Erlaßvertrag	177
3. Möglicher Rechtsgrund für das Behaltendürfen bereits erbrachter Leistungen	178
a) Regelung einer erforderlichen Rückabwicklung	178
b) Vereinbarungsbedürftigkeit einer schuldrechtlichen Rückwirkung	178
4. Preis für die Zustimmung zur Vertragsaufhebung	178
a) Verhandlungsposition des um Zustimmung zur Vertragsaufhebung Gebetenen	178
b) Synallagma zwischen Zustimmung und Kompensationsleistung?	179
c) Entstehungs- und Fälligkeitszeitpunkt des Anspruchs auf Kompensations- leistung	179
5. Sogenannter Abwicklungsvertrag als wirtschaftlich gleichwertige Gestaltung zum Aufhebungsvertrag, insbesondere im Arbeitsrecht	180
II. Motive für den Abschluß eines Aufhebungsvertrages	181
III. Unterschiede zu echten Beseitigungsrechten	181
<i>§ 12 Anspruch auf Vertragsaufhebung als Schadensersatzanspruch</i>	183
I. Grundsätzliches	183
II. Pflichtverletzung des Erklärungsadressaten	185
1. Aufklärungspflichten als Risikosteuerung und Risikostruktur des konkreten Vertrages	185
2. Informationspflicht	185
a) Grundsätzliches	185
b) Wettbewerbsrechtlicher Unterlassungsvertrag als Beispiel	186
3. Pflicht zur Rücksichtnahme	186
III. Verdrängung durch das Anfechtungsrecht und dessen Wertungen?	187
1. Ausgangspunkt	187
2. Längere Frist der Sanktion für schwächeren Verstoß?	187
a) Drohender Wertungswiderspruch	187
aa) Anspruch auf Vertragsaufhebung aus culpa in contrahendo 187 –	
bb) Rücktrittsrecht aus § 324 BGB 188	
b) Auflösung durch analoge Anwendung des § 124 BGB	188
c) Keine Analogie zu § 121 BGB	189

3. Anspruch auf Vertragsaufhebung schwächere Sanktion als Schadensersatzanspruch auf Geld?	189
4. §§ 119; 123 BGB als abschließende Regelung?	190
a) Lückenhaftigkeit der §§ 119; 123 BGB angesichts der Interessenlage	190
b) Effektive Sanktionierung von Informationspflichten	191
c) Kein Durchschlagen eines Gegenschlusses aus §§ 123 I Var. 1; 119 II BGB	192
5. Normenkonkurrenz und culpa in contrahendo als praeter legem entwickeltes Institut	193
a) Grundsätzliches	193
b) Ansatzdivergenz?	194
c) Schutzgutdivergenz	194
aa) Culpa in contrahendo als einheitliches Institut 194 – bb) Umkehr durch § 311 II Nr. 2 BGB? 195	
IV. Rücktrittsrecht aus § 324 BGB als Problemlösung?	198
1. Syllogistischer Lösungsweg	198
2. Gegengründe	198
a) Widerspruch zu den Gesetzesmaterialien	198
b) Effizienzminderung durch Sanktionsdefizit	199
c) Parallelität mit § 282 BGB: § 324 BGB als Tatbestand der positiven Forderungsverletzung	200
d) Vertrag und Kausalität	201
V. Schadensrecht und Vertragsaufhebung	202
1. Vertrag als Schaden	202
a) Abhängigkeit von der Entscheidung in der Schutzgutfrage	202
b) Wirtschaftliche Nachteile und fehlende Aequivalenz an Hand der berechtigten Erwartungen	203
c) Beeinträchtigung der Dispositionsfreiheit bei objektiver Aequivalenz als Schaden?	204
d) Zusätzliche Liquidierung darüber hinausgehender Vermögensnachteile nach § 251 I BGB	205
2. Fehlen eines schadenersatzrechtlichen Rückabwicklungsmaßstabs?	206
a) Anspruch auf Zustimmung zum Abschluß eines Aufhebungsvertrages	206
aa) Grundsätzliches 206 – bb) Zeitliche Dimension 207 – cc) Nicht-anwendbarkeit des § 254 BGB 207	
b) Vertragsaufhebung und causa-Wegfall	207
c) Anspruchsinhalt bei Ansprüchen aus pFV	208
d) Beseitigungsrecht als Anspruchsinhalt?	209
3. Kausalität zwischen Pflichtverletzung und Vertragsschluß	210
a) Beweislastumkehr durch Vermutung aufklärungsrichtigen Verhaltens	210
aa) Ausgangslage 210 – bb) Grundkonstellation 210 – cc) Reichweite 211	
b) Übermäßige Belastung des Aufklärungspflichtigen?	211
c) Grenzen der Beweislastumkehr	211
VI. § 45 BörsG als gesetzlicher Sonderfall einer Vertragsaufhebung aus culpa in contrahendo	212
1. Norminhalt, insbesondere Rechtsfolge	212
2. Systemeinpassung	213
VII. Systemeinpassung eines Aufhebungsanspruchs	213

§ 13 Kondiktion der Erklärung?	214
I. Ausgangsmaterial	214
II. Ablehnung der Kondiktion außerhalb des § 812 II BGB	216
1. Gegenschluß aus § 812 II BGB	216
2. Vermeiden der Suche nach einer causa für die Erklärung	217
III. Unterscheidung zwischen Kondiktion einer Urkunde und Kondiktion der in der Urkunde verkörperten Erklärung	218
Zusammenfassung zu Teil II	218

Teil III

Materielle Voraussetzungen der Beseitigungsberechtigung

§ 14 Strukturelle Unterlegenheit des Erklärenden	222
I. Besonderes gesetzliches Schutzanliegen	222
1. Kategorien gesetzlicher Schutzanliegen	222
2. Situatives Schutzanliegen von §§ 312; 312 b BGB, HWiG, KAGG, AuslInvG und FernAbsG	224
a) Situatives Schutzanliegen von § 312 BGB und HWiG	224
aa) Schutz des räumlich definierten Privatbereichs des Verbrauchers 225 –	
bb) Schutz des Verbrauchers in seinem beruflichen Umfeld 227 –	
cc) Vertragsschluß auf Freizeitveranstaltungen 228 – dd) Schutz des Verbrauchers gegen Ansprache im öffentlichen Bereich 230 – ee) Ausnahme bei bestelltem Absatzgespräch 231	
b) Situatives Schutzanliegen von KAGG und AuslInvG	234
c) Situatives Schutzanliegen des Fernabsatzrechts	235
aa) Zielsetzung des Widerrufsrechts aus §§ 312 d BGB; 3 FernAbsG 235 –	
bb) Nachteiliger Effekt der Nichtnutzung moderner Medien durch Unter- nehmer? 236	
d) Situatives Schutzanliegen des § 4 I FernUSG	238
3. Vertragstypbezogenes Schutzanliegen der anderen Verbraucher- schutzgesetze in ihrem direkten Anwendungsbereich	239
a) Schutzzweck der §§ 495 BGB; 7 VerbrKrG	239
b) Schutzzweckverfehlung bei § 505 BGB bzw. § 7 iVm § 2 VerbrKrG?	240
c) Gemischte Verträge unter dem Verbraucherkreditrecht	241
d) Schutzzweck der §§ 485 BGB; 5 TzWrG	241
e) Schutzzweck der Widerrufsrechte des VVG 1994	242
II. Abgrenzung der Privat- zur professionellen Sphäre	243
1. Positives und negatives Definitionsmodell	243
2. Subjektives und objektives Definitionsmodell	243
a) Quasi-Status gegen bereichsspezifische Geschäftskompetenz	243
b) Übergang vom subjektiven zum objektiven Modell als Folge europäischer Rechtsangleichung	245
c) Ergebnisunterschiede zwischen subjektivem und objektivem Modell	245
d) Schwächen des an den Kaufmannsbegriff anknüpfenden subjektiven Modells	246
e) Gesetzgeberische Korrektur des § 8 IV 3 Var. 1 VVG 1990	247
3. § 13 BGB als grundsätzliche Vereinheitlichung	247
4. Selbständige berufliche Tätigkeit	248

a) Selbständige berufliche Tätigkeit und Kaufmannsbegriff	248
b) Unselbständige berufliche Tätigkeit (Arbeitnehmereigenschaft) als Komplementärbegriff	249
aa) Traditioneller Arbeitnehmerbegriff 249 – bb) Einfluß des § 7 IV 1 SGB IV? 251	
c) Existenzgründungsgeschäfte	252
aa) Grundsätzliches 252 – bb) Erweiterung fortbestehender selbständiger Tätigkeit 254 – cc) Wiederaufnahme selbständiger Tätigkeit 256 – dd) Haupt- und Nebentätigkeit 256	
5. Problemfälle kraft Zurechnung der geschäftlichen Tätigkeit Dritter	257
6. Verbrauchereigenschaft des Arbeitnehmers im Verhältnis zu seinem Arbeitsgeber?	258
a) Arbeitnehmer als Leistungsanbieter	259
b) Abgrenzung zwischen Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz insbesondere im Internationalen Privat- und Prozeßrecht	260
c) Arbeitgeberdarlehen des § 491 II Nr. 2 BGB als umgekehrter Sonderfall	260
d) Umkehrschluß aus § 310 IV 2 BGB	261
III. Notwendigkeit einer Gefällekonstellation und professionelles Handeln des Erklärungsadressaten	262
1. Vermutung gleicher Verhandlungsmacht bei geschäftsmäßigem Handeln des Erklärenden	262
2. Verträge zwischen Unternehmern und Verbrauchern	263
3. Maßgebliche Person bei Stellvertretung auf Seiten des Erklärungs- adressaten	263
a) Gegenschluß aus § 166 I BGB	264
b) Gleichbehandlung mit der Lage bei Stellvertretung auf Seiten des Erklärenden	264
c) Berechtigtes Kalkulationsinteresse des Unternehmers	264
d) Zurechnung bewußt benutzter Professionalität des Vertreters?	265
aa) Zunutzemachen des besseren Verhandlungsgeschicks 265 – bb) Wider- legung durch Gegenprobe 265	
IV. Unwiderleglichkeit oder Öffnung der Fiktion?	266
1. Gesetzliche Fixierung und Unwiderleglichkeit	266
2. Wohlfahrtssteigerung durch Typisierung und Abstraktion des Schutz- ansatzes	267
3. Effektivitätssteigerung durch Typisierung und Abstraktion des Schutz- ansatzes	268
V. Paternalistischer Fehleingriff des Gesetzgebers mangels zu korrigierenden Marktversagens?	268
1. Paternalismusvorwurf und dessen Reichweite	268
2. Paternalismusvorwurf und Leugnen eines korrekturbedürftigen Marktversagens	269
a) Partielles Marktfunctionieren und Korrekturbedürftigkeit des Marktgeschehens	269
b) Möglichkeit einer Marktsegmentierung in zu trennende Teilmärkte?	269
c) Selbstentwickelter Seriositätsstandard eines funktionierenden Marktes und Erhebung zum zwingenden gesetzlichen Standard	270
d) Ausschalten von Seriositätssignalen als Differenzierungspunkten im Markt?	270
e) Fehlendes Marktversagen wegen Vorliegens von Nachfragermärkten?	271

3. Strukturelle Unterlegenheit einer Marktseite und Paternalismus	
korrigierender Eingriffe	272
a) Optionenverringerung und Widerrufsrecht	273
b) Optionenverringerung und fehlender Erfüllungsanspruch	
während der Schwebephase	273
VI. Analogiebildungen in konkreten Teilbereichen	274
1. Moderne Vertriebsmethoden und Haustürgeschäfterecht	274
a) Verhältnis von Haustürgeschäfte- und Fernabsatzrecht	274
b) Keine Analogie zum HWiG neben dem FernAbsG mangels Gesetzeslücke	274
2. Analoge Anwendung des § 505 BGB auf andere Teilleistungsverträge	
als Kaufverträge über bewegliche Sachen	276
a) Meinungsstand	276
b) § 2 VerbrKrG und Schutzstandard des AbzG	277
c) Schutzbedürfnis des Verbrauchers	278
aa) Rechtspolitische Dimension der Fragestellung 278 – bb) Wahrnehmung des	
Schutzbedürfnisses durch das Haustürgeschäfterecht? 280	
3. Analoge Anwendung des § 312 d BGB auf Verträge über die Lieferung	
unkörperlicher Gegenstände	280
VII. Interzessionsgeschäfte und Verbraucherschutzgesetz	281
1. Grundsätzliches	281
a) Theoretisch denkbare Modelle	282
b) Akzessorietät, Qualität des Hauptgeschäfts und Interzessionsgeschäft	283
aa) Folgen für nicht-akzessorische Sicherheiten? 283 – bb) Persönliche	
Schutzwürdigkeit des Interzedenten als notwendiger Ansatzpunkt 283	
c) Kumulation von Anforderungen an Haupt- und Interzessionsgeschäft	285
2. Schuldbetritt und Haustürgeschäfterecht	286
3. Schuldbetritt und Verbraucherkreditrecht	286
4. Bürgschaften und Haustürgeschäfterechts	287
a) Schutzzweck des Haustürgeschäfterechts und Bürgschaft	287
b) Bürgschaft als „entgeltliches Rechtsgeschäft“ im Sinne von RiLi 85/577/EWG	
und HWiG	288
aa) Bestimmtes Verbraucherbild als Grundlage eines Gegenschlusses? 288 –	
bb) „Entgeltlichkeit“ und Gebot richtlinienkonformer Auslegung 289 –	
cc) Konditionale Verknüpfung mit dem gesicherten Kredit 290 –	
dd) Ausschluß allein den Verbraucher einseitig begünstigender Rechts-	
geschäfte 291	
c) Bewußte Entscheidung des deutschen Gesetzgebers gegen die Einbeziehung	
von Bürgschaften?	291
d) Wegfall einer Möglichkeit zum Vergleich von Marktkonditionen?	292
5. Bürgschaften und Verbraucherkreditrecht	292
a) Direkte Anwendbarkeit des Verbraucherkreditrechts?	293
b) Fehlen der methodologischen Voraussetzungen für eine Analogie?	294
aa) Übertragbarkeit der gesetzgeberischen Überlegungen über die Ausgrenzung	
des Avalkredits? 294 – bb) Genese des VerbrKrG und beredtes Schweigen des	
Gesetzgebers 295 – cc) Fehlendes Schutzbedürfnis des Bürgen? 296	
c) Mangelnde Übertragbarkeit der §§ 492 BGB; 4 VerbrKrG?	297
aa) Angreifbarkeit der Prämisse 298 – bb) Keine zwingende Koppelung von	
§§ 492 BGB; 4 VerbrKrG und §§ 495 BGB; 7 VerbrKrG 299	

d) Wirtschaftliche Austauschbarkeit zwischen (selbstschuldnerischer) Bürgschaft und Schuldbeitritt	300
6. Sicherungsgrundpfandrechtsbestellung und Haustürgeschäfterecht	301
7. Sicherungsgrundpfandrechtsbestellung und Verbraucherkreditrecht	302
§ 15 Konkrete Unfreiheit im Willen durch Täuschung	303
I. Täuschung als konkrete Begründung von Unfreiheit im Willen	303
1. Schutzzweck des § 123 I Var. 1 BGB	303
2. Unfreiheit im Willen infolge Fehlinformation (vom Erklärungsadressaten zu verantwortender Informationsdiskrepanz)	304
a) Information und Informiertheit als Grundlage der Ausübung von Autonomie	304
b) Fehlinformation als Fehlsteuerung und Setzen falscher Anreize	304
c) Voraussetzung der intersubjektiven Nachprüfbarkeit gemachter Angaben	305
d) Mangelnde „Zweckverfehlung“ der Willenserklärung als Frage nach der Kausalität der Fehlinformation	306
e) Kein Rückschluß von einem Ausschöpfen der Anfechtungsfrist auf mangelnde Kausalität	306
II. Aktive Fehlinformation	307
1. Normalfall der arglistigen Täuschung	307
2. Wahl des Angabenthemas durch Erklärungsadressaten bei aktiver Täuschung	307
3. Unterscheidung zwischen intentionaler Fehlinformation und Fehlinformation infolge Inkompetenz	308
4. Überprüfungsobliegenheit des Erklärungsadressaten?	308
a) Grundsätzliches	308
b) Zweifelsvorbehalt bei der Information	309
III. Täuschung durch Unterlassen, Aufklärungspflichten des Erklärungsadressaten und Informationsgewinnungskosten	309
1. Grundsätzliches	309
a) Aufklärungspflicht als Grundvoraussetzung	309
aa) Aufklärungspflicht und erkennbare Interessengegensätze zwischen den Beteiligten 310 – bb) Zurückhalten für die eigene Position ungünstiger Informationen und legitime Verhandlungstaktik 311 – cc) Regelmäßig keine Aufklärungspflicht zu Lasten einer verhandlungsschwächeren Partei 312 – dd) Berufstypische Vorkenntnisse und Informationsvorsprünge 312	313
b) Informationsgehalt des Schweigens	313
c) Kosteneffizienz und Verteilung von Informationskosten	315
d) Zeitpunkt	315
2. Information als Wirtschaftsgut	315
3. Informationszuweisung infolge Investition?	315
a) Geschäftssphärentheorie?	316
b) Informationsgewinnung und free rider-Effekte	316
aa) Ausgangslage 316 – bb) Recht des geistigen Eigentums als mögliches Paradigma 317 – cc) Verallgemeinerung des Investitionsansatzes und § 87 a I 1 UrhG 317 – dd) Expertenwissen 320 – ee) Ausgrenzen unerlaubter oder sozial schädlicher Informationsverschaffung aus dem Bereich schützenswerter Investitionen 321	

4. Fehlende Notwendigkeit einer Aufklärung über dem Erklärenden ohne größere Kosten zugängliche Informationen	322
5. Mindestbedeutung der Information für die Erklärung	323
6. Aufklärungspflicht bei dem Erklärungsadressaten präsenten, ohne Kosten gewonnenen Informationen?	323
a) Kostenaspekt per se nicht ausschlaggebend	323
aa) Ressourcenverbrauch bei Informationsgewinnung durch den Erklären- den 323 – bb) Informationsrente und Nullsummenspiel 324	
b) Zerstörung erkennbarer Motivation des Erklärenden	325
aa) Höherer kumulierter Gesamtnutzen bei Nichtinformation 325 – bb) Null-summenspiel bei Nichtinformation 326	
7. Informationsqualität	326
IV. Zuweisung der Informationsverantwortung durch Fragen des Erklärenden	327
1. Fragerecht und Konkretisierung	327
a) Fragerecht als Versicherung	327
b) Anreize gegen die Ausübung eines Fragerechts	328
aa) Aufwand für Formulierung des Fragenprogramms 328 – bb) Fragen- programm als Streitpunkt und Erhöhung der Transaktionskosten 328 – cc) Gefahr einer Antwortverweigerung 328 – dd) Gefahr einer Kommuni- Reduktion der Bereitschaft des Erklärungsadressaten zu Spontanäußerungen 329 – ff) Gefahr, ein lohnendes Geschäft zu verlieren 329 – gg) Anderweitige Konzessionen als Preis für eine Antwort 329 – hh) (Partielles) Offenlegen der eigenen Verhandlungstaktik 330 – ii) Aufwand für Prüfen von Antworten 330 – jj) Steuerungsfunktion der gegenläufigen Anreize 330	
c) Verweigern der Antwort durch den Erklärungsadressaten	331
d) Rechtliche Anerkennung und Grenzen des Informationsinteresses	332
aa) Grundsätzliches 332 – bb) § 16 I 3 VVG als Paradigma 332 – cc) Wert- urteil als Nicht-Information 332	
e) Risiken aus der Frageformulierung beim Fragenden	333
f) Relevanz der Frage für das konkret anzubahnende Rechtsverhältnis	334
aa) Sachliche Relevanz 334 – bb) Zeitliche Relevanz 334	
2. Abwägung gegen berechtigte persönliche Geheimhaltungsinteressen des Erklärungsadressaten	334
a) Grundsätzliches	334
aa) Allgemeines Persönlichkeitsrecht des Erklärungsadressaten 334 – bb) Ver- minderter Wert unzulässiger Fragen für den Erklärenden 335	
b) Fragerecht des Arbeitgebers im besonderen	335
aa) Leitlinien 335 – bb) Reduzierung des Eingriffsrisikos durch Aufspalten in einzelne bezogene Einzelfragen 336 – cc) Einfluß von Diskriminierungs- verboten 336 – dd) Frage nach dem Vorgehalt 337	
3. Abwägung gegen Drittbindungen des Erklärungsadressaten	337
V. Widerrechtlichkeit der Täuschung	338
VI. Effektive Einschränkung durch Erfordernis subjektiver Arglist?	339
1. Arglist als bedingter Tatbestandsvorsatz	339
2. Arglist als verobjektiviertes Konzept	340
a) Grundsätzliches	340
b) Angaben ohne Kenntnis der Umstände	341

c) Irrelevanz von Leichtgläubigkeit oder fahrlässiger Unkenntnis des Erklärenden	341
d) Behauptete Kenntnis des Erklärenden von der relevanten Tatsache bei Täuschung durch Unterlassen	342
VII. Notwendige Sanktionierung der fahrlässigen Täuschung analog §§ 123 I Var. 1; 124 BGB	342
1. Bedürfnis nach einer Sanktionierung von Aufklärungspflichtverletzungen unterhalb der Vorsatzschwelle	343
2. Rechtsfolgenseite	344
a) Anfechtungsrecht als Gestaltungsrecht	344
b) Mangelnde Überzeugungskraft der Gegenargumente	345
c) Mangelnde Differenzierungsmöglichkeit nach Art des § 254 BGB als Nachteil?	345
VIII. Irreführung durch unwahre Werbeangaben als materieller Täuschungstatbestand	346
1. Grundsätzliches	346
a) Information durch Werbung	346
b) Irrelevanz der fehlenden Verweisung auf die subjektiven Voraussetzungen des § 4 UWG	347
2. Ausnahmeweise Unterbrechung der Kausalkette	347
3. Keine Differenzierung nach privatem oder gewerblich-beruflichem Erwerb des Kunden	348
4. Rechtspolitische Perspektive	348
§ 16 Aufhebung der freien Willensentscheidung durch Drohung	349
I. Drohung	349
1. Grundsätzliches	349
2. Drohung und strafrechtlicher Nötigungstatbestand	350
3. Drohung als nichtnutzensteigerndes Nullsummenspiel	350
4. Finale Ausrichtung der Drohung	351
a) Objektive Finalität	351
b) Begrenzte Relevanz der subjektiven Befindlichkeit des konkreten Erklärenden aa) Drohung und auf Furcht des Bedrohten abstellendes metus-Konzept 351 – bb) Drohung als nach dem verobjektivierten Empfängerverständnis auszu- legende Äußerung 352 – cc) Abgleich mit den strafrechtlichen Maßstäben bei § 240 I Var. 2 StGB 353 – dd) Ausnutzen einer Opferstigmatisie- rung 354 – ee) Drohungen unter Mentalreservation und Wirkungsweise von Bluffs 355	351
II. Rechtswidrigkeit und Mittel-Zweck-Zusammenhang	355
1. Grundsätzliches	355
a) Traditionelle Rechtswidrigkeitsformel	355
b) Drohungen gegen Dritte	356
2. Inaussichtstellen einer Klagerhebung	357
3. Inaussichtstellen einer Strafanzeige	358
a) Strafanzeige und Risiko des Anzeigenden	358
b) Schadenswiedergutmachung als sekundärer Zweck des Strafverfahrens	358
c) Soziale Stigmatisierung	360
d) Drohkulissen nach Einleitung eines Strafverfahrens	361

4. Inaussichtstellen eines Insolvenzantrags	361
a) Begründeter Insolvenzantrag und Aussichten für den Gläubiger	361
b) Drohpotential eines Insolvenzantrags	362
c) Gefahr der kostenpflichtigen Abweisung eines Insolvenzantrags und Drohphase	363
d) Schadensersatz wegen mutwilligen Insolvenzantrags als Abschreckung?	364
e) Anspruch auf Unterlassen der Insolvenzantragstellung und präventiver Rechtsschutz	365
5. Inaussichtstellen eines Insolvenzantrags als Druckmittel gegen konkurrierende Gläubiger	366
6. Inaussichtstellen eines vertragswidrigen Verhaltens	366
a) Wirtschaftlicher Hintergrund	366
b) Ausschließliche Regulierung über das Leistungsstörungenrecht?	367
7. Inaussichtstellen der Beseitigung einer eigenen Vertragserklärung	368
8. Inaussichtstellen der Verweigerung einer eigenen Zustimmung oder der Beendigung einer Geschäftsbeziehung	368
III. Subjektivierung der Drohung oder ihrer Rechtswidrigkeit?	369
1. Trennung von Tatbestand, Rechtswidrigkeit und Schuld	369
a) Vergleich mit § 823 I BGB	369
b) Gegenschluß aus dem Arglistserfordernis bei der Täuschung	370
c) Keine Privilegierung der Eigen- gegenüber der Drittdrohung	370
d) Ausschluß ansonsten zu nahe liegender Verteidigungsmöglichkeiten	370
e) Kein Verschuldensprinzip bei bloßer Abschöpfung von Vermögensvorteilen	371
2. Finalität der Drohung und subjektiver Tatbestand	371
3. Schutz des Erklärenden bei Subjektivierung des Drohungstatbestands	371
4. Subjektiver Tatbestand und Prognoserisiken	372
a) Prognose über effektive Durchsetzbarkeit und Erfolg einer Rechts- behelfsausübung	372
b) Zuweisung von Prognoserisiken	372
c) Unterschiedliche Gegenanreize bei Ausgestaltung des Rechtsbehelfs als Gestaltungsklage- oder als Gestaltungsrecht	373
5. Drohpotential, Beeinflussungstaktik und objektives Konzept	374
6. „Spiel mit dem Abgrund“ und Ausschluß innerer Vorbehalte	374
a) Regulierung der Attraktivität von brinkmanship	374
b) Rechtliche Unbeachtlichkeit innerer Vorbehalte	375
7. Arbeitgeberseitige Androhung einer Kündigung	375
a) Androhung einer Kündigung und Abschluß eines Aufhebungsvertrages	375
b) Maßstab des „verständigen Arbeitgebers“	376
aa) Kein Erfordernis objektiver Rechtfertigkeit der angedrohten Kündi- gung 376 – bb) Möglichkeit einer Beratungsempfehlung für den Arbeitgeber und Konturierung 377	
c) Potentielle repeat player-Situation des Arbeitgebers	377
§ 17 Diskrepanz zwischen Erklärtem und vom Erklärenden Gewolltem	379
I. Ratio der Irrtumsanfechtung	379
1. Gewährleistung materieller Selbstbestimmung	379
2. Wohlfahrtsaspekte	380

a) Übermäßige gesamtgesellschaftliche Vorsichtskosten bei Nichtzulassen der Irrtumsanfechtung	380
aa) Überoptimale Sorgfaltskosten 380 – bb) Reduktion des sozial nützlichen Aktivitätsniveaus 380	
b) Kosten von Irrtumsvermeidungsmaßnahmen, Kompensationspflicht und Kosten aus der Bindung	381
c) Anfechtbarkeit und erkennbare Irrtümer	381
II. Fehlerhaftigkeit und Unfreiheit des Willens	382
1. Fehlerhaftigkeit wegen Irrtums	382
2. Fehlerhaftigkeit und Unfreiheit infolge Drohung	382
3. Fehlerhaftigkeit und Unfreiheit infolge Täuschung	383
III. Bewußt riskante Entscheidung auf erkannt unsicherer Informationsbasis . . .	383
1. Grundsätzliches	383
a) Ersparnis zusätzlicher Informationskosten	384
b) Ersparnis eines Preises für ein ausbedungenes Lösungsrecht	384
aa) Kompensationsersparnis 384 – bb) Kompensationspflicht nach § 122 BGB als Ausgleich bei unterstellter Zulässigkeit der Anfechtung? 384	
2. Unterschreiben eines nicht gelesenen Erklärungstextes als Beispiel	385
a) Unterschreiben zugandenermaßen überhaupt nicht bedachter Erklärungstexte	385
b) Irrelevanz angeblicher grober Vorstellungen über den Erklärungstext	386
c) Schutz gegen untergeschobene Erklärungen durch Täuschungsanfechtung . . .	387
3. Sprachrisiken und Irrtumsrecht	389
a) Sprachunkundige und Irrtumsrecht	389
aa) Sprachunkundigkeit als generelles Defizit des Erklärenden und daraus folgende Strategien 389 – bb) Grundsätzliche Risikoübernahme bei Erklärung in nicht verstandener Sprache 389 – cc) Täuschungsanfechtung bei gezieltem Ausnutzen der Sprachunkundigkeit durch den Erklärungsadressaten 390	
b) Analphabeten und Irrtumsrecht	391
IV. Abgrenzung beachtlicher Irrtümer von unbeachtlichen bloßen Motiven	391
1. Motive als interne Elemente in der Person des Erklärenden	392
a) Beweisprobleme bei unterstellter Relevanz von Motivirrtümern	392
b) Ersparnis zusätzlicher Informationskosten	393
c) Ersparnis eines Preises für ein ausbedungenes Lösungsrecht	393
d) Keine Externalisierung von Spekulationsrisiken	394
e) Korrespondieren von Chancen und Risiken der Motivverwirklichung	394
2. Erklärender als Interpret seines eigenen Willens bei Relevanz des Motivirrtums	394
3. Objektivierbarkeit	395
a) Formaler Selbstbestimmungsbegriff	395
b) Objektivierbarkeit der Motivlage beim Irrtum über Sacheigenschaften	395
4. Nichtberücksichtigung von Motiven als Benachteiligung der weniger geschäftsgewandten Partei?	397
a) Informiertheit und Potential zu nachträglichen selbstbegünstigenden Behauptungen	397
b) Rechtsfolgenirrtum und Zuweisung von Verantwortlichkeit	397
c) Wechsel in der Verantwortlichkeit bei Aussagen des Erklärungsadressaten über die Rechtslage	399

5. Differenzierung zwischen erklärungs- und bloß personenbezogenen Elementen	400
a) Grundsätzliches	400
b) Anreizstruktur	400
aa) Erhöhter Vorbereitungsbedarf und Erhöhung der nicht abwälzbaren Transaktionskosten 400 – bb) Konflikt zwischen Offenlegung der Motive und Verfolgen egoistischer Ziele 400 – cc) Erschweren der Konsensbildung 401	
6. Hypothetisches Absicherungsrisiko des Erklärungsadressaten und Erhöhung der Transaktionskosten	401
V. Erweiterung des Willensschutzes im Erbrecht	401
1. Schutz des Erblasserwillens bei der Testamentsanfechtung	401
a) Grundsätzliches	401
b) Materielle Eigeninteressen der Anfechtungsberechtigten und materiellrechtliche Standschaft	402
c) Zulassung des Motivirrtums als Anfechtungsgrund	403
aa) Grundsätzliches 403 – bb) Unbedenklichkeit der Relevanz von Motivirrtümern des Erblassers bei der Testamentsanfechtung 404 – cc) Abgrenzung des Bereichs relevanter Motive 404	
2. Schutz des Erblasserwillens durch Selbstanfechtungsrecht bei erbvertraglichen Verfügungserklärungen	405
VI. Realisierung von Kommunikationsrisiken	406
1. Risiken in der eigentlichen Erklärungshandlung	406
2. Risiken in der Erklärungsübermittlung als solcher	407
a) Grundsätzliche Zuweisung von Übermittlungsrisiken an den Erklärenden	407
b) Spezifische ratio des § 120 BGB	408
c) Anstaltsbegriff des § 120 BGB im Zeitalter elektronischer Kommunikation	408
aa) Erfasste Risikoquellen 408 – bb) Partielle Differenzierung bei Push-Diensten auf Seiten des Erklärungsadressaten 409	
3. Veränderung der Erklärung durch dem Erklärenden nicht spezifisch zuzurechnende externe Ursachen	409
a) Grundsätzliches	409
b) Vorsätzlich falsch übermittelnder Bote als Sonderisiko?	409
aa) Kein Zugang einer Erklärung des Erklärenden? 410 – bb) Eigenmächtiges Aufschwingen des Boten zum falsus procurator? 411 – cc) Systematischer Zusammenhang mit § 119 BGB 411 – dd) Wertung des § 123 II 1 BGB? 412 – ee) Ineffizienz einer Haftung für vorsätzlich verfälschende Boten? 412 – ff) Regreßmöglichkeiten und Verantwortlichkeitsallokation 413 – gg) Fehlgehen eines Vergleichs mit einem nur angeblichen Boten 414	
4. Dem Erklärungsadressaten zugewiesene Kommunikationsrisiken in seinem Empfangsbereich	415
a) Grundsätzliches	415
b) Effizienz der Risikozuweisung	415
§ 18 Unsicherheitszustand, insbesondere aus der Sphäre der Gegenpartei	416
I. Vermeiden unnötiger und frustrationsgefährdeter Vorhaltekosten	416
II. Vermeiden einer Spekulation des Erklärungsadressaten bei nur einseitiger Bindung	416

III. Schutz rechtsgeschäftlichen Grundvertrauens und Reduktion von Vorsichtskosten	417
§ 19 <i>Freie Willensentscheidung</i>	417
I. Betroffene Beseitigungsrechte	417
1. Testamentswiderruf und Auslobungswiderruf	417
a) Gemeinsames und Trennendes	417
b) Grundlagen des Rechts zum Testamentswiderruf	418
2. Widerruf von Machtgeschäften	419
3. Überholendes Widerrufsrecht	420
4. Einseitig vorbehaltenes Widerrufsrecht	420
5. Vertragliches Reurecht in Abhängigkeit von der Ausgestaltung	421
II. Erforderliche Signalwirkung der erklärten Beseitigung	421
Zusammenfassung zu Teil III	421

Teil IV

Struktur der Beseitigung von Erklärungswirkungen

§ 20 <i>Zweiaktigkeit von Erklärung und Beseitigung</i>	426
I. Notwendigkeit einer eigenen Beseitigungserklärung	426
1. Beseitigungsobjekt und Beseitigungshandlung	426
2. Klarheit durch Zwang zur Entscheidung und zu deren Kundgabe	426
a) Entscheidungszwang	426
b) Kundgabe als Orientierungsmarke für Erklärungsadressaten und Rechtsverkehr	427
c) Ausfluß eines Aufdrängungsverbots	428
3. Kosten und Effizienz	428
a) Vergleich mit Alternativen zur Erklärungsanfechtung	428
aa) ipso iure-Nichtigkeit 428 – bb) Konstitutive richterliche Gestaltung 429	
b) Formalatbestände und Reaktionsmöglichkeiten	429
4. Geltendmachung eines Beseitigungsanspruchs als Quasi-Beseitigungserklärung	430
a) Fehlende ipso iure-Gestaltungswirkung des Anspruchs	430
b) Anspruchgeltendmachung als vom Berechtigten ausgehendes aktives Realisierungselement	430
5. Tathandlungen mit Bedeutungsgehalt als konkludente Beseitigungs- erklärungen	431
II. Abgrenzung zu aus sich heraus unwirksamen Willenserklärungen	432
1. Gestaltung statt Unsicherheitspotential	432
2. Schutz des Erklärenden und Ausschluß eines Quasi-Reurechts für den Erklärungsadressaten	432
III. Potestativrechtsbedingung	433
1. Grundsätzliches	433
2. Konstitutive, nicht bloß deklaratorische Wirkung	433
3. Keine Geltendmachung des materiellen Rechts gegen einen Rechtsschein	434

§ 21 Abwägung zwischen Interessen des Erklärenden und Bindungsinteressen des Erklärungsadressaten sowie des Rechtsverkehrs	435
I. Lösungsinteresse des Erklärenden	435
1. Lösungsinteresse aus rationalem Vorteil-Nachteil-Vergleich	435
2. Lösungsinteresse aus „subjektiver Entrüstung“ und Vertrauen als principal-agent-Beziehung	435
II. Schutz des Vertrauens des Erklärungsadressaten	435
1. Primärschutz als Bestandsschutz durch Aufrechterhalten der Bindung ..	435
a) Unwiderruflichkeit aus dem Grundverhältnis bei Machterklärungen	436
aa) Ausnahmen aus dem Grundverhältnis bei einer Vollmacht 436 – bb) Ausnahmen aus dem Grundverhältnis bei einer Einwilligung 437	
b) Unzumutbarkeit der Beseitigung für Erklärungsadressaten bei Massengeschäften?	438
aa) Massengeschäfte und Rationalisierungspotential 438 – bb) Giroüberweisungsauftrag als Beispiel für Unzumutbarkeit? 439	
2. Sekundärschutz durch Kompensationsschutz (finanzieller Ausgleich) ...	440
a) Subsidiarität des Sekundärschutzes gegenüber dem Primärschutz	440
b) Kompensation als Preis für die Beseitigung	441
c) Steuerungsfunktion einer Kompensationspflicht	441
d) Wechselbeziehung zwischen Primär- und Sekundärschutz	443
3. Unbeachtlichkeit des Vertrauens des Erklärungsadressaten	443
a) Gesetzgeberische Wertung über die Unwirksamkeit der Erklärung vor der Beseitigung	443
b) Vorangegangenes Verschulden	443
aa) Vorsätzliche Veranlassung des Erklärenden zur konkreten Erklärung 444 – bb) Verletzung einer Aufklärungspflicht 444	
c) Kenntnis oder fahrlässige Unkenntnis vom Defekt der Erklärung	444
4. Besonderer Vertrauensschutz für Erklärungsadressaten bei Mittelstellung in einer Kette oder sonstigen eigenen Drittbeziehungen des Erklärungsadressaten?	445
a) Grundsätzliches	445
b) Erklärungsadressat als wirtschaftlicher Vermittler	445
5. Vertrauensschutz durch Reurechtsausschluß	445
III. Beachtung der Interessen (mittelbar) betroffener Dritter?	446
1. Beachtung von Drittinteressen als Teil von Rechtssicherheitsinteressen und Interessen des allgemeinen Rechtsverkehrs	446
a) Grundsätzliches	446
b) Sogenannte Unanfechtbarkeit wertpapierrechtlicher Erklärungen	447
c) Einschränkung eines Scheckwiderrufs nach Art. 32 I ScheckG	449
d) Widerruf bei Machtgeschäften nur bis zum Vollzug	450
aa) Unwiderruflichkeit einer erteilten Genehmigung 451 – bb) Einschränkungen des Anweisungswiderrufs durch § 790 S. 1 BGB 451 – cc) Kein Entfallen der Vertretungsmacht bei Widerruf der Vollmacht nach Abschluß des Vertretergeschäfts 452	
2. Verpflichtung des Erklärenden gegenüber Dritten, sein Beseitigungsrecht nicht auszuüben	452
3. Konfliktlösung über Akzessorietät bei bestimmten Verpflichtungen ...	452
a) Einrede der Anfechtbarkeit nach §§ 770 I BGB; 129 II HGB als Modellfall ...	452

aa) Grundsätzliches	452	–	bb) Bestehen des hauptschuldnerischen Beseitigungsrechts als Voraussetzung	454	–	cc) Einrede und Informationsproblem	455	–	dd) Einrede bei Eingehen der Bürgschaftsverpflichtung trotz Kenntnis der Anfechtbarkeit?	456
b) Sachliche Erweiterung des § 770 I BGB 457									
aa) Ausdehnung in Fällen anderer Beseitigungsrechte des Hauptschuldners	457									
bb) Persönliche Ausdehnung auf alle akzessorischen Haftungsschuldner	457									
cc) Einrede der Anfechtbarkeit gegenüber dem Zessionar für debitor cessus?	457									
dd) Einrede der Anfechtbarkeit für Versprechenden beim Vertrag zu Gunsten Dritter?	460									
4. Beseitigungswirkung gegenüber Dritten im verfügungsrechtlichen Bereich und Gutglaubensgrundsätze 460									
a) Anfechtungswirkungen im Drittverhältnis und § 142 II BGB 461									
aa) Beseitigungswirkung im Verhältnis zu Dritten	461									
bb) Verweisung hinsichtlich der Gutglaubensmaßstäbe	462									
cc) Bezugspunkt des Kennens oder Kennenmüssens	463									
dd) Keine Beschränkung der Drittwirkungen des § 142 II BGB auf den verfügungsrechtlichen Bereich	464									
b) Übertragbarkeit des § 142 II BGB auf andere Beseitigungsrechte? 464									
aa) Grundsätzliches	464									
bb) Übertragbarkeit bei vereinbarten Widerrufsrechten?	465									
cc) Übertragbarkeit bei überholenden Widerrufsrechten?	466									
dd) Übertragbarkeit bei Verbraucherschützenden Widerrufsrechten?	466									
ee) Keine Übertragbarkeit auf ermächtigungsrechtliche Widerrufsrechte	467									
ff) Keine Übertragbarkeit bei Aufhebungsvereinbarungen und Ansprüchen aus culpa in contrahendo	468									
5. Ausschluß von Anfechtung oder Widerruf einer ausgeübten Vollmacht? 468									
a) Keine verdrängende Wirkung der ermächtigungsrechtlichen Widerrufsregelung 469									
b) Besonderer Vertrauenstatbestand und Einschränkungen der Anfechtungswirkung durch § 172 BGB 470									
c) Doppeltes Anfechtungsrisiko des Partners des Vertretergeschäfts 470									
d) Mögliche Vielzahl betroffener Dritte 471									
e) Vergleich mit der Anscheinsvollmacht 471									
f) Bevollmächtigung und Verbraucherschützende Widerrufsrechte 472									
aa) Irrelevanz der Fragestellung wegen Bestehens des vollmachtrechtlichen Widerrufsrechts?	472									
bb) Kein Umkehrschluß aus § 492 IV 1 BGB	473									
cc) Notwendige Schutzdoppelung?	473									
cc) Widerrufs ausschluß durch Abschluß des Vertretergeschäfts?	474									
6. Verpflichtung zum Ersatz des Vertrauensschadens Dritter 474									
7. Genereller Beseitigungsausschluß bei Erklärungen in Gerichtsverfahren? 475									
a) Formenstrenge des Prozesses 475									
b) Rechtstatsächliches als Einschränkung der relevanten Fallgruppen 475									
c) Ansehen der Rechtspflege und richterliche Kontrolle im Prozeßgeschehen 476									
aa) Beeinträchtigung des Ansehens der Rechtspflege?	476									
bb) Richterliche Kontrolle als weitere rechtstatsächliche Einschränkung	476									
cc) Materiellrechtliche Filter und richterliche Kontrolle bei Prozeßverträgen	476									
d) Anerkenntniserklärung und Anerkenntnisurteil 477									
e) Doppelnatur von Prozeßerklärungen und Geltung materieller Regeln 478									
f) Ausgleich durch prozeßrechtlich induzierte Widerrufsrechte? 478									

aa) Schonung der knappen Ressource Justiz 478 – bb) Unerträgliche Länge der materiellrechtlichen Fristenatbestände? 479 – cc) Weitergehende Reichweite prozessualer Widerrufsrechte 479 – dd) Partieller Rekurs des Prozeßrechts auf das materielle Recht 479	
8. Differenzierung nach Vorliegen einer verfahrensrechtlich nicht mehr angreifbaren Entscheidung bei der Beseitigung von Erklärungswirkungen im Patentrecht?	479
9. Besonders formalisierte Verfahren	480
a) Öffentlich registrierte Erklärungen	480
b) Beseitigung der Zustimmungserklärung eines Gesellschafters zu einem Akt der Gesellschaft	481
IV. Allgemeine Rechtssicherheitsinteressen in gesamtgesellschaftlichen Ausnahmesituationen	481
1. Rückerstattungsrecht nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Ende der DDR	482
2. Aufwertungsrecht in der Inflationszeit	483
§ 22 <i>Besonderheiten bei statusbegründenden Willenserklärungen</i>	483
I. Überwiegen des Rechtssicherheitsinteresses	483
II. Notwendigkeit der Aufhebung des staatlichen Aktes bei Inkorporation der Erklärung in einen besonderen staatlichen Akt	483
III. Anwendungsfälle	485
1. Aufhebung einer Ehe durch Gestaltungsurteil nach Aufhebungsklage	485
a) Grundsätzliches	485
b) Gesetzesentwicklung	485
c) Erhöhte Anfechtungsfestigkeit der Eheschließung	487
2. Gestaltungsklage bei Anfechtung der Vaterschaftsanerkennung als Unterfall einer Vaterschaftsanfechtung	488
3. Gerichtliche Aufhebung der Adoption auf Antrag	489
a) Aufhebungsverfahren bei Irrtum, Täuschung oder Bedrohung des Einwilligenden	489
b) Grundsatz der Unwiderruflichkeit von Einwilligungserklärungen nach § 1750 II 2 Hs. 1 BGB	490
c) Geltung der allgemeinen Beseitigungsrechte vor Abschluß des Adoptionsverfahrens?	490
aa) Grundsätzliche Geltung der Anfechtungsregeln 490 – bb) Analoge Anwendung des § 1760 II BGB 491	
Zusammenfassung zu Teil IV	492

Teil V

Besondere Gründe für einen Ausschluß der Beseitigungsberechtigung

§ 23 <i>Ausschluß des Beseitigungsrechts wegen Unvereinbarkeit mit dem Inhalt des von der Beseitigung betroffenen Rechtsgeschäfts</i>	494
I. Widerspruchsfreiheit und Interessengewichtung	494

II. Risikenfehleinschätzung bei Risikogeschäften	494
1. Grundsätzliches	494
a) Zukunftsgerichtetheit des Risikos	494
b) Spekulation als Motiv für den Geschäftsabschluß	495
c) Risikenfehleinschätzung als allgemeiner Beschränkungsansatz	495
2. Fehleinschätzung des Werts als Risiko	495
a) Untauglichkeit rein begrifflicher Ausgrenzung aus dem Eigenschaftsbegriff	495
b) Nichtaufwendung kenntnis erhöhender Kosten als entscheidender Grund	496
c) Vermeiden von free rider-Effekten	496
d) Gleichlaufende Risikenverteilung bei erfolgreicher wie bei fehlschlagender Suche	497
3. Irrtum über die Vertrauens- oder die Kreditwürdigkeit des Erklärungsadressaten als geschäftsimmanentes Risiko	497
a) Kosten einer Bonitätsprüfung und Risikozuweisung	497
b) Irrelevanz nach Leistungsaustausch	498
c) Anfechtung des Erfüllungsgeschäfts und § 454 BGB aF	499
d) Hinreichende Einschränkung über subjektive Seite des Irrtums?	499
e) Wertung der §§ 321; 490 I BGB	500
f) Wertung des § 26 KO	501
aa) Bevorzugung des Sach- gegenüber dem Geldleistungsgläubiger	501
bb) argumentum a fortiori für die Lage unter der InsO	502
4. Irrtum über Eigenschaften der eigenen Person als geschäftsimmanentes Risiko	502
5. Beschaffenheitsgarantie und Eigenschaftszusicherung als Geschäft auf eigenes Risiko	503
6. Interzessionen im besonderen	503
a) Sicherungszweck der Interzession	503
b) Prognoserisiko hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen	504
c) Ausnahme bei Irrtum über Kalkulationsgrundlage zum Zeitpunkt der Erklärungsabgabe?	504
7. Vergleiche im besonderen	505
a) Einigung über Vergleichsgegenstand als wesensmäßiges Risikogeschäft	505
b) Informationsverschleierung und arglistige Täuschung	506
c) Parallele Behandlung kausaler Schuldanerkenntnisse	507
8. Entgeltliche Erbverzichtsverträge im besonderen	507
9. Ausnahme bei Verantwortlichkeit des Erklärungsadressaten für die Risikenfehleinschätzung	508
10. Änderung der Rechtslage nach Abgabe der Erklärung	508
11. Ausschluß des fernabsatzrechtlichen Widerrufsrechts für Wett- und Lotteriedienstleistungen	509
12. Widerrufsrechtsausschluß für volatile Finanzdienstleistungen	509
III. Stellvertretung als Quasi-Risikogeschäft	510
1. Anfechtungsausschluß durch § 164 II BGB	510
a) Keine Möglichkeit, Erklärungshaftung von sich abzuwälzen	511
b) Kein Aufdrängen eines Vertragspartners für Gegenpartei	512
2. Umkehrung des § 164 II BGB bei irrtümlicher Erklärungsabgabe in fremdem statt im eigenen Namen?	512

§ 24 <i>Ausschluß des Beseitigungsrechts infolge Zweckerfüllung der Erklärung</i>	512
I. Grundsätzliches	512
II. Vornahme des drittgerichteten Geschäfts als Zäsur bei Machtgeschäften ..	513
III. Leistungserbringung als Zäsur im Verbraucherschutzrecht	513
1. Allgemeines	513
a) Altrechtliche Lage	513
b) Suche nach einer ratio für die altrechtliche Regelung	514
2. Vorverlagerung auf Zeitpunkt der ersten Teilleistung des Erklärenden nach § 8 IV 4, V 4 VVG 1994	515
3. Sofortige Erfüllung als Ausschlußtatbestand bei Bagatellgeschäften nach §§ 312 III Nr. 2 BGB; 1 II Nr. 2 HWiG	516
4. Vorzeitige einvernehmliche Erbringung von Dienstleistungen unter §§ 312 d III BGB; 3 I 3 Nr. 2 lit. b FernAbsG	517
a) Tatbestand	517
b) Fehlen einer überzeugenden ratio	518
c) Mißbrauchsgefahr	519
5. Vorzeitige vollständige Erfüllung unter Art. 6 II lit. c RiLi 2002/65/EG ..	520
IV. Ausschluß der Anfechtung wegen Erweiterung der Beurteilungsbasis	520
1. Ex post-Beurteilung auf Faktenbasis im Kontrast zu prognostischer ex ante-Beurteilung	520
2. Nähe zur Verwirkung des Anfechtungsrechts	521
V. Ausschluß als Quasi-Heilung des Erklärungstatbestands	521
§ 25 <i>Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung und besondere Anfechtungsausschlüsse</i>	522
I. Anfechtungsausschluß bei fingierten oder unwiderleglich vermuteten Erklärungen	522
1. Begründung	522
a) Normatives Ignorieren des später geäußerten wirklichen Willens	522
b) Gegenschluß aus § 1956 BGB	522
2. Anwendungsfelder im allgemeinen	523
a) Schweigen mit zugeschriebener Erklärungsbedeutung	523
b) Rechtlich erzwungene Erklärungen	523
3. Ausnahmen	523
a) Drohungsfälle	523
b) Anfechtung wegen anderen Irrtums	523
c) Analogie zu § 120 BGB bei Verlust einer widersprechenden Erklärung?	524
II. Beispiele für eine Anwendung des Grundsatzes	524
1. Anfechtungsausschluß für Schweigen mit Erklärungsbedeutung im Handelsverkehr	524
a) Schweigen auf kaufmännisches Bestätigungsschreiben	524
b) Schweigen auf unsorgfältig gelesenes kaufmännisches Bestätigungsschreiben	525
c) Unterstellte Kenntnis von Handelsbräuchen	526
2. Betriebliche Übung und Irrtumsanfechtung	526
a) Grundsätzlicher Ausschluß der Irrtumsanfechtung	526

b) Anfechtung bei Irrtum über die tatsächlichen Grundlagen der betrieblichen Übung?	528
c) Folgeprobleme bei Zulassung der Anfechtung	528
aa) Rechtzeitigkeit und Anforderungen an die Anfechtungserklärung 528 – bb) Adressat der Anfechtungserklärung 529	
3. Gesetzliche Vergütungsfestsetzungen als Anfechtungsausschluß	529
III. Erfüllung von Naturalobligationen und Anfechtungsausschluß	531
IV. Ersetzen der Irrtumsanfechtung durch besonderes Rücktrittsrecht des Versicherers	531
V. Beschränkung des Anfechtungsrechts aus § 123 I Var. 1 BGB für Versicherer?	532
1. Beschränkung auf Grund Verletzung einer Obliegenheit zur Risikoüberprüfung?	532
2. Fehlende Rechtfertigung durch Treu und Glauben	533
3. Unvereinbarkeit mit Wertungen der §§ 16-22 VVG	533
4. Unterlaufen der Anfechtungsfrist	534
5. Hinreichender Schutz des Versicherungsnehmers durch Verteilung der Darlegungs- und Beweislast	534
VI. Kein Anfechtungsrecht des AGB-Verwenders bei Nichteinbeziehung oder (Teil-)Unwirksamkeit seiner AGB	535
Zusammenfassung zu Teil V	536

Teil VI

Sekundärschutz durch Kompensationsleistung als Preis der Beseitigung

§ 26 <i>Abstufung nach dem Fortschritt des Erklärungs- und Bindungsprozesses</i>	538
I. Widerruf vor oder mit Zugang der empfangsbedürftigen Erklärung nach § 130 I 2 BGB	538
1. Fehlendes schutzwürdiges Interesse des (nur prospektiven) Erklärungs- adressaten	538
2. Schadensersatz wegen Verletzung einer besonderen Verpflichtung zum Unterlassen eines Widerrufs	539
II. Widerruf des Angebots vor Absenden der Annahme nach Art. 16 CISG	539
III. Analoge Anwendung des § 122 BGB bei Widerruf sachenrechtlicher Einigungserklärung?	541
§ 27 <i>Finanzieller Vertrauensschutz bei einseitigen Beseitigungsrechten</i>	541
I. § 122 BGB als gesetzlicher Modellfall	541
1. Garantiehftung auf Entschädigung	541
a) Trennung von Verantwortlichkeit und culpa	541
b) Garantiehftung für Risiken aus der eigenen Sphäre	543
c) Verschuldensunabhängige Haftung als Dezentralisierung von Entscheidungszuständigkeit	545

2. Anfechtung als Auslöser, Erklärungsdefekt als Grund der Kompensationspflicht	546
a) Grundsätzliches	546
b) Vergleich mit der Haftung nach § 122 I Var. 1 iVm § 118 BGB	546
c) Anfechtbarkeit als Verfeinerung der Nichtigkeitslösung in der historischen Perspektive	546
d) Bedeutung der Rechtsfolgenreise	547
e) Kausalität für den Schaden ab Erklärung, nicht ab Anfechtungserklärung	547
3. Entschädigung für Enttäuschung von Vertrauen und Marktpreis	548
II. Schutzzumfang	549
1. Grundsätzlicher Schutzzumfang	549
2. Begrenzung des Vertrauensschadens durch das positive Interesse	550
a) Grundsätzliches	550
b) Rationes der Begrenzung	551
3. Begrenzung durch Umfang der Erklärungsbindung	551
4. Generelle Begrenzung analog § 1298 II BGB?	552
5. Schadensersatz bei anderweitig nichtigen oder anfechtbaren Rechtsgeschäften?	552
III. Konstellationen nicht schutzwürdigen Vertrauens des Erklärungsadressaten	552
1. Vorangegangenes Verschulden	553
a) Vorsätzliche Veranlassung des Erklärenden zur konkreten Erklärung	553
b) (Fahrlässige) Verletzung einer Aufklärungspflicht	553
2. Kenntnis oder fahrlässige Unkenntnis vom Defekt der Erklärung	553
a) Grundsätzliches	553
aa) Verhinderung ungerechtfertigter Spekulation und Anreiz zum Selbst- schutz 553 – bb) Teilung der Verantwortlichkeit für den infolge der Erklärung eintretenden Zustand 555 – cc) § 122 II BGB und die Schadensminderungs- pflicht nach § 254 II BGB 555 – dd) Geteilter Vertrauensschutz bei nur teilweise defektbehafteter Erklärung? 556	
b) Fahrlässigkeit der Unkenntnis bei Evidenz des Irrtums	556
c) Eigener Irrtum des Erklärungsadressaten	557
3. Veranlassung des Erklärungsdefekts durch den Erklärungsadressaten ohne dessen fahrlässige Unkenntnis	558
a) Allgemeines	558
b) Risikoschaffung im e-commerce und § 312 e I 1 Nr. 1 BGB	559
aa) Wertung des § 312 e I 1 Nr. 1 BGB 559 – bb) Ausnahme nach § 312 e II 1 BGB 561	
4. Ansatz zur zeitlichen Differenzierung des Vertrauensschutzes	561
IV. Ersatzfähige Positionen	562
1. Kosten und Aufwendungen für den Vertragsabschluß	563
2. Entgangener Gewinn aus unterlassenen Geschäften mit Dritten	564
a) Grundsatz	564
b) Sachgerechtigkeit	564
c) Abgrenzung zum Erfüllungsschaden	565
d) Mangelnde Praktikabilität?	565
3. Vertragserfüllungs-, Vorhalte- und Eindeckungskosten	566
4. Kosten oder Verluste aus Bindungen gegenüber Dritten	567
a) Ersatz grundsätzlich nur bei Eingehen der Drittbindung nach der Erklärung	567

aa) Grundsatz 567 – bb) Ausnahmen bei Geschäftsabschluß als leistungspflichtauslösendem Moment 567	
b) Verluste aus Deckungsgeschäften	570
c) Verwirkte Vertragsstrafen?	571
d) Besondere Aspekte bei Anfechtung von Sicherungserklärungen	571
e) Besondere Aspekte bei irrtümlicher Leistung auf fremde Schuld	572
f) Ausnahme bei Kosten eines Drittprozesses	573
g) Ausnahme hinsichtlich eines kalkulierten Verlustes im Drittgeschäft	573
5. Vom Erklärungsadressaten gezahlte Verkehrsteuern	573
6. Vom Erklärungsadressaten gezahlte Ertrag- und Personalsteuern sowie Personalsteuerverpflichtungen des Erklärungsadressaten	574
a) Steueransprüche gegen den Erklärungsadressaten	574
b) Umfang der Ersatzpflicht des Erklärenden	575
7. Kosten eines infolge der Anfechtung verlorenen Prozesses	576
a) Beurteilungsrisiko hinsichtlich gegnerischer Behauptungen	576
b) Rechtskraft der Kostenentscheidung und Aufrechnung	577
c) Wirksame Anfechtung als Vorfrage im Zweitverfahren und fehlende Rechtskraft	577
d) Ergebnis	578
8. Bereits erbrachte Leistungen des Erklärungsadressaten und Rückabwicklungskosten	578
9. Einwerbekosten für Drittgeschäfte	579
10. Kosten für Umgebung des Leistungsgegenstands	579
V. Anspruch auf Aufhebung eines Restvertrages bei Teilanfechtung?	580
VI. Analoge Anwendung des § 122 I BGB zu Gunsten gutgläubiger Erklärungsadressaten bei Drittdrohung und Drittäuschung	580
1. Analogie zu § 122 I BGB oder Direktgreß des Erklärungsadressaten beim Drohenden	580
2. Gegenschluß aus § 123 BGB?	581
3. Zuweisung des Risikos, beim Drohenden auszufallen	582
4. Analogie zu § 122 BGB bei gutgläubigem Erklärungsadressaten und Drittäuschung	583
a) Gründe für einen Analogie	583
b) Grundsätzlicher Vorrang des Primärschutzes für gutgläubige Erklärungsadressaten	583
VII. Verpflichtung zum Ersatz des Vertrauensschadens Dritter	584
1. Kreis der ersatzberechtigten Dritten bei nicht empfangsbedürftiger Erklärung	584
a) Grundsätzliches	584
b) Anfechtung einer Erbschaftsannahme	584
c) Materiell Interessierte bei amtsempfangsbedürftigen Erklärungen	585
d) Ausschreibungen der öffentlichen Hand	585
2. Ersatz des Vertrauensschadens Dritter bei empfangsbedürftiger Erklärung?	586
a) Grundsätzliches	586
aa) Wortlaut des § 122 I BGB 586 – bb) Korrelation von Bindungsrichtung und Ersatzberechtigung 586 – cc) Materielle Beteiligung des formell Dritten 587	

b) Anspruch des Drittbegünstigten nach Anfechtung der Versprechenserklärung beim Vertrag zu Gunsten Dritter?	587
c) Ersatzberechtigung von Rechtsnachfolgern des Erklärungsadressaten?	588
aa) Anfechtung rechtsbegründender Erklärung 588 – bb) Zessionskette 589	
d) Schutz des Schuldners nach Anfechtung einer Abtretungserklärung?	589
aa) Vorrang der §§ 409; 410 BGB 589 – bb) Lage bei gleichzeitiger Anfechtung der Abtretungsanzeige 589 – cc) Schadensrechtliche Aspekte 590	
e) Übertragung eines Anwartschaftsrechts und Anfechtung des Grundgeschäfts	590
f) Ausfall mit neubegründeten Forderungen als Folge erhöhter Kreditwürdigkeit?	590
aa) Erhöhte Kreditwürdigkeit des Erklärenden 590 – bb) Erhöhte Kreditwürdigkeit des Erklärungsadressaten 591	
g) Schutz des Partners des Vertretergeschäfts nach Anfechtung einer Innenvollmacht?	591
aa) Fehlende Interessengerechtigkeit und Wertungswidersprüche einer Anspruchskette 592 – bb) Anfechtung der Bevollmächtigung als wirtschaftlicher Angriff auf das Vertretergeschäft 593 – cc) Gleichbehandlung von Innen- und Außenvollmacht als Argument? 594 – dd) Vertrauensgrundlage des Dritten 594	
VIII. Kompensationspflichten bei der Beseitigung von Statuserklärungen?	595
IX. Verpflichteter des Kompensationsanspruchs	596
1. Grundsätzliches	596
2. Tragfähige ratio des § 2078 III BGB?	597
a) Fehlende Schutzwürdigkeit des Vertrauens auf die Wirksamkeit einer testamentarischen Verfügung?	597
b) Testamentsanfechtung als notwendige Drittanfechtung und mangelnde Verantwortlichkeit des Anfechtenden für den Anfechtungsgrund	597
X. Einrede aus § 122 I BGB bei Zahlungsunfähigkeit des Kompensationsverpflichteten?	598
§ 28 <i>Bewertung des Beseitigungsrechts als vorrangig</i>	599
I. Schutz des Beseitigungsberechtigten im Verbraucherschutzrecht	599
1. Grundsätzliches	599
2. Teilweise Kompensation des Unternehmers über § 357 I 1 iVm § 346 II BGB bzw. § 361 a II 6 BGB aF	600
a) Grundsätzliches	600
b) Keine Bereitstellungsentschädigung	601
aa) Gegenständliche Leistung 601 – bb) Keine Bereitstellungsinsen oder Vertragsinsen bei fehlender Auskehrung des Kreditbetrages 601	
c) Unerheblichkeit der tatsächlichen Nutzung	602
d) Bemessungsgrundsätze	603
aa) Besondere Rücksichtnahme durch § 357 I 1 iVm § 346 II 2 Hs. 2 BGB 603 – bb) Kein Umkehrschluß aus § 346 II 2 Hs. 2 BGB auf Unwiderleglichkeit des § 346 II 2 Hs. 1 BGB in anderen Fällen 604 – cc) Objektiver Maßstab 605	
e) Zweiseitige Anspruchsrichtung	607
II. Sphärenzuweisung des Beseitigungsgrundes	608
III. Normativ imputierte Kenntnis von der fehlenden Endgültigkeit der Bindung	608
1. Grundsätzliches	608
2. Lage bei der Auslobung im Speziellen	609

§ 29 Preis für einverständliche Aufhebung eines Vertrages bei fehlendem einseitigem Beseitigungsrecht	610
I. Ersetzung des Beseitigungsrechts durch Einverständnis der Gegenpartei . . .	610
II. Möglichkeit einer Prämie über das Erfüllungsinteresse hinaus wegen der starken Position der Gegenpartei	610
1. Monopolisierung durch Abhängigkeit vom Willen der Gegenpartei infolge Möglichkeit der Erfüllungsklage	610
a) Grundsätzliches	610
b) Sittenwidrigkeit als Grenze	611
c) Quersubventionierung?	612
2. Vorfälligkeitsentschädigungen bei Darlehensaufhebungsverträgen	612
a) Aufhebungs-, nicht bloße Abänderungsvereinbarung	612
b) (Rück-)Veräußerung eines langfristigen Finanztitels auf einem Sekundärmarkt	612
c) Kündigungsrecht bei festverzinslichen Grundpfanddarlehen nach § 490 II 1 BGB	613
d) Analogie zu § 490 II BGB oder Aufhebungsvertragskonstruktion für andere Darlehensverträge als festverzinsliche Grundpfanddarlehen?	614
e) Konsensuale Aufhebung und Vorfälligkeitsentschädigung	614
f) Berechnungsmethoden	615
aa) Berücksichtigung des hypothetischen Tilgungsverlaufs als Grundlage 615 – bb) Aktiv-/Passiv-Methode 617 – cc) Aktiv-/Aktiv-Methode 618	
g) Positionen der Vorfälligkeitsentschädigung	619
aa) Zinsmargenschaden und Zinsverschlechterungsschaden 619 – bb) Anteilige Ersparnis von Risiko- und Verwaltungskostenanteilen 620 – cc) Auswirkungen des einkommensteuerrechtlichen Zuflußprinzips 620 – dd) Bearbeitungskosten für vorzeitige Vertragsabwicklung 620	
h) Vergleich mit Nutzungsentschädigung nach § 495 I iVm §§ 357 I 1; 347 I 1 BGB bzw. § 7 I 1 VerbrKrG iVm § 361 a II 6 BGB aF	621
3. Abfindung beim arbeitsrechtlichen Aufhebungsvertrag	621
Zusammenfassung zu Teil VI	622

Teil VII

Ausübung des Beseitigungsrechts

§ 30 Form der Beseitigungserklärung	625
I. Gesetzlich ausdrücklich vorgeschriebene Form	625
1. Verbraucherschützender Widerruf	625
a) Textform	626
aa) Grundsätzliche Merkmale und Hintergründe 626 – bb) Übertragung von Maßstäben aus § 361 a III 1 BGB aF 627 – cc) Dokumentationssicherheit und Beweisfestigkeit bei elektronischer Kommunikation 629 – dd) e-mails 629 – ee) Website 631	
b) Rücksendung der Sache	633
aa) Grundsätzliches 633 – bb) Beschränkter sachlicher Anwendungsbereich 634 – cc) Rücksenden mit Erklärungswert der Erklärungsrevokation und Vertragsauflösung 634	

c) Rechtspolitische Kritik der Formmilderung	635
aa) Beweiszwecke und Verbraucherbegünstigung 635 – bb) Klarstellungs- zwecke und Interessen des Erklärungsadressaten 636 – cc) Zumutbarkeit der Schriftform für den Verbraucher 637 – dd) Europarechtliches Gebot der Formfreiheit von Widerrufserklärungen? 638	
d) Schriftlichkeit bei § 8 IV 1 VVG 1994	638
2. Anfechtung der Erbschaftsannahme oder der Ausschlagung	638
3. Testamentwiderruf	639
4. Einseitiger Widerruf wechselbezüglicher letztwilliger Verfügungen aus einem gemeinschaftlichen Testament	639
a) Striktes Formgebot des § 2271 I 1 iVm § 2296 II 2 BGB	639
b) Zugang einer Ausfertigung erforderlich?	640
aa) These von der Formbedürftigkeit des Zugangs als solchen 640 – bb) Widerlegung der These 640	
5. Selbstanfechtung des Erblassers bei Erbvertragserklärungen bzw. des überlebenden Ehegatten beim gemeinschaftlichen Testament	641
6. Widerruf der Einwilligung seitens des zu Adoptierenden	642
7. Widerruf der Vaterschaftsanerkennung	643
8. Widerruf der Hinzufügung eines Begleitnamens zum Ehenamen	643
9. Widerruf der Erklärung über die Nichtfortsetzung einer Lebens- partnerschaft	643
10. Arbeitsrechtlicher Aufhebungsvertrag	644
a) Grundsätzliches	644
b) Sachliche Anwendbarkeit des § 623 Var. 2 BGB auf arbeitsrechtliche Abwicklungsverträge?	645
11. Regelmäßiger Ausschluß konkludenter Beseitigungserklärung gegenüber Behörde	645
II. Form der zurückzunehmenden Erklärungen als gesetzlicher Grundsatz? . . .	646
1. Quasi-akzessorische Natur des Beseitigungsrechts?	647
2. actus contrarius-Doktrin?	647
a) Gegenschluß aus dem Fehlen gesetzlicher Formvorschriften?	647
b) § 658 I 2 BGB als Grundlage einer allgemeingültigen Analogie?	647
c) Generelle Formbedürftigkeit von Aufhebungsverträgen bei formbedürftigen Ausgangsgeschäften?	648
III. Form bei vertraglichen Beseitigungsrechten	650
1. Grundsätzliches	650
2. Vertraglich vereinbarte Form für Vertragsänderungen	651
a) Abgrenzung	651
b) Geltung für Ausübung von Beseitigungsrechten?	651
c) Geltung für Aufhebungsverträge?	652
d) Aufhebung des Formerfordernisses	653
3. Form des § 2297 BGB bei Widerruf wechselbezüglicher Verfügungen aus einem gemeinschaftlichen Testament durch den überlebenden Ehegatten	655
§ 31 Adressat der Beseitigungserklärung	656
I. Erklärungsadressat der zu beseitigenden Erklärung	656

II. Gegenpartei des von der Beseitigung betroffenen Rechtsgeschäfts	656
1. Grundsatz	656
2. Adressat der Beseitigungserklärung bei Einschaltung von Stellvertretern auf Seiten der materiellen Gegenpartei	657
3. Adressat der Beseitigungserklärung nach der Zession von Forderungen	657
4. Adressat der Beseitigungserklärung beim Vertrag zu Gunsten Dritter	658
a) Versprechensempfänger	658
b) Dritter neben Versprechensempfänger in den Fällen des § 123 II 2 BGB	659
III. De facto-Bestimmungsrecht der materiellen Gegenpartei im Verbraucherschutzrecht	660
1. Auswahl des Adressaten der Beseitigungserklärung durch die materielle Gegenpartei im Rahmen der Widerrufsbelehrung	660
a) Grundsätzliches	660
b) Bestimmung eines Dritten zum Widerrufsadressaten	662
c) Bestimmung mehrerer Widerrufsadressaten	663
aa) Mehrere Widerrufsadressaten zur Auswahl des Erklärenden 663 –	
bb) Unzulässigkeit der echten Kumulation von Widerrufsadressaten 663	
d) Schutz gegen den Mißbrauch des Bestimmungsrechts	663
2. Vertrauensschutz zu Gunsten des Erklärenden	664
a) Grundsätzliches	664
b) Änderung der Widerrufsadresse	664
aa) Ausschaltung von Manipulationsgefahren 664 – bb) Berechtigtes Interesse an Mitteilung einer Änderung 664	
IV. Adressat der Beseitigungserklärung bei mehreren Beteiligten	665
1. Mehrseitiges Rechtsgeschäft	665
a) Grundsatz: Beseitigungserklärungen an alle anderen Beteiligten	665
aa) Vermeiden einer Diskrepanz zwischen den Wertungen aus § 139 BGB und § 123 II BGB 665 – bb) Klarstellungsobliegenheit im Eigeninteresse des Erklärenden 666 – cc) § 351 S. 1 Var. 2 BGB als allgemeiner Grundsatz für alle Gestaltungsrechte? 666 – dd) Erschwerung der Beseitigung bei Zugangsproblemen im Verhältnis zu einem Adressaten 668	
b) Ausnahme bei verbraucherschützendem Widerrufsrecht, erteilter Widerrufsbelehrung und Widerrufserklärung an die in der Belehrung angegebene Adresse 668	
2. Adressat der Beseitigungserklärung nach einer Schuldübernahme	669
3. Adressat der Beseitigungserklärung nach einer Vertragsübernahme	669
4. Widerruflichkeit nur der Kreditvertragserklärung bei verbundenen Geschäften im allgemeinen	670
a) Abweichung von der Rechtslage unter dem AbzG	670
b) Führungsrolle des Kreditvertrages	671
c) Klarstellung durch Belehrung	671
d) Vertragliche Möglichkeiten zu Gunsten des Verbrauchers	672
5. Widerruflichkeit nur der Fernabsatzvertragserklärung bei finanzierten Fernabsatzgeschäften	672
6. Fiktion des § 358 II 3 BGB für die Fälle des § 358 II 2 BGB	673
a) Gefahrenlage und legislatives Programm	673
b) Umkehrung gegenüber § 4 FernAbsG	674
c) Partielle Diskrepanz zur Belehrungsobliegenheit	674
d) Ausnahmecharakter	675

V. Besondere gesetzliche Adressatenbestimmungen	675
1. Fakultative Adressaten bei Beseitigungsrechten wegen Drittbezugs	675
a) Grundsätzliches	675
b) falsus procurator neben intendiertem Prinzipal bei § 178 S. 2 BGB	675
aa) Gesetzliche Empfangsvollmacht des falsus procurator 675 – bb) Gefahren bei Widerrufserklärung an den falsus procurator	676
c) Minderjähriger neben gesetzlichem Vertreter bei § 109 I 2 BGB	676
d) Vormundschaftsgericht neben Vormund bei § 1830 BGB?	676
e) Zweiter Ehegatte neben geschäftsschließendem Ehegatten bei §§ 1366 II; 1427 II; 1453 II BGB?	677
2. Zwingende Adressatenbestimmungen	677
a) Nachlaßgericht bei Ausübung erbrechtlicher Beseitigungsrechte	677
b) Genehmigungsbehörde nach Antragstellung bei Widerruf einer Stiftungserklärung	678
c) Vormundschaftsgericht bei Widerruf der Einwilligung seitens des Anzunehmenden	678
d) Standesbeamter bei Widerruf der Hinzufügung eines Begleitnamens zum Ehenamen	679
VI. Adressat bei vertraglichen Beseitigungsrechten	679
1. Grundsatz der privatautonomen Festlegung	679
2. Widerrufsadressat beim Prozeßvergleich unter Widerrufsvorbehalt als Beispiel	679
a) Gericht als vereinbarter Widerrufsadressat	679
b) Lage bei fehlender Bezeichnung eines Widerrufsadressaten	680
VII. Adressat der Beseitigungserklärung bei nichtempfangsbedürftiger Erklärung	681
1. Anfechtung einer Dereliktionserklärung als wichtigster Anwendungsfall des § 143 IV BGB	681
2. Mangelnde Übertragbarkeit des § 143 IV BGB auf andere Beseitigungsrechte wegen notwendiger Empfangsbedürftigkeit der Erklärung	682
§ 32 Inhaltliche Anforderungen an die Beseitigungserklärung	683
I. Erkennbarkeit des Rechtsfolgewillens	683
1. Grundsätzliches	683
a) Interessen des Erklärenden	683
b) Interessen des Erklärungsadressaten	683
c) Kein Erfordernis der genauen Bezeichnung	684
d) Probleme in Abgrenzung zu leistungsstörungsrechtlichen Behelfen	685
e) Keine Beseitigungserklärung bei grundsätzlicher Bestätigung des Rechtsgeschäfts	686
f) Mahnbescheid als nicht hinreichender Ausdruck eines Beseitigungswillens	687
g) Definitionskompetenz des Erklärenden und Gebot konsistenten Verhaltens	687
2. Überlegungsmöglichkeit und Allokation des Erklärungsrisikos bei der Beseitigungserklärung	688
3. Beseitigungsgrund und Folgelasten für den Beseitigungsberechtigten	688
4. Bezugnahme auf eine bestimmte Rechtsfolge	688
5. Bloße Ankündigung einer späteren Beseitigung	689

6. Abgrenzung zwischen Beseitigungserklärung und bloßer Mitteilung der Kenntnis von einem Beseitigungsgrund	691
a) Regelmäßig erkennbare Interessenwidrigkeit einer bloßen Mitteilung	691
b) Mitteilung der Möglichkeit einer Beseitigung und Herbeiführen der Bösgläubigkeit des Erklärungsadressaten	691
c) Mitteilung als Angebot zum Abschluß eines Aufhebungs- oder Änderungsvertrages	692
7. Bezeichnung der mit der Beseitigung angegriffenen Erklärung	692
a) Grundsatz	692
b) Berücksichtigung des Trennungsprinzips	693
aa) Beseitigungsrecht hinsichtlich Verpflichtungs- wie Verfügungserklärung 693 – bb) Beseitigungsrecht hinsichtlich nur einer Erklärung und erklärte Beseitigung hinsichtlich der anderen Erklärung 693	
8. Einrede der Beseitigungsfähigkeit?	694
a) Keine rechtliche Anerkennung	694
b) Auslegung einer „einredeweisen“ Geltendmachung	694
II. Bezug auf den Beseitigungsgrund	695
1. Allgemeine Begründungspflicht	695
a) Interesse an Rechtsklarheit	695
aa) Interesse des Erklärungsadressaten 695 – bb) Interesse Dritter 697	
b) Überforderung des rechtsunkundigen Erklärenden?	697
aa) Vermeiden durch entsprechende Formulierung der Anforderung 697 – bb) Lage im Verbraucherschutzrecht 699 – cc) Begründungspflicht und Prozeßgeschehen 700	
c) Anreizbildung bei Spezifizierungspflicht	701
d) Fristentatbestände	702
e) Notwendigkeit wegen Abgrenzung zu anderen Rechtsbehelfen	703
aa) Abgrenzung zur Ausübung von Leistungsstörungenrechten 703 – bb) Spezifität des Beseitigungsrechts 703 – cc) Unterschiedliche Folgen konkurrierender Beseitigungsrechte 704	
f) Gegenschluß aus ausdrücklichen gesetzlichen Begründungspflichten bei Gestaltungsrechten?	707
aa) Gegenschluß aus §§ 626 II 3 BGB; 1 III 1 Hs. 2 KSchG? 707 – bb) Gegenschluß aus § 102 I 2 BetrVG? 708 – cc) Gegenschluß aus §§ 569 IV; 573 III 1 BGB; 564 a I 2; 564 b III BGB aF? 708 – dd) Gegenschluß aus § 2336 II BGB? 709 – ee) Ergebnis 709	
g) Nachschieben von Begründungstatsachen	709
2. Keine Möglichkeit des Nachschiebens von Beseitigungsgründen	710
a) Nachgeschobene Begründung als zweite Beseitigungserklärung	710
aa) Keine Quasi-Heilung der ursprünglichen Beseitigungserklärung 710 – bb) Wirkungsgleichheit des Nachschiebens von Beseitigungsgründen und einer unzulässigen aufschiebenden Bedingung der Beseitigungserklärung 711 – cc) Beachtung der Frist für das Geltendmachen des jeweiligen Beseitigungsgrundes 711	
b) Konzentration eines Streit es um die Berechtigung der Beseitigung auf den zuerst geltend gemachten Beseitigungsgrund	712
c) Materieller Verwirkungsaspekt	712
aa) Grundsätzliches 712 – bb) Arglisteinrede bei absichtlichem Nichtgeltendmachen bekannter Beseitigungsgründe 713 – d) Nachschieben von Beseitigungsgründen bei rein formell ausübba ren Beseitigungsrechten? 713	

III. Besonderes Erfordernis der „Eindeutigkeit“ bei Anfechtungserklärungen?	714
1. Materialer Gehalt des propagierten Eindeutigkeitskriteriums	714
2. Keine Sonderbehandlung der Anfechtungserklärung	714
IV. Zulässigkeit einer nur teilweisen Ausübung des Beseitigungsrechts	715
1. Teilbarkeit der Erklärung	715
a) Grundsätzliches	715
b) Beispiele für fehlende Teilbarkeit	716
c) Beispiele für Teilbarkeit	717
d) Nachfolgende abändernde Erklärungen	717
2. Rechtsausübung und Teilrechtsausübung	717
3. Zulässigkeit der Beseitigung der gesamten Erklärung trotz Bestehen eines Beseitigungsrechts nur für einen Teil?	718
a) Zulässigkeit nur der Teilbeseitigung	718
b) Überschießender Teil der Beseitigungserklärung als Aufhebungsvertragsangebot	719
c) Fehlende Teilbarkeit bei Skaleneffekten auf Seiten des Erklärungsadressaten	719
4. Anforderungen an eine Teilbeseitigungserklärung	720
5. Anwendung des § 139 BGB	720
6. Schicksal eines nicht ausgeübten Restbeseitigungsrechts	721
7. Teilannahme eines Angebots auf Abschluß eines Aufhebungsvertrages	722
8. Irrtumsanfechtung und Reurechtsausschluß	722
a) Quantitativer Irrtum	722
aa) Quantitativer Irrtum nach oben und Regeln der Teilbeseitigung 722 –	
bb) Quantitativer Irrtum nach unten 723	
b) Qualitativer Irrtum und Zwang zur Erklärungsabgabe	723
aa) Reurechtsausschluß 723 – bb) Konstruktiver Weg über einen Anspruch des Erklärungsadressaten auf Abgabe der ursprünglich gewollten Erklärung 725	
V. Zulässigkeit einer Eventualbeseitigung (bedingte Beseitigungserklärung)?	728
1. Grundsätzliche Bedingungsfeindlichkeit der Ausübung von Gestaltungsrechten	728
2. Ausnahme für Ausübung unter einer Rechtsbedingung	729
a) Grundsätzliches	729
b) Insbesondere Rechtsbedingungen im Prozeß	730
3. Ausnahme bei Potestativbedingungen	731
a) Grundsätzliches	731
b) Rückausnahme bei Verschlechterung der Rechtslage Dritter	731
4. Gekoppelte oder eingeschränkte Teilbeseitigung	732
a) Zusätzliche Rechtsunsicherheit	732
b) Frustrierte Beurteilungskosten als entscheidendes Gegenargument?	733
5. Denkbare Anwendungsfälle einer Eventualbeseitigung	733
a) Inhaltsirrtum und Bezug auf eine bestimmte Auslegung der Erklärung	733
b) Staffelung von Gestaltungsrechten	733
§ 33 Frist für die Beseitigung	734
I. Frist als Ausschlußfrist	734
1. Gesetzliche Befristung gesetzlicher Beseitigungsrechte	734
a) Grundsätzliches	734
b) Ausnahme bei Anspruch auf Vertragsaufhebung	735

2. Vertragliche Befristung vertraglicher Beseitigungsrechte	735
a) Grundsätzliches	735
b) Kein besonderer Schutz der verhandlungsschwächeren Partei	735
aa) Grundsätzliches 735 – bb) Einbeziehungs- und Inhaltskontrolle bei Fristvereinbarung in AGB 736	
c) Verlängerung der Frist vor deren Ablauf	737
aa) Grundsätzliches 737 – bb) Kein Protokollierungszwang bei gerichtlichem Vergleich 737	
d) Bedeutung einer „Verlängerung“ der Frist nach deren Ablauf	738
II. Seriositätsfrist bei Schwebezustand	739
1. Schwebende Wirksamkeit unter (vorläufiger) Bindung des Erklärungs- adressaten	739
2. Seriositätsfrist als cooling-off period	739
III. Fristbeginn	740
1. Abgabe der Erklärung als frühestmöglicher Zeitpunkt	740
a) Fristbeginn nur für die jeweils längsten absoluten Ausschlußfristen	740
b) Abgabe der Erklärung	741
c) Abgabe der Genehmigungserklärung als maßgeblicher Zeitpunkt in einer Genehmigungskonstellation	742
2. Vertragsschluß	742
a) Verlängerte Widerrufsfrist wegen Verletzung von Informationsobliegenheiten durch den Erklärungsadressaten nach § 355 III 1 BGB	742
aa) Sachlicher und zeitlicher Anwendungsbereich 742 – bb) Vertrags- schluß 744	
b) Anlaufhemmung für die reguläre Widerrufsfrist bei Fernabsatzverträgen über das Erbringen von Dienstleistungen nach § 312 d II Var. 4 BGB	746
3. Abhängigkeit vom Kenntnisstand des Berechtigten	747
a) Kenntnis vom Anfechtungsgrund Irrtum als fristauslösendes Moment bei § 121 I 1 BGB	747
aa) Nichtausreichen fahrlässiger Unkenntnis 747 – bb) Gesteigerte Verant- wortung des Erklärenden ab Erkenntnis des Irrtums 747 – cc) Zuverlässige Kenntnis der Umstände und Zweifel ausschließende Schlußmöglichkeit 748 – dd) Wissen um Abgabe der Erklärung nicht fristauslösend 750 – ee) Umkehr der Beweislastverteilung? 750	
b) Kenntnis vom Anfechtungsgrund Täuschung bei § 124 II 1 Var. 1 BGB	751
4. Erfüllung der Belehrungsobliegenheit des unternehmerischen Erklärungsadressaten nach § 355 II 1 Hs. 1 BGB	752
a) Belehrung des Berechtigten über das Bestehen des Beseitigungsrechts	752
aa) Obliegenheit, nicht Verpflichtung 752 – bb) Fristlaufauslösung als Anreiz für Unternehmer 753 – cc) Kostengünstigste Möglichkeit zum Ausgleich bestehender Informationsasymmetrie 754 – dd) Höhere Wahrscheinlichkeit der Widerrufsausübung infolge Belehrung (Renitenzeffekt)? 754	
b) Belehrung über den Fristbeginn	755
aa) Notwendigkeit 755 – bb) Angabe des Fristendes als optimale Ausge- staltung? 756 – cc) Angabe des konkreten Datums des Fristbeginns? 756 – dd) Fristbeginn und Datum des Vertragsschlusses 757	
c) Belehrung über Modalitäten des Widerrufsrechts	758

aa) Grundsätzliches 758 – bb) Belehrung über Folgen des Widerrufs 758 – cc) Orientierungsmarke des Musters in Anlage 2 zur InfoVO 759 – dd) Auf- nahme des Gesetzestextes als Reaktionsmöglichkeit des Unternehmers 763 – ee) Inhaltliche Erweiterung bei verbundenen Geschäften 763	
d) Hervorhebung	766
aa) Drucktechnische Hervorhebung 766 – bb) Isolierung als einzelne Aussage 769	
e) Erfordernis der Unterschrift durch den Erklärenden	771
aa) Zweck 771 – bb) Zeitliche Abfolge von Erklärung und Unterschrift unter die Belehrung 772 – cc) Abschaffung des Unterschriftserfordernisses aus § 355 II 2 BGB aF 772 – dd) Verweigerung der Unterschrift durch den Ver- braucher 776	
f) Erfordernis der Mitteilung	778
aa) Grundsätzliches 778 – bb) Zugang beim Erklärenden als maßgeblicher Zeitpunkt 779 – cc) Mitteilen durch Möglichkeit zum Herunterladen elektronischer Widerrufsbelehrung? 780 – dd) Mitteilungserfordernis bei mehreren Kreditnehmern 782	
g) Möglichkeit der nachgeholtten Widerrufsbelehrung	786
aa) Grundsätzliches 786 – bb) Länge der Widerrufsfrist 786 – cc) Anreiz zum Installieren einer systematischen Nachkontrolle auf Seiten des Unter- nehmers? 787 – dd) Altrechtliche Lage und Richtlinienrecht im Verbraucher- kredit-, Timesharing- und Fernabsatzrecht 788 – ee) Richtlinienbedingte Besonderheiten im Haustürgeschäfterecht? 788 – ff) Übermäßige Sanktion fehlender Nachholungsmöglichkeit bei unverzüglich entdecktem Versehen 789 – gg) Gefahrenpotential strategischen Verhaltens? 789	
5. Erfüllung weiterer Informationsobliegenheiten	791
a) Informationsobliegenheiten aus § 312 c II BGB iVm § 1 InfoVO bei Fernabsatzgeschäften nach § 312 d II Var. 1 BGB	791
b) Informationsobliegenheiten aus § 312 e I 1 BGB iVm § 3 InfoVO bei Verbraucherverträgen im elektronischen Geschäftsverkehr nach § 312 e III 2 BGB	792
c) Informationsobliegenheiten aus § 482 II BGB iVm § 2 I, III InfoVO bei Timesharingverträgen nach § 485 IV BGB	792
6. Aushändigung schriftlicher Vertragsunterlagen	793
a) Erweiterte Aushändigungsobliegenheiten bei schriftlich abzuschließenden Verträgen nach § 355 II 3 BGB	793
aa) Sachlicher Anwendungsbereich 793 – bb) Zurverfügungstellen von Schriftstücken 794	
b) Erweiterte Informations- und Aushändigungsobliegenheiten bei § 5 a II 1 VVG 1994	795
7. Abhängigkeit vom Erhalt des Vertragsgegenstands	796
a) Anlaufhemmung bei Fernabsatzverträgen über Warenlieferungen nach § 312 d II Var. 2, 3 BGB	796
aa) Konsequenz aus der ratio des fernabsatzrechtlichen Widerrufsrechts . .	796
bb) Eingang der Ware, nicht Erfüllung der Lieferverpflichtung	796
cc) Verträge über wiederkehrende gleichartige Warenlieferungen	797
b) Anlaufhemmung der verlängerten Widerrufsfrist bei Verträgen über Waren- lieferung bis zum Eingang der Ware nach § 355 III 2 BGB	798
aa) Grundsätzliches 798 – bb) Keine Sonderregelung für Sukzessivlieferungsverträge 799	

8. Ende der Zwangslage bei § 124 II 1 Var. 2 BGB	800
a) Konsequenz aus dem Charakter der Drohung als offenen Willensbeugungsdelikts	800
b) Abstellen auf objektives Ende der Zwangslage, nicht auf subjektives Empfinden des Erklärenden	801
aa) Kein auf metus basierendes Konzept 801 – bb) Verobjektivierter Adressatenhorizont für das Verständnis von Äußerungen 801 – cc) Effektive Verlängerung der Anfechtungsfrist unter Berücksichtigung der Beweislastverteilung bei Subjektivierung	802
9. Eintritt des Erbfalls	802
IV. Fristlänge	803
1. Grundsätzliches	803
a) Abstufung der Fristlänge als Sanktionsinstrument gegen den Erklärungsadressaten	803
b) Reservefristen bei unsicherem Beginn einer kürzeren Regelfrist	804
c) Vereinheitliche Länge der kurzen Widerrufsfristen im Verbraucherschutzrecht unter §§ 355 I 2 Hs. 1 BGB; 361 a I 2 Hs. 1 BGB aF	804
d) Fernabsatz von Finanzdienstleistungen	805
2. Kritik an der Fristlänge für die Irrtumsanfechtung im Erbrecht	806
3. Kritik an der Fristlänge für bestimmte Timesharingfälle	807
V. Neubeginn oder Hemmung des Fristlaufs	808
1. Analoge Anwendung der §§ 204-213 BGB?	808
a) Wesensverschiedenheit von Ausschluß- und Verjährungsfristen?	808
b) Gegenschluß aus § 124 II 2 BGB und genetische Auslegung des BGB	809
c) Angemessenheit einer Analogie bei den einzelnen Hemmungs- und Neubeginntatbeständen des Verjährungsrechts	810
aa) force majeure 810 – bb) Ungeeignetheit von Tatbeständen, welche die Notwendigkeit einer gerichtlichen Geltendmachung voraussetzen 810 – cc) Ausübungshemmende Abreden 811 – dd) Anerkennung eines Beseitigungsrechts 812 – ee) Nur Hemmungen oder auch Neubeginne? 812 – ff) Hemmung auf Grund arglistiger Täuschung durch den Erklärungsadressaten? 813	
d) Differenzierung zwischen objektiven und subjektiven Ausschlußfristen?	813
e) Analogie bei vertraglichen Beseitigungsrechten	813
2. Analogie zu § 203 BGB	814
a) Sachgerechtigkeit der Analogie	814
b) Begriff der Verhandlungen	815
VI. Unverzüglichkeit im Sinne von §§ 121 I 1 BGB; 13 a II 1 UWG	815
1. Offene Frist als gesetzgeberische Abwägungsentscheidung	815
a) Berücksichtigung der Interessen des Erklärungsadressaten	815
b) Berücksichtigung der Interessen des Erklärenden und Zweckwidrigkeit eines Drucks zu sofortiger Anfechtung	816
2. § 121 I BGB als gesetzliche Klarstellungsobliegenheit?	817
3. Einholen sachverständigen Rates und Rechtzeitigkeit der Anfechtung	818
a) Einholen von Rechtsrat	818
aa) Grundsätzliches 818 – bb) Arbeitsrechtliche Fristen als Orientierungsmarken 819 – cc) Keine Entschuldigung durch Rechtsirrtum 820	
b) Einholen eines Sachverständigengutachtens über tatsächliche Irrtumsvoraussetzungen	820

4. Vorbereitung von Folgemaßnahmen und Rechtzeitigkeit der Anfechtung	820
5. Interne Entscheidungsfindung bei Kenntniserlangung durch Vertreter . .	821
VII. Fristwahrung und Verzögerungs- und Verlustrisiko	821
1. Gesetzliche Zuweisung des Verzögerungsrisikos	821
a) Möglichkeit zum effektiven Ausnutzen kurzer Fristen und Ausreichen der rechtzeitigen Absendung	821
b) Zugang der Beseitigungserklärung als Rechtsbedingung für deren Wirksamkeit	822
aa) Verlustrisiko beim Erklärenden 822 – bb) Keine generelle Ausnahme für Verbraucherschützenden Widerruf 823 – cc) Beweiserleichterungen für Verbraucherschützenden Widerruf 823	
c) Verzögerungsrisiko bei längeren Fristen	824
aa) Grundsätzliches 824 – bb) Verlängerte Fristen im Verbraucherschutzrecht 824	
d) Grenzen der Zuweisung des Verzögerungsrisikos?	825
2. Fristwahrende Wiederholung der Beseitigungserklärung	826
a) Selbstversicherung des Erklärenden durch Redundanz	826
b) Keine Wiederholungsmöglichkeit nach Fristablauf	826
aa) Gesetzliche Zuweisung des Verlustrisikos 826 – bb) Fristwahrung bei unverzüglicher Wiederholung unter offenen Tatbeständen 827 – cc) Keine Kombination von festen Fristtatbeständen mit Verschuldenselementen 828	
VIII. Sonderfälle der zeitlichen Bedingtheit von Beseitigungsrechten	828
1. Erlöschen des Rechts zum Testamentswiderruf mit dem Tod des Erklärenden	828
2. Auflösend bedingte Bindung des überlebenden Ehegatten an wechselbezügliche Verfügungen nach dem Tode des anderen Ehegatten gemäß § 2271 II 1 BGB	828
3. Ende der Anfechtungsberechtigung des einen Erb- oder Zuwendungsverzichts Erklärenden mit dem Erbfall?	829
4. Erlöschen des Widerrufsrechts aus § 15 III 1 LPartG mit Aufhebung der Eingetragenen Partnerschaft	830
5. Überlagerung durch Fristen für andere Rechtsbehelfe?	831
a) Relevanz der Fragestellung im Arbeitsrecht	831
b) Keine Analogie zu § 4 KSchG bei der Anfechtung von Aufhebungsvertragserklärungen	831
aa) Kein „Rosinenpicken“ zu Gunsten des Arbeitgebers 831 – bb) Abgleich mit benachbarten Konstellationen, insbesondere der Anfechtung einer Eigenkündigung durch den Arbeitnehmer 833 – cc) Abweichende Beurteilung beim Abwicklungsvertrag 833	
IX. Verwirkung neben Verfristung oder Exklusivität der Verfristungstatbestände?	834
1. Umstandsmoment der Verwirkung	834
a) Regelmäßiges Fehlen	834
b) Erfolg einer auf das Verleiten zu einem beredten Schweigen setzenden Unternehmerstrategie?	835
2. Beziehung zwischen Länge der Ausschlußfrist und Zeitmoment der Verwirkung	836
3. Verwirkung bei Dauerschuldverhältnissen	836

4. Fehlkonstruktion der sogenannten Prozeßverwirkung mangels Verwirkungsobjektes	839
5. Rechtsmißbrauch im Einzelfall als überlegene Alternative	840
a) Spekulationsfälle	840
b) Kein Rechtsmißbrauch durch bloßen Zeitablauf innerhalb der Beseitigungsfrist	840
c) ex post-Widerlegung hypothetischer Prognosen	841
aa) Grundsätzliches 841 – bb) Täuschung über persönliche Eigenschaften durch den Arbeitnehmer und störungsfreies Arbeitsverhältnis 841	
d) Kein Rechtsmißbrauch bei Besserstellung durch nachfolgendes Verhalten des Erklärungsadressaten	842
6. Fristsetzungsrecht des Erklärungsadressaten bei Drittdrohung oder Drittäuschung?	842
X. Präklusion vor Fristablauf durch prozeßrechtliche Normen?	843
1. Beseitigungserklärung als Auslöser der Beseitigungswirkung	844
2. Rechtskraftgrenzen und Grenzen der Kognitionsbefugnis	845
3. Ablehnung von Differenzierungsversuchen	845
a) Hauptzweck der zeitlichen Wahlfreiheit als taugliches Differenzierungskriterium?	845
b) Tatbestandlicher Rückbezug des Beseitigungsrechts als taugliches Differenzierungskriterium?	846
4. Schonender Umgang mit der knappen Ressource Justiz und Interessen der Allgemeinheit	846
5. Materiellrechtliche Schutzanliegen	847
a) Perversion der Schutzrichtung	847
b) Gesetzgeberische Interessenbewertung in differenzierten Fristentatbeständen	847
6. Verstoß des Erklärenden gegen Treu und Glauben durch Nichtausübung des Beseitigungsrechts im Prozeß?	848
XI. Anfechtbarkeit des Verstreichenlassens der Frist?	849
1. § 1956 BGB als Grundlage eines Gegenschlusses, keiner Analogie	849
2. Betonung der Rechtssicherheit und der Interessen des Rechtsverkehrs	850
3. Materieller Ausschluß von Anfechtungstatbeständen	850
4. Fristversäumung infolge Verhaltens des Erklärungsadressaten als Differenzierungskriterium?	851
XII. Beseitigungsrechte ohne Befristung	851
1. Wegfall einer Ausübungsfrist für das Widerrufsrecht bei Fehlen einer ordnungsgemäßen Belehrung	851
a) Grundsätzliches	851
b) Sachgerechtigkeit einer zeitlich unbegrenzten Widerrufsmöglichkeit?	852
aa) Länge, nicht Beginn der Widerrufsfrist als Ansatzpunkt 852 – bb) Verhältnismäßigkeit der Sanktion? 853 – cc) Zeitlich unbegrenzte Rechte als Ausnahme in den Zivilrechten der EG-Mitgliedstaaten 857 – dd) Widerrufsrecht der RiLi 85/577/EWG und System der Verbraucherschutzrichtlinien 858 – ee) Möglichkeit des Unterlaufens über andere Rechtsinstitute? 860	
2. Andere unbefristete Beseitigungsrechte	862
a) Beispielfälle	862
b) Analoge Anwendung von § 124 III BGB bei gesetzlichen Beseitigungsrechten	862
aa) Umsetzung aller denkbaren Schutzanliegen 862 – bb) Fristbeginn analog §§ 121 II; 124 III; 318 II 3 BGB 863	

c) Ergänzende Auslegung bei rechtsgeschäftlichen Beseitigungsrechten	863
aa) Grundsätzliches 863 – bb) Fristsetzungsrecht des Erklärungsadressaten analog §§ 350; 455 S. 1 Var. 2 BGB; 355; 496 S. 1 Var. 2 BGB aF als Alternative 863	
d) Bestätigung der Erklärung nur analog § 144 BGB	864
XIII. Relative Unbeachtlichkeit des Fristablaufs bei entsprechendem Verhalten des Erklärungsadressaten	864
1. Rechtsmißbrauch infolge vorangegangenen Verhaltens des Erklärungsadressaten	864
2. Fehlendes Vertrauen des Erklärungsadressaten auf Nichtbeseitigung? . .	866
3. Ansatz beim Fristanlauf im Fall der „Nachbearbeitung“ von Verbrauchern	866
Zusammenfassung zu Teil VII	867

Teil VIII

Folgen der Beseitigung

§ 34 <i>Infektion eines zweiseitigen Rechtsgeschäfts bei Eingebundenheit der betroffenen Erklärung</i>	872
I. Erklärung als Bindungsträger gegenüber dem Erklärenden	872
II. Zerstörung der Wirkungen des Vereinbarungstatbestands	872
1. Grundsätzliches	872
2. Erklärung der anderen Vertragspartei als fortbestehendes Angebot?	873
III. Möglichkeit zur Umdeutung des zweiseitigen Rechtsgeschäfts?	874
1. Umdeutung einer angefochtenen Erklärung?	874
2. Zusammenhang mit der Frage nach einer Reurechtsgewährung	875
§ 35 <i>Abwicklung von unwirksam gewordenen Verträgen</i>	875
I. Grundsatz: Abwicklung nach Bereicherungsrecht	875
1. Mit einer bereicherungsrechtlichen Rückabwicklung verbundene Beseitigungsrechte	876
a) Bereicherungsrechtliche Rückabwicklung nach Anfechtung	876
b) Bereicherungsrechtliche Rückabwicklung nach Pendenzwiderruf	877
c) Widerruf nach einseitig vorbehaltenem Widerrufsrecht	877
2. Haftungsverschärfung bei Kenntnis der Beseitigungsmöglichkeit	878
a) Grundsatz	878
aa) Kein schützenswertes Vertrauen in Bestand des Leistungsaustausches 878 –	
bb) Kreis der verschärft Haftenden 878	
b) Ausnahme für die Haftung des nach § 123 BGB Anfechtungsberechtigten auf Grund § 817 S. 2 BGB	879
3. Begünstigung des anfechtenden Versicherers nach § 40 I 1 VVG	881
II. Rückabwicklung nach modifiziertem Rücktrittsfolgenrecht beim verbraucherschützenden Widerrufsrecht	882
1. Interessenlage und Sanktionsaspekt	882
2. Grundsätzliche Verweisung auf Rücktrittsfolgenrecht	882
a) Verweisung auf Rücktrittsfolgenrecht	882
b) Gestiegene Bedeutung der Verweisung durch Fortfall von Modifikationen . .	883

3. Rücksendeverpflichtung des Verbrauchers und Kostentragung unter § 357 II BGB	885
a) Rücksendungspflicht des Verbrauchers für paketversandfähige Ware als Widerrufsfolge	885
b) Fehlende Postversandfähigkeit der Ware	885
c) Gefahr- und Kostenlast des Unternehmers	886
aa) Grundsätzliches 886 – bb) Anreize für den Unternehmer zur Abholung der Ware 887 – cc) Vorschußanspruch des Verbrauchers? 887	
d) Vertragliche Verlagerung der Kostenlast auf Verbraucher bei Warenwert bis 40 Euro	888
aa) Vertragliche Überwälzungsoption 888 – bb) Rechtspolitische Fragwürdig- keit insbesondere der Wertgrenze 889 – cc) Ausnahme bei mangelhafter oder aliud-Lieferung 890 – dd) Vereinbarkeit mit Art. 6 I 2, II 2 RiLi 97/7/EG 891	
4. Wertersatzanspruch gegen den Verbraucher unter § 357 III 1 BGB	891
a) Fremdkörper im Gedanken des Widerrufsrechts	892
b) Fremdkörper beim Rückgaberecht	892
c) Richtlinienwidrigkeit bei Fernabsatzverträgen	893
d) Problem nur einzelner Fallgruppen bei Fernabsatzverträgen	894
aa) Gesetzgeberische Motivation 894 – bb) Relevanz nur für den Fernabsatz bestimmter Konsumgüter 895 – cc) Vorzugswürdigkeit einer speziellen Regelung im Fernabsatzrecht 896	
e) Konzeptwidrigkeit der Belehrungsobliegenheit nach § 357 III 1 Hs. 2 BGB	896
aa) Vermeidungsmöglichkeiten und Zweck des fernabsatzrechtlichen Wider- rufsrechts 896 – bb) Grenze zur Prüfung und Unklarheiten zu Lasten des Unternehmers 897	
f) Ausnahme nach § 357 III 2 BGB bei Wertverlust durch bloße Prüfung	898
aa) Rekurs auf Zweck des fernabsatzrechtlichen Widerrufsrechts 898 – bb) Konstitutive Bedeutung des § 357 III 2 BGB 898 – cc) Extensive Auslegung als Gebot richtlinienkonformer Auslegung 899	
g) Ausnahme hinsichtlich des Kreditvertrages bei finanzierten (Fernabsatz-)Geschäften und bei Fernunterrichtsverträgen	899
5. Ausnahme von § 346 III 1 Nr. 3 BGB zu Lasten des Verbrauchers gemäß § 357 III 3 BGB	900
a) Wertungsbruch	900
b) Rekurs auf Vorstellungsbild des Berechtigten	900
c) Fehlender Vorwurf der Pflichtverletzung gegen den Unternehmer?	901
6. Vorrang der §§ 495 II 1 BGB aF; 7 III VerbrKrG	902
a) Altfälle	902
aa) Inhalt der §§ 495 II 1 BGB aF; 7 III VerbrKrG 902 – bb) Motive für den gesetzgeberischen Eingriff 902	
b) Vertragliche Festschreibung unter § 506 II 1 BGB	903
7. Anwendung des verbraucherschutzrechtlichen Rückabwicklungsregimes unter anderen Gesetzen	904
a) Verweisung in § 13 a III 1 UWG	904
b) Analoge Anwendung bei Widerruf nach § 8 IV VVG 1994	904
c) Analoge Anwendung bei Widerruf nach § 5 a VVG 1994	905
8. Abweichungen in §§ 485 V BGB; 5 V TzWrG; 5 VI TzWrG aF	905
a) Ausschluß einer Nutzungsentschädigung in §§ 485 V 1 BGB; 5 V 1 TzWrG; 5 VI 2 TzWrG aF	905

b) Option einer Vereinbarung über Vertragskosten in §§ 485 V 2 BGB; 5 VI 3 TzWrG	906
9. Grundsätzlich keine ergänzende Anwendung allgemeiner Regeln	907
10. Abweichungen in §§ 23 IV KAGG; 11 IV AuslInvG	908
a) Gesetzliches Rückkaufmodell mit Kursrisiko beim Verbraucher	908
b) Erstattung der bezahlten Kosten für den Verbraucher	910
11. Bereicherungsrechtliche Rückabwicklung für nach einem Widerruf erbrachte Leistungen	910
a) Grundsätzliches	910
b) Zeitpunkt der Zäsur	910
III. Rückabwicklung bei vertraglichen Beseitigungsrechten	911
<i>§ 36 Besonderheiten bei korporationsrechtlichen Bezügen</i>	912
I. Schutz der Korporationsstruktur	912
1. Korporationsstruktur als Mehrpersonenverhältnis	912
2. Quasi-Verselbständigung der Korporation gegenüber der vertraglichen Grundlage	913
a) Grundthese	913
b) Parallele zum Eherecht?	914
c) Umkehrschluß aus §§ 262; 275 AktG; 60; 61 GmbHG?	914
d) Abschließende Erfassung durch § 75 GmbHG; 144 a FGG iVm § 3 I Nrn. 1, 3, 4 GmbHG?	915
3. Realisierung von Bestandsschutz?	915
a) Kein Bestandsschutz im eigentlichen Sinne bei Gewährung eines Kündigungsrechts	915
b) Bestandsschutz und gesellschaftsrechtliche Treuepflicht	916
4. Durchbrechungen bei Vorrang von Allgemein- oder Individualinteressen	916
a) Stand in der Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft	916
b) Anerkannte Durchbrechungen als Widerlegung der These von der faktischen Unmöglichkeit einer Rückabwicklung	917
5. Gesellschaftsgründung als Verzicht auf Ausübung von Beseitigungsrechten?	918
6. Gesetzliche Anerkennung durch §§ 20 II; 131 II; 202 III UmwG?	919
7. Aspekte des Gläubigerschutzes	920
a) Ausfluß einer Interessenabwägung	920
b) Haftkapital als Grundlage von Gläubigervertrauen und Personen der Gesellschafter	920
c) Gläubigerschutz als Verkehrsschutz und Anbindung an allgemeine Grundsätze des Verkehrsschutzes	921
8. Konstitutive Verleihung der Rechtsfähigkeit durch staatlichen Akt als Quasi-Heilung	921
9. Verletzung des gesellschaftsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatzes?	922
II. Lehre vom fehlerhaften Gesellschaftsbeitritt und vom fehlerhaften Gesellschafterwechsel	922
1. Geltung im Kapitalgesellschaftsrecht?	922
a) Grundsatzkritik	922
b) Mangelnde Überzeugungskraft einer Übertragung insbesondere bei eingezahlten Anteilen	924

2. Eintragung in die Liste der Genossen als Ausschlußmoment bei Beitritt zu einer Genossenschaft?	924
a) Ausschlußthese	924
b) Derivativer Beitritt und Haftkapital	925
c) Vorrangiger Schutzzweck der Beseitigungstatbestände bei Umgehungs- konstellationen	925
III. Alternative Lösung über Bereicherungsrecht und Rechtsscheingrundsätze . .	926
1. Bereicherungsrechtliche Lösung im Innenverhältnis	926
2. Lösung über Rechtsscheingrundsätze im Außenverhältnis	927
<i>§ 37 Besonderheiten bei Dauerschuldverhältnissen</i>	<i>929</i>
I. Methodischer Ausgangspunkt für Dauerschuldverhältnisse	929
II. Beschränkung der zeitlichen Wirkung	929
1. Schwierigkeiten der Rückabwicklung	929
a) Grundsätzliches	929
b) Inkonsequenzen in der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung	930
c) Griff in die Vergangenheit und Verjährungsrecht als klassisches Instrument der juristischen Bewältigung	930
d) Keine Rückabwicklungsprobleme jedenfalls bei fehlendem Vollzug des Arbeitsverhältnisses	931
2. Fehlerhaftes Arbeitsverhältnis	931
a) Zusätzliche Begründung durch personenrechtliches Gemeinschaftsverhältnis? .	931
b) Zusätzliche Begründung durch „sozialrechtliches Schutzprinzip“?	933
aa) Bestehende Tarife als Orientierungsmarke für die Wertbemessung unter § 818 II BGB 934 – bb) Pfändungs- und Insolvenzschutzvorschriften 934 – cc) Insolvenzgeld bzw. Konkursausfallgeld 936	
c) Härtere Folgen als früherer Nichtabschluß des Arbeitsvertrages?	937
d) Arbeitnehmerschutz und fehlerhaftes Arbeitsverhältnis	937
aa) Tatsächliche Beschäftigung als Anknüpfungspunkt der arbeitsrechtlichen Spezialgesetze 937 – bb) Kein umfassender Schutz trotz Annahme eines fehlerhaften Arbeitsverhältnisses 938 – cc) Entgeltfortzahlung im Krank- heitsfall als Prüfstein 938 – dd) Urlaubsrechtliche Fragen als Prüfstein 939 – ee) Leistungsstörungenrechtliche Aspekte 940	
e) Reichweite der Entreichereginrede aus § 818 III BGB	941
f) Nebenpflichten im Arbeitsverhältnis	942
g) Unlösbare kollektivarbeitsrechtliche Probleme bei rückwirkender Nichtigkeit? .	943
3. Handelsvertreterverträge	944
4. Fehlerhaftes Mietverhältnis, insbesondere bei Wohnraummiete?	945
5. Fehlerhaftes Versicherungsverhältnis?	946
III. Wertungsmäßige Ausnahmen zumindest bei bestimmten Beseitigungsgründen	947
1. Allgemeines	947
2. Vorrang der Sanktionierung von Fehlverhalten	947
3. Keine zeitliche Differenzierung	948
<i>§ 38 Vertragliche Regelung von Folgen</i>	<i>949</i>
I. Abbedingung gesetzlicher Regeln	949
1. Schranken im Verbraucherschutzrecht	949

2. Schranken der Abbedingung durch AGB	950
II. Regelung in einem Aufhebungsvertrag	950
Zusammenfassung zu Teil VIII	951

Teil IX

Konstellationen mit Drittbeteiligung

§ 39 Zurechnung des Verhaltens Dritter zum Erklärungsadressaten	953
I. Täuschung durch dem Erklärungsadressaten zuzurechnende Person	953
1. Ausgleich von Arbeitsteiligkeit	953
a) Grundsätzliches	953
b) Zurechnung von Abschluß- oder Verhandlungsführung	955
aa) Mindestbeteiligung 955 – bb) Irrelevanz von Genehmigungsvorbehalten 955 – cc) Ausnahme bei evidentem Überschreiten der eingeräumten Verhandlungsmacht 956	
c) Irrelevanz wirtschaftlicher Unabhängigkeit des Handelnden	956
d) Interessenwahrung, agency-Theorie und Sicherungsbestellungsfälle	957
e) Genehmigte Geschäftsführung oder genehmigte falsa procuratio als Zurechnungsmodi	957
f) Übertragbarkeit der Wertung aus §§ 358 BGB; 9 VerbrKrG bei verbundenen Geschäften	958
g) Zurechnung bei mehrseitigen Rechtsgeschäften im allgemeinen	959
h) Gesetzlich oder beidseitig eingeschaltete Personen	959
aa) Einflußnahme seitens eines Konkurs- oder Insolvenzverwalters 960 – bb) Gemeinsamer Makler 960	
II. Zurechnungsmaßstab bei Täuschung durch echte Dritte nach § 123 II 1 BGB	960
1. Kenntnis der Täuschung	961
2. Kennenmüssen der Täuschung	961
3. Bestandsschutz zu Gunsten des gutgläubigen Erklärungsadressaten	962
III. Zurechnung von Drittwerbung unter § 13 a I 2 UWG	963
1. Begriff des Dritten	963
a) Maßstabsgleichheit mit § 123 II 1 BGB?	963
b) Vorgeschaltete Zurechnung analog § 13 IV UWG	964
c) Beispiele für Dritte	964
2. Zueigenmachen der Werbemaßnahmen Dritter	965
IV. Verhandlungsgehilfen im Verbraucherschutzrecht	966
1. Entsprechende Anwendung von § 123 II 1 BGB	966
2. Einschaltung des Handelnden in den zur Erklärung hinführenden Prozeß	967
a) Mindestbeteiligung	967
b) Ausschluß durch Eigeninteresse des Handelnden?	967
aa) Gewichtung der von den Beteiligten verfolgten Ziele 968 – bb) Werbender als vertragliche Gegenpartei des Erklärungsadressaten 968 – cc) Gleichzeitige Wahrnehmung eigener und fremder Interessen 969 – dd) Werbung unter Angehörigen oder Ehepartnern im häuslichen Umfeld und Schutzrichtung des Haustürgeschäfterechts 969 – ee) Nahestehende Personen im Sinne des § 138 InsO und Drittenposition 971 – ff) Belehrungsobliegenheiten und Erkennbar-	

keit für den Erklärungsadressaten 971 – gg) Weiter Begriff des Verhandlungshilfen und RiLi 85/577/EWG 972	
c) Entsprechende Anwendbarkeit der Kategorien Stellvertretung und Botenschaft?	972
d) Analoge Anwendung des § 278 BGB bei (Quasi-)Obliegenheiten des Erklärungsadressaten	973
V. Zurechnung bei eigener Rechtserlangung nach § 123 II 2 BGB	973
1. Funktion und ratio des § 123 II 2 BGB	973
2. Anfechtung gegenüber dem begünstigten Dritten beim Vertrag zu Gunsten Dritter als Normalfall	974
3. Übertragbarkeit des § 123 II 2 BGB auf andere Beseitigungsrechte?	974
VI. Drittdrohung	974
§ 40 Beseitigung der Wirkungen von Dritterklärungen	976
I. Dritterklärung infolge fehlender Erklärungszurechnung	976
1. Erklärungszurechnung bei Stellvertretung	976
2. Abgrenzung zur falsa procuratio	977
II. Betroffenheit des eigenen Interessenkreises als Voraussetzung der Beseitigungskompetenz	979
1. Grundsätzliches	979
2. Schutz unbeteiligter Dritter vor ihre Täuschung bezweckenden Abreden durch Nichtigkeit ipso iure	979
III. Lösung bei Interessendivergenz von Erklärendem und Beseitigungsberechtigtem	979
1. Grundsätzliches	979
2. Vertragliche Vereinbarung zwischen Erklärendem und Beseitigungsberechtigtem	980
IV. Beseitigungsrecht zu Gunsten des Dritten kraft Vertrages	980
V. Reine Drittbeseitigungsrechte	980
1. Testamentsanfechtung und Anfechtung von Erbvertragserklärungen	980
2. Anfechtung der Leistungsbestimmung eines Dritten nach § 318 II BGB	981
a) Grundsätzliches	981
b) Anfechtungsvoraussetzungen	982
c) Lösung des Informationsproblems	982
d) Sachliche Reichweite im Bereich der Schiedsgutachten	983
3. Anfechtung der Preisrichterklärungen über die Entscheidung von Preisausschreiben analog § 318 II BGB?	984
VI. Beseitigung der Wirkung von Erklärungen des Erblassers kraft ererbten Beseitigungsrechts	985
1. Erklärungen des Erblassers als Erklärungen der Erben?	985
2. Vererblichkeit von Beseitigungsrechten	985
a) Grundsätzliches	985
b) Ausnahmen	987
aa) Recht zum Testamentswiderruf 987 – bb) Selbstanfechtungsrecht des Erblassers beim Erbvertrag 987 – cc) Sonderfälle beim Recht zur Testamentsanfechtung 988	

VII. Anfechtungsklagerechte Dritter gegen Statuserklärungen	988
1. Anfechtungsklagerecht des Kindes gegen die Vaterschaftsanerkennung nach § 1600 Var. 3 iVm § 1592 Nr. 2 BGB	988
2. Anfechtungsklagerecht der Mutter gegen die Vaterschaftsanerkennung nach § 1600 Var. 2 iVm § 1592 Nr. 2 BGB	988
3. Kein Anfechtungsklagerecht der Eltern des Mannes gegen die Vaterschaftsanerkennung nach dem KindRG	989
§ 41 Übertragbarkeit von Beseitigungsrechten	989
I. Übertragbarkeit von Gestaltungsrechten	989
1. Keine Übertragung bei bloßer Zession von Ansprüchen durch Beseitigungsberechtigten	989
2. Generelle Einwände gegen eine Übertragbarkeit	990
a) Höchstpersönlichkeit des einzelnen Beseitigungsrechts	990
aa) Regelmäßig keine persönliche Beziehung zwischen dem Erklärenden und dem Erklärungsadressaten bei Beseitigungsrechten 990 – bb) Wahrung nur der persönlichen Autonomie des Erklärenden? 991 – cc) Widerspruch zur Vererblichkeit von Beseitigungsrechten 992	
b) Unselbständigkeit des einzelnen Beseitigungsrechts?	992
aa) Formeller Aspekt 992 – bb) Materieller Aspekt 993	
3. Eigenständiger Wert von Beseitigungsrechten	994
a) Wirtschaftlicher Wert und Übertragbarkeit	994
b) Wirtschaftlicher Wert im Verhältnis zu Dritten	994
c) Wirtschaftlicher Wert im Verhältnis zum Erklärungsadressaten	994
4. Bevollmächtigung zur Ausübung als verdrängende Alternative?	995
5. Verschlechterung der Position des Erklärungsadressaten?	995
II. Übertragbarkeit von Ansprüchen auf Beseitigung	996
1. Höchstpersönlichkeit des Anspruchs?	996
2. Umwandlung in Anspruch auf „Leistung“ an Dritten	997
III. Beseitigungsrechte und Vertragsübernahme	997
1. Strikter Personenbezug der Schutzbedürftigkeit?	997
a) These vom strikten Personenbezug	997
b) Anreiz für Unternehmen, sich durch Übernahme von Verbraucherkreditverträgen Kapital zu verschaffen?	997
2. windfall profit des Erklärungsadressaten bei Erlöschen des Beseitigungsrechts infolge Vertragsübernahme	998
3. Schutzbedürftigkeit des Vertragsübernehmers im Hinblick auf seine Übernahmeerklärung	999
a) Grundsätzliches	999
b) Vertragstypbezogene Widerrufsrechte	999
Zusammenfassung zu Teil IX	1001

Teil X

Beseitigung von Erklärungswirkungen und Privatautonomie

§ 42 <i>Privatautonomie Begründung oder Erweiterung von Beseitigungsbefugnissen</i>	1003
I. Vereinbarung eines materiellen Reurechts	1003
1. Motive für die Vereinbarung eines Lösungsrechts	1003
a) Ausbedingen einer Überlegungsfrist	1003
b) Reaktion auf spätere Marktentwicklungen oder Veränderungen der eigenen wirtschaftlichen Lage	1003
c) Privatautonome Lösung von Verwendungszweckstörungen	1003
d) Reaktion auf Wegfall einer subjektiven Geschäftsgrundlage	1004
e) Rücksichtnahme auf Vertragsbeziehungen zu Dritten	1004
f) Reurechtseinräumung als Seriositätssignal	1004
g) Vertragsschluß durch Vertreter oder Sachwalter	1005
2. Reurechtseinräumung und korrespondierende Unterwerfung der Gegenpartei	1006
II. Ausgestaltung des Reurechts	1006
1. Wirkungen einer auflösenden oder einer aufschiebenden Bedingung	1006
2. Reurecht und Vereinbarung als Grundlage des Reurechts	1007
3. Berechtigter	1007
4. Nachträgliche Vereinbarung eines Widerrufsrechts	1008
a) Grundsätzliches	1008
b) Besonderheit beim Prozeßvergleich	1008
III. Beispiele für rechtsgeschäftlich begründete Beseitigungsrechte	1008
1. Rechtsgeschäftlich eingeräumtes Rückgaberecht	1009
a) Rückgaberecht als Rechtsgeschäft auf Probe?	1009
b) Auflösende Bedingung als vorzugswürdige Alternative	1010
aa) Wortsinn und Gefahrtragung 1010 – bb) Vergleich mit den verbraucherschützenden Widerrufsrechten 1011 – cc) Begründetheit des notwendigen Lieferungsanspruchs 1012 – dd) Erfordernis gesetzlicher Gestattung im Bereich der Verbraucherschutzgesetze 1012	
2. Storno- und Berichtigungsbuchungsrecht der Banken und Sparkassen nach Nr. 8 I AGB Banken 2002 bzw. Nr. 8 I AGB Sparkassen 2002	1013
a) Meinungsstand zur Qualifikation	1013
b) Rein deklaratorische Bedeutung der Stornoklausel?	1016
c) Rechtsgeschäftliches Selbsthilferecht?	1017
d) Vertragliches Rücktrittsrecht?	1017
e) Aufrechnungslösung?	1018
f) Rechtsgeschäftliches Anfechtungsrecht?	1019
aa) Verlust der Stütze im Klauselwortlaut mit der Neufassung der AGB Banken von 1993? 1019 – bb) Sinnvolle Rechtsfolge? 1019	
g) Rechtsgeschäftliches Widerrufsrecht	1019
aa) Intendierte zeitliche Reichweite 1019 – bb) Vereinbarkeit mit §§ 305 c II BGB; 5 AGBG 1020	
3. Prozeßvergleich unter Widerrufsvorbehalt	1020

4. Vertragliche Begründung eines Widerrufsrechts durch verbraucherschutzrechtliche Belehrung bei Nichteinschlägigkeit verbraucherschützender Widerrufsrechte von Gesetzes wegen	1022
5. Widerrufsvorbehalt bei Schenkungen	1022
a) Generelle Zulässigkeit	1023
b) Zulässigkeit bei der Zuwendung von Gesellschaftsanteilen	1024
c) Reurechtscharakter oder Reaktion auf nachfolgende Entwicklungen?	1024
aa) Reurechtscharakter des freien Widerrufsrechts 1024 – bb) Gekoppelte Widerrufsrechte als Reaktion auf nachfolgende Entwicklungen 1025	
IV. Rechtsgeschäftliche Erweiterung gesetzlicher Beseitigungsrechte	1025
V. Mittelbare Erweiterung von Beseitigungsrechten durch Abbedingen von Kompensationspflichten	1026
VI. Rechtliche Kontrolle von rechtsgeschäftlich begründeten oder erweiterten Beseitigungsrechten in Individualvereinbarungen	1027
1. Zweistufige Prüfung: Vereinbarungs- und Inhaltskontrolle einerseits und Ausübungskontrolle andererseits	1027
2. Widerruf arbeitsvertraglicher Sonderleistungen als Beispiel	1028
VII. Schranken der Vereinbarung durch AGB	1029
1. Schranken nach §§ 308 Nr. 3 BGB; 10 Nr. 3 AGBG	1029
a) Beseitigungsrechte als Lösungsrechte im Sinne von §§ 308 Nr. 3 BGB; 10 Nr. 3 AGBG	1029
b) Reurecht nach freiem Belieben	1030
aa) Reurecht des AGB-Verwenders 1030 – bb) Reurecht für den Partner des AGB-Verwenders 1030	
c) „Irrtum vorbehalten“-Klauseln	1030
aa) Individualklageverfahren 1030 – bb) Verbandsklageverfahren 1031	
d) Preisirrtumsklauseln	1031
e) Verengung der abzuwägenden Verwenderinteressen durch normhierarchisch höherrangiges Recht	1031
2. Schranken nach §§ 307 II Nr. 1 BGB; 9 II Nr. 1 AGBG	1032
a) Abwägung im kaufmännischen Verkehr	1032
aa) Grundsätzliches 1032 – bb) Interessen des Klauselverwenders 1032 – cc) Vergleich mit gesetzlichen Beseitigungsrechten als Folie 1033	
b) Abbedingen einer finanziellen Kompensationspflicht	1034
aa) Grundsätzliches 1034 – bb) Differenzierung bei Einsatz neuer Kommunikationstechniken? 1034	
c) Gestaltung des maßgeblichen Vertrauenstatbestandes durch Äußerung des Erklärenden?	1035
<i>§ 43 Privatautonome Einschränkung und Aufhebung von Beseitigungsbefugnissen</i>	<i>1035</i>
I. Parteien einer einschränkenden Vereinbarung	1035
1. Beseitigungsberechtigter	1036
2. Gegenpartei der Vereinbarung	1036
a) Erklärungsadressat	1036
b) Dritte	1036
II. Vereinbarung über die potentiell beseitigungsfähige Erklärung	1037

1. Konkrete Vereinbarung vor oder mit der Erklärung	1037
a) Grundsätzliches	1037
b) Defekt der Erklärung und Defekt der Abbedingung des Beseitigungsrechts	1038
2. Vereinbarungen über die rechtlichen oder tatsächlichen Grundlagen von Beseitigungsrechten	1039
3. Einschränkung Vereinbarung und Verpflichtung zur Erklärungsabgabe	1039
4. Einschränkung durch Loyalitäts- und Neuverhandlungsklauseln?	1040
5. Konkrete Vereinbarung nach der Erklärung	1040
III. Vereinbarung durch Rahmenverständigung	1041
IV. Erschwerung der Beseitigungsrechtsausübung durch Vereinbarung zusätzlicher Kompensationspflichten	1041
1. Zusätzliche Kompensationspflicht	1041
2. Kompensationsleistung als Bedingung für Ausübung des Beseitigungsrechts	1042
a) Grundsätzliches	1042
b) Weiterer Gegenreiz gegen eine Ausübung des Beseitigungsrechts	1042
V. Schranken der Individualvereinbarung	1042
1. Besondere Unwirksamkeitstatbestände in Verbraucherschutzgesetzen	1042
a) Grundsätzliches	1042
b) Ausnahme nach § 357 II 3 BGB (bzw. § 361 a II 3 Hs. 2 BGB aF)	1043
2. Kompensationsabrede als Teil eines unwirksamen Vertrages unter HWiG aF und VerbrKrG aF	1043
3. Sittenwidrigkeitsschranke nach §§ 138; 242 BGB	1044
4. Bloß schuldrechtliche Wirkung der Unwiderruflichkeit einer Anweisung	1045
VI. Schranken der Vereinbarung durch AGB	1045
1. Vorvertrags-AGB	1045
a) Vereinbarung von Vorvertrags-AGB	1045
b) Inhaltskontrolle von Vorvertrags-AGB	1046
2. Quasi-Rückwirkung für die Abschlußphase verlangende AGB	1046
a) Einbeziehungskontrolle	1046
b) Abbedingung von Beseitigungsrechten	1047
c) Beurteilung von Kompensationsklauseln zu Gunsten des Verwenders	1048
d) Besonderheiten bei Mittelgliedstellung des AGB-Verwenders in einer Vertragskette	1048
3. Einschränkung bei vertraglich eingeräumten Beseitigungsrechten	1049
a) Grundsätzlich kein Scheitern in der Inhaltskontrolle	1049
b) Einbeziehungskontrolle	1049
aa) Vorrang der Individualvereinbarung des Beseitigungsrechts nach §§ 305 b BGB; 4 AGBG 1049 – bb) Verbot überraschender Einschränkungen nach §§ 305 c I BGB; 3 AGBG 1050 – cc) Transparenzgebot 1050	
VII. Leistungsfristvorbehalt des Unternehmers im Verbraucherschutzrecht	1050
1. Leistungsfristvorbehalt und §§ 308 Nr. 1 Hs. 2 BGB; 10 Nr. 1 Hs. 2 AGBG	1050
2. Allgemeine Gestattung und halbzwingender Charakter des Verbraucherschutzrechts	1051
3. Ausnahme für das Fernabsatzrecht	1052
4. Zurückbehaltungsrecht des Verbrauchers	1053

5. Enges Verständnis der §§ 308 Nr. 1 Hs. 2 BGB; 10 Nr. 1 Hs. 2 AGBG aus dem Zusammenhang mit §§ 308 Nr. 1 Hs. 1 Var. 2 BGB; 10 Nr. 1 Hs. 1 Var. 2 AGBG	1054
6. Vereinbarkeit mit §§ 307 BGB; 9 AGBG	1055
a) Bei weitem Verständnis der §§ 308 Nr. 1 Hs. 2 BGB; 10 Nr. 1 Hs. 2 AGBG	1055
b) Bei grundsätzlich engem Verständnis der §§ 308 Nr. 1 Hs. 2 BGB; 10 Nr. 1 Hs. 2 AGBG	1056
7. Möglichkeit eines Abfederns durch entsprechende Ausgestaltung des Vertragsabschlußprozesses?	1056
8. Einfluß eines Leistungsvorbehalts auf das Widerrufsrecht	1057
§ 44 Verzicht auf Beseitigungsrechte	1058
I. Verzicht als einseitiger Akt privater Autonomie	1058
1. Grundsätzliche Zulässigkeit des Verzichts bei Gestaltungsrechten und Einwendungen	1058
a) Grundsätzliches	1058
b) Unproblematisch verzichtsfähige Beseitigungsrechte	1059
c) Überholende Widerrufsrechte und konstruktive Möglichkeit eines Verzichts	1059
d) Verzicht auf ein Anfechtungsrecht und Defektfreiheit des Verzichts	1059
2. Notwendigkeit eines Vertrages bei Verzicht auf das Recht zum Vollmachtswiderruf?	1061
a) Grundsätzliche Zulässigkeit eines einseitigen Verzichts	1061
b) Generelle Unstatthaftigkeit eines Verzichts bei Generalvollmachten	1062
c) Generelle Unstatthaftigkeit eines Verzichts bei isolierten Vollmachten?	1062
3. Notwendigkeit eines Erlaßvertrages bei Ansprüchen	1063
II. Gesetzlicher Ausschluß des Verzichts bei verbraucherschützenden Widerrufsrechten	1063
1. Grundsätzliches	1063
a) §§ 312 f S. 1; 487 S. 1; 506 I 1; 655 e I 1 BGB; 18 S. 1 VerbrKrG; 5 IV 1 HWiG; 9 I TzWrG; 5 I FernAbsG als Ausgangspunkt	1063
b) Untechnisches Verständnis von „Vereinbarung“ und § 1 b VI AbzG	1064
c) Aspekte richtlinienkonformer Auslegung	1065
d) Verkürzung der Schwebezeit und Gefahr der Einflußnahme seitens des Unternehmers	1066
2. Schutz des Berechtigten gegen sich selbst?	1067
a) Rationale Motive, einen Widerrufsverzicht als Gegenleistung einzusetzen	1067
aa) Verzicht als Verhandlungsmasse für günstigere Vertragskonditionen	1067 –
bb) Verzicht als Mittel für sofortigen Leistungserhalt	1067
b) Regelmäßige Konfliktlösung auf der rechtstatsächlichen Ebene	1068
III. Gewährung sofortigen Versicherungsschutzes als verzichtsähnlicher Tatbestand bei §§ 8 IV 5 Var. 1; 5 a III 3 VVG 1994?	1069
1. Lesarten zum Bezugsgegenstand des Widerrufsrechts	1069
2. Widerrufsfestigkeit nur der Gewährung des vorläufigen Versicherungs- schutzes, nicht des Hauptvertrages	1070
IV. Verzicht auf das Widerrufsrecht nach § 15 III LPartG?	1071
V. Verzicht bei vertraglichen Reurechten	1071
Zusammenfassung zu Teil X	1072

Teil XI

Konkurrenz von Beseitigungsrechten

§ 45 Konkurrenz von Beseitigungsrechten	1074
I. Tatbestandlicher Ausschluß	1074
1. Regelmäßig wegen Tatbestandsalternativität kein Ausschluß	1074
a) Grundsätzliches	1074
b) Beseitigung der Wirkungen einer (schwebend) wirksamen Erklärung	1074
c) Tatbestandliche Alternativität zwischen vertragstypbezogenen Widerrufsrechten	1075
d) Kein Konkurrenzausschluß infolge zeitlicher Abfolge	1077
2. Ausschluß wegen Wertungsinkongruenz	1078
a) Besondere Täuschungstatbestände mit Verschleiern des Drittbezuges und § 123 I 1 Var. 1 BGB	1078
b) Vertragsaufhebungsanspruch aus Delikt oder culpa in contrahendo und §§ 119; 123 BGB?	1078
c) § 123 BGB und Unterlassen einer ordnungsgemäßen Belehrung über verbraucherschützendes Widerrufsrecht	1079
d) Vertragsaufhebungsanspruch aus culpa in contrahendo oder Delikt und verbraucherschützende Widerrufsrechte	1079
e) § 13 a UWG und § 123 I Var. 1 BGB?	1080
f) § 178 BGB und § 123 I Var. 1 BGB	1081
II. Ausdrückliche gesetzliche Konkurrenzregeln	1082
1. Zurücktretten des § 312 BGB hinter anderen verbraucherschützenden Widerrufsrechten gemäß § 312 a BGB	1082
a) Spezialitätsvorrang der §§ 11 AuslInvG; 23 KAGG	1082
b) Subsidiarität situativen Verbraucherschutzes gegenüber vertragstypbezogenem Verbraucherschutz	1082
c) Gemeinschaftsrechtlich gebotene Schutzkumulation mit beschränktem Umfang	1084
d) Gemeinschaftsrechtliche Problempunkte des § 312 a BGB?	1085
2. Nichtanwendbarkeit des § 312 I BGB auf Versicherungsverträge nach § 312 III Var. 1 BGB	1087
3. Konkurrenzregelung für das fernabsatzrechtliche Widerrufsrecht durch §§ 312 b III; 312 d V BGB	1088
a) Konkurrenz zwischen Fernabsatz- und Teilzahlungs- bzw. Ratenlieferungsrecht	1088
aa) Modifizierende Vorrangregelung des § 312 d V BGB 1088 – bb) Günstigkeitsprinzip des § 1 IV FernAbsG für die Konkurrenz von FernAbsG und VerbrKrG 1089	
b) Konkurrenz zwischen Fernabsatz- und Fernunterrichts- oder Timesharingrecht	1089
4. Vorauseilendes Zurücktretten des Fernabsatzrechts im Bereich der Finanzdienstleistungen	1090
5. Konkurrenzregelung bei verbundenen Geschäften durch § 358 II 2 BGB	1090
a) Grundsätzliches	1090
b) Gemeinschaftsrechtliche Dimension	1091
c) Kein Anreiz zur Umgehung durch Nichtausweisen der Zweckbindung	1092
d) Teleologische Reduktion	1092

6. Ausschluß einer Konkurrenz von Widerspruchsrecht nach § 5 a VVG 1994 und Widerrufsrecht nach § 8 IV, V VVG 1994 durch § 8 VI VVG 1994	1093
III. Rechtsgeschäftlich begründete und gesetzliche Beseitigungsrechte	1094
1. Konzentrationswirkung der vertraglichen Vereinbarung und Derogation der gesetzlichen Beseitigungsrechte	1094
2. Vertragliche und gesetzliche verbraucherschützende Widerrufsrechte	1094
IV. Wahlrecht zwischen den einzelnen Rechten	1095
1. Disjunktivität vor Ausübung eines Rechtes	1095
2. Lehre von den Doppelwirkungen im Recht nach Ausübung eines Rechtes	1095
Zusammenfassung zu Teil XI	1096

Teil XII

Beseitigung der Beseitigungswirkungen

§ 46 <i>Beseitigung unter Vorbehalt</i>	1097
I. Beseitigung unter Vorbehalt als unzulässige bedingte Ausübung von Beseitigungsrechten	1097
II. Anspruchsgeltendmachung unter Vorbehalt	1098
1. Motivationslage des Gläubigers	1098
2. Erfüllung bei Geltendmachung von Ansprüchen auf Zustimmung zur Aufhebung	1099
§ 47 <i>Revokabilität von Beseitigungserklärungen</i>	1099
I. Besondere Tatbestände	1099
II. Beseitigungsrecht als Schutzrecht zur Disposition des Geschützten?	1100
1. Ursprüngliches Wahlrecht zwischen Akzeptieren der Bindung und Beseitigung	1100
2. Ausübung des Wahlrechts durch Beseitigungserklärung	1101
3. Alternativität der Optionen, Wegfall der Dispositionsmöglichkeit und Interessen des Erklärungsadressaten	1102
4. Konstruktive Unmöglichkeit einer Rücknahme?	1103
III. Geltung der allgemeinen Beseitigungsregeln	1103
1. Grundsätzliches	1103
a) Geltung überholender Widerrufsrechte	1104
b) Geltung der Anfechtungsregeln	1104
aa) Materieller Schwebezeitraum während Laufs der Anfechtungsfrist	1104 –
bb) Relevante Irrtümer	1105 – cc) Schadensersatzansprüche nach § 122 BGB 1105
2. Erleichterte Rücknahme wegen geringeren Vertrauens des Erklärungsadressaten?	1106
a) Normativ zu gewichtiges Interesse des Erklärungsadressaten an der Geltung der ursprünglichen Erklärung?	1106
b) Machtunterworfenheit des Erklärungsadressaten	1107

c) Betätigtes Vertrauen des Erklärungsadressaten in Bestand der Beseitigungserklärung	1107
d) Relevanz von Opposition des Erklärungsadressaten gegen die Beseitigung?	1107
aa) Mangelndes Vertrauen des Erklärungsadressaten auf die Beseitigung bei Opposition 1107 – bb) Anreize für den Erklärenden durch Verhalten des Erklärungsadressaten 1108 – cc) „Rücknahme“ der Beseitigung als quasi- konsensuales Vorgehen 1108 – dd) Zeitliche Wirkung einer Vereinbarung über die Aufhebung einer Beseitigung 1109 – ee) Lage bei berechtigter Opposition gegen eine rechtlich nicht wirksame Beseitigung 1110 – ff) Interessen Dritter 1110	
e) Verringerung der Schutzwürdigkeit bereits wegen vorangegangener Revokation?	1110
aa) Fehlende Notwendigkeit eines Sinneswandels 1111 – bb) Perversion des Schutzanliegens 1111	
3. Gesetzliche Wertung der §§ 144; 141 BGB als Grundlage eines allgemeinen Modells	1111
a) Bestätigung der Erklärung vor Anfechtung als Verzicht auf das Anfechtungsrecht	1112
b) Bestätigung der Erklärung nach Anfechtung als Neuvernahme	1112
c) Übertreiben der Gesetzeslogik entgegen den Absichten des Gesetzgebers?	1113
d) Schädliche Drittwirkungen?	1114
e) Ergebnis: „Beseitigung der Beseitigung“ nur Neuvernahme der ursprünglichen Erklärung	1114
4. Revokationsversuch als neues Angebot und Kontrahierungszwang	1115
a) Umdeutung in neues Angebot	1115
aa) Neues Angebot bei Vertragserklärungen 1115 – bb) Schuldrechtliches Element unechter Rückwirkung als Angebotsteil 1115	
b) Kontrahierungszwang für den Erklärungsadressaten?	1115
aa) Ablehnungsmöglichkeit als Quasi-Reurecht für den Erklärungs- adressaten? 1116 – bb) Anreize für die Annahme des Angebots 1117	
Zusammenfassung zu Teil XII	1118

Teil XIII

Schlußbetrachtung und Zusammenfassung

§ 48 <i>Abgestuftes System nach Verantwortlichkeitsgrad des Erklärungsadressaten</i>	1119
I. Partielles Grundmuster	1119
1. Muster	1119
2. Präventive Anreize	1119
3. Zuzuordnende Beseitigungsrechte	1120
II. Außerhalb des Grundmusters stehende Beseitigungsrechte	1120
III. Wahren der Autonomie des Erklärenden als übergeordneter Ansatz	1120
§ 49 <i>Vergleichender Blick auf internationale Kodifikationsentwürfe</i>	1121
I. UNIDROIT Principles	1121
1. Irrtumsanfechtung	1122
a) Einheitliche Definition des Irrtums	1122

b) Einschränkende Anfechtungsvoraussetzungen	1122
aa) Verschulden des Erklärungsadressaten 1122 – bb) Keine Betätigung von Vertrauen seitens des Erklärungsadressaten 1123 – cc) Verschuldensprinzip durch Anfechtungsausschluß bei grob fahrlässigem Irrtum 1123 – dd) Risiko- übernahme seitens des Erklärenden 1124	
c) Struktur	1124
2. Täuschungs- und Drohungsanfechtung	1124
3. Anfechtungsrecht wegen Übervorteilung	1125
a) Grundsätzliches	1125
b) Tatbestandsvoraussetzungen	1126
c) Übervorteilung und hardship	1127
4. Überholende Widerrufsrechte	1127
II. European Principles of Contract Law	1127
1. Irrtumsanfechtung	1128
2. Täuschungs- und Drohungsanfechtung	1128
3. Anfechtungsrecht wegen Übervorteilung (excessive benefit or unfair advantage)	1129
4. Anfechtungsrecht gegen einzelne Vertragsbedingungen	1130
5. Überholende Widerrufsrechte	1130
6. Widerruf einer Vollmacht	1131
III. Vergleich mit dem deutschen Recht	1131
§ 50 Strukturelle Unterlegenheit, Überrumpelungssituationen, Reaktionen auf veränderte Kommunikationsstrukturen und Motivationsbeeinflussungen	1131
I. Strukturelle Unterlegenheit als allgemeiner Ansatz	1131
1. Strukturelle Unterlegenheit als hinreichend bestimmter Rechtsbegriff?	1132
a) Konturenlosigkeit des Begriffs?	1132
b) Notwendigkeit einer Typisierung und Abstraktion aus Wohlfahrtsgründen	1133
aa) Grundsätzliches 1133 – bb) Kalkulierbarkeit und Rationalisierungspotentiale von repeat players 1134 – cc) Senkung von Rechtsdurchsetzungskosten durch Irrelevanz von Parteibehauptungen jeweils eigener Unterlegenheit 1135 – dd) Typisierung und interessengerechter Vertrag im Einzelfall 1136	
c) Typisierung und Schutzübermaß	1136
2. Strukturelle Unterlegenheit und Marktmodell des Wettbewerbsmarktes	1137
3. Strukturell ungleiche Verhandlungsmacht und sogenannte Richtigkeitsgewähr des Vertrages	1138
4. Strukturell ungleiche Verhandlungsmacht, Anreizstrukturen und repeat player-Situation	1139
5. Gegenschluß aus einem geschäftstypspezifischen Schutzansatz?	1140
6. Keine Unterlegenheit bei prozeduralem Schutz, insbesondere durch Einschaltung eines Notars?	1141
a) Veränderung der Drucksituation durch Einschaltung eines Dritten und Formalisierung	1141
b) Rechtstatsächliche Kritikpunkte	1142

c) Verallgemeinerungsfähigkeit von §§ 491 III Nr. 1 Var. 2; 312 III Nr. 3 BGB; 3 II Nr. 3 VerbrKrG; 1 II Nr. 3 HWiG?	1143
d) Erhöhung der Transaktionskosten und Preiserhöhung	1144
e) Zweck der notariellen Beurkundung und Zweck des Widerrufsrechts	1145
7. Erhöhung der indirekten Kosten als Gegenargument?	1145
a) Überwälzen erhöhter Kosten auf die unterlegene Partei durch entsprechende Preisgestaltung?	1145
b) Verteuerungseffekt und Wettbewerbswirtschaft	1146
8. Gefahr opportunistischen Verhaltens?	1146
a) Anreiz zur Vertragsuntreue?	1146
b) Selbstverantwortlichkeit und Risikenverlagerung	1148
9. Strukturelle Unterlegenheit als Ansatz nur einer Inhaltskontrolle?	1148
a) Abschlußkontrolle durch Beseitigungsrecht als zulässiger Weg	1148
b) Abschlußkontrolle durch Beseitigungsrecht als systematisch und sachlich überlegener Weg	1149
II. (Vermutete) Überrumpelung als situatives Kriterium	1150
1. Inhaltliche Rechtfertigung	1150
2. Mangelnde Subsumtionsfähigkeit?	1151
3. Abgrenzung zum schlichten Fehlen von Bedenkzeit	1153
a) Aktivitätsniveau des Erklärungsadressaten	1153
b) Ausgrenzung erst während begonnener Verhandlungen aufgebauten Drucks	1154
c) Ausgrenzung seitens des Erklärenden selbst erzeugten Drucks	1154
d) Keine Überrumpelung bei Einladung zu Gespräch ohne Themenangabe	1154
4. Unzulässige Durchbrechung von Strukturprinzipien des BGB?	1155
5. Ausschließlich situativer oder daneben vertragsinhaltsbezogener Ansatz?	1155
III. Komplexität des Gegenstands als vertragstypbezogenes Kriterium	1156
1. Grundsätzliches	1156
2. Individuell unterschiedliche Wertschätzung des Vertragsgegenstands als Gegenargument?	1157
3. Faktoren für Komplexität des Gegenstands	1157
IV. Motivationsbeeinflussung durch emotionale, nicht informationsgestützte Werbung	1157
1. Zunehmende Orientierung der Werbung an Emotion, nicht Information	1157
2. Hinreichende Regulierung durch das Wettbewerbsrecht?	1158
a) Wirkungsrichtung wettbewerbsrechtlicher Untersagungen gegen Potentiale, nicht gegen die Folgen von deren konkreter Wahrnehmung	1158
b) Interessendiskrepanz zwischen Rechtsdurchsetzern und Verbrauchern	1158
c) Wettbewerbsrechtliches Defizit bei individuellen Rechtsbehelfen	1158
3. Individueller Rechtsbehelf durch Beseitigungsrecht	1159
V. Aufhebung der freien Willensentscheidung durch konkrete Beeinflussung seitens des Erklärungsadressaten	1160
1. Erzwingen einer überstürzten Entscheidung und strukturelle Unterlegenheit	1160
2. Ausnutzen eines Autoritätsgefälles	1161
VI. Aufhebung der freien Willensentscheidung durch (objektive) Zwangslage?	1162
1. Nachteilsverbundene Optionen, Auswahlmöglichkeit des Erklärenden und Einfluß des Erklärungsadressaten	1162

a) Objektive Zwangslage	1162
b) Hilfeverweigerung und begrenzte Hilfsverpflichtung	1162
c) Zwangslage und Auswahl unter mehreren nachteilsbelasteten Optionen	1163
2. Partielle Verlagerung des allgemeinen Lebensrisikos des Erklärenden auf den Erklärungsadressaten	1163
a) Verlust des Erklärungswertes	1163
b) Konsequente subjektive Perspektive und Einbeziehung bloß vermeinter Zwangslagen	1164
3. Handlungsobliegenheit des Erklärungsadressaten?	1164
VII. Rechtsfolgenseite	1165
1. Grundsätzliches	1165
2. Analogie zum Haustürgeschäfterecht in Überrumpelungsfällen	1165
a) Situativer Schutzansatz	1165
b) Rückkehr zu einem Konzept schwebender Unwirksamkeit während der Widerrufsfrist	1165
3. Analogie zu §§ 312 b I BGB; 3 I FernAbsG; 4 I FernUSG bei Erwerb von einer Erprobung zugänglichen Erfahrungsgütern	1166
4. Analogie zu §§ 8 IV; 5 a VVG 1994; Art. 6 I RiLi 2002/65/EG bei Vertrag über komplexe Rechtsprodukte	1167
5. Analogie zu §§ 1; 2 HWiG aF bei Ausnutzen eines Autoritätsgefälles	1167
6. Analogie zu § 13 a UWG bei Erklärungsabgabe als Folge emotionaler Werbebeeinflussung	1167
Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	1168
Literaturverzeichnis	1175
Sachverzeichnis	1319

Teil I

Einleitung

§ 1 Problemstellung und Gang der Bearbeitung

I. Grundsatz der Bindung an das gegebene Wort

Erklärungen erzeugen Wirkungen. Rechtserklärungen erzeugen rechtliche Wirkungen. Sie führen zu Bindungen des Erklärenden. Der Erklärende kann aber ein (subjektives) Interesse daran haben, daß keine Wirkungen seiner Erklärung eintreten. Er kann ein subjektives Interesse daran haben, seine Erklärung zumindest in ihren Wirkungen gleichsam ungeschehen zu machen. Er möchte seine Erklärung revozieren. Er möchte gleichsam sein Wort zurückholen. Gegenüber dem Rechtsverkehr und eventuellen Adressaten der Erklärung kann sich dieses subjektive Interesse des Erklärenden nur durchsetzen, wenn und soweit die Rechtsordnung es als überwiegendes objektives oder zumindest objektivierbares Interesse anerkennt. Der Erklärende ist nicht mehr alleiniger Herr seiner Erklärung, wenn diese erst in der Welt ist. Er kann über diese nicht mehr nach seinem Belieben verfügen, wenn er sich ihrer erst entäußert hat, wenn sie erst aus seinem forum internum heraus gelangt ist. Seinen Bindungen kann man sich nicht mehr einseitig rein nach eigener Willkür entziehen.¹ Schon der Kindermund tut kund: „Ein Wort ist ein Wort, und ein anderes Wort nimmt es nicht fort.“ Etwas vornehmer gewandt kann man „Ein Mann, ein Wort“ zu einer Rechtsparodie erheben.² Es sei ein Gebot der *iustitia commutativa*, das Vertrauen eines Vertragspartners auf ein gegebenes Wort nicht zu enttäuschen.³ „*Pacta sunt servanda*“ ist zwar der gewichtigste Ausschnitt aus dem Komplex der Bindung an das gegebene Wort. Dieser Grundsatz bezeichnet aber nur die Bindung an zweiseitige Rechtsgeschäfte.⁴ Das

¹ LAG Leipzig 7.5.1936, ARS 28 LAG 165, 167.

² *Titze*, Lehre vom Mißverständnis (1910) 239; *Düll*, Zur Lehre vom Widerruf (1934) 32.

³ Siehe nur *Christoph Becker*, DZWIR 1994, 397, 402; *Singer*, Selbstbestimmung und Verkehrerschutz im Recht der Willenserklärungen (1995) 39.

⁴ Der Grundsatz entspringt nicht dem klassischen römischen Recht (*Sangmeister*, BB 1988, 609, 610). Dort bezeichnete ein *pactum* gerade keinen mit Klagschutz ausgestatteten Kontrakt (Paul. sent. 2, 14, 1: *ex nudo pacto inter cives Romanos actio non oritur*). Die Kontrakte waren in vier Kategorien (Verbal-, Litteral-, Konsensual-, Realkontrakt) eingeteilt. Ein *pactum* war dagegen kein zivilrechtlich gültiger Kontrakt (*Honsell/Mayer-Maly/Selb*, Römisches Recht⁴ [1987] 255 [§ 98 IV]; *Honsell*, Römisches Recht⁴ [1997] 94 [§ 32 VI]) und gewährte grundsätzlich nur eine Einrede (*exceptio pacti conventi*; D. 2, 14, 7, 4: *nuda pactio obligationem non parit, sed parit exceptionem*) (*Honsell/Mayer-Maly/Selb*, op.cit., 266 [§ 103 II 1]; *Hausmaninger/Selb*, Römisches Privatrecht⁶ [1991] 329), denn im Kern war ein *pactum* altrömisch die formfreie Vereinbarung einer Haftungslösung, eines Vergleichs (*Nanz*, Die Entstehung des allgemeinen Vertragsbegriffs im 16. bis 18. Jahrhundert [1985] 15; *Honsell/Mayer-Maly/Selb*, loc.cit.ult.; *Kaser*, Römisches Privatrecht¹⁶ [1992] 181 [§ 38 III 1]). Ungeachtet des praetorischen Schutzes nicht gesetzeswidriger und arglistfreier *pacta* (D. 2, 14, 7, 7; dazu eingehend *Archi*, FG Ulrich v. Lübtow [1980], 373) bestand kein Prinzip allgemeiner Vertragstreue (*Steinwenter*, JBl 1950, 173, 174; *Sangmeister*, BB 1988, 609, 610). „*Pacta sunt servanda*“ ist späteren Ursprungs mit den frühesten Wurzeln wohl im weströmischen Vulgar-

eigene Wort kann indes auch beim einseitigen Rechtsgeschäft binden. Denn „Bindung“ steht gerade für grundsätzliche „Unverbrüchlichkeit, Unumstößlichkeit dessen, was gesagt wurde“.⁵ Daher schöpft „pacta sunt servanda“ den Gesamtkomplex nicht aus. „Pacta sunt servanda“ und allgemeiner die Bindung an das gegebene Wort sind bei genereller, zumindest grundsätzlicher Durchsetzung ein Kollektivgut für eine Rechtsgemeinschaft, das stabile Verhaltenserwartungen erzeugt und die Durchsetzungskosten für Verträge und Versprechen im Normalfall senkt.⁶ Die grundsätzliche Bindung ist Voraussetzung, damit das Institut des Vertrages die ihm zugedachte Funktion überhaupt erfüllen und einen Güteraus-tausch mittels privatautonom in Geltung gesetzter Rechtsfolgen tragen kann.⁷ Dieses Kollektivgut ist gegen die Freiheit des Erklärenden zur Selbstbestimmung abzuwägen. Wer durch eine Erklärung (mit-)gestaltet, muß sich als Kehrseite der selbstbewirkten Gestaltung grundsätzlich an der bewirkten Gestaltung festhalten lassen.⁸ Damit entfallen Absicherungs- und Bekräftigungskosten.

II. Ausnahmen und Durchbrechungen des Grundsatzes

Die Bindung an das einmal gegebene Wort ist eben nur der Grundsatz. Auch dieser Grundsatz hat Ausnahmen. Die Rechtsordnung billigt dem Erklärenden zu, sich unter besonderen Umständen von seinem Wort lösen zu können. Dies tut sie unter verschiedenen Etiketten und mit verschiedenen Mechanismen. Die technischen Bezeichnungen lauten Widerruf, Anfechtung, Anspruch auf Vertragsaufhebung, Recht auf Lösung, unter Umständen Rücktrittsrecht. Entsprechend vielgestaltig und auf den ersten Blick disparat und inhomogen sind die Voraussetzungen. Dort steht das Verschulden des Erklärungsgegners neben der (unwiderleglichen) Vermutung struktureller Unterlegenheit des Erklärenden oder der subjektiven Fehlvorstellung des Erklärenden. Auch die Rückabwicklung kann verschiedene Formen annehmen, je nachdem, ob besondere Zielsetzungen verfolgt werden, die eine Partei begünstigen sollen. Insbesondere kann der Erklärende dem Erklärungsadressaten kompensieren müssen. Der Verlust an Bindung ist dann durch Hingabe vom Vermögenswerten auszugleichen. Der Erklärende muß für das Wiedergewinnen seiner Freiheit einen Preis zahlen. Jedem deutschen Juristen ist dieser Mechanismus in seiner besonderen Ausprägung durch § 122 BGB im Recht der Irrtumsanfechtung seit dem ersten Studiensemester bekannt.

recht (Levy, Weströmisches Vulgarrecht – Das Obligationenrecht [1956] 37-46). Zum Rechtsgrundsatz entwickelte es sich – wahrscheinlich beginnend mit dem canon 12 des ersten Konzils von Karthago 348 über das sogenannte c. Antigonus (c. 1 X de pactis 1, 35) – im kanonischen Recht (eingehend Söllner, SavZ RomAbt. 77 [1960], 182, 240-269; Dilcher, SavZ RomAbt. 77 [1960], 270-303; Nanz, op.cit., 46-56). Im weltlichen Recht erlebte es seinen Durchbruch dank *Matthaeus Wesenbecius* (In pandectas iuris civilis et Codicis Iustiniani libri IIX commentarii [Basel 1593]) und *Hugo Grotius* (De iure belli ac pacis libri tres [Paris 1625] lib. II cap. 11 § 4) gerade in Deutschland (Nanz, op.cit., 85-94 sowie zum usus modernus 95-134; Liebs, Römisches Recht⁴ [1993] 260-262 sowie Reinhard Zimmermann, The Law of Obligations [1992] 537-545, 576-579).

⁵ Siehe Larenz, Richtiges Recht (1979) 60.

⁶ Siehe nur Tietzel, in: Claus Ott/Hans-Bernd Schäfer (Hrsg.), Ökonomische Probleme des Zivilrechts (1991), 163, 165; Michael Lehmann, Bürgerliches Recht und Handelsrecht – eine juristische und ökonomische Analyse (1983) 172.

⁷ Siehe nur Canaris, FG 50 Jahre BGH I (2000), 129, 148, 152.

⁸ Siehe nur Windel, AcP 199 (1999), 421, 437 mit Fn. 70.

III. Entwicklung hin zu einem Reurecht des Erklärenden?

Das Lösen von der unerwünscht gewordenen oder unter (subjektiv) falschen Voraussetzungen abgegebenen Erklärung wirft die Frage nach einem Reurecht des Erklärenden auf. Das deutsche Zivilrecht kennt bekanntlich kein allgemeines Reurecht eines Erklärenden. Vereinzelte Versuche, in besonderen Konstellationen ein Beseitigungsrecht mehr zu behaupten denn zu begründen,⁹ kollidierten daher mit dem gesteigerten Rechtfertigungsbedarf sowie der erhöhten Begründungsbedürftigkeit für gesetzlich nicht vorgesehene Beseitigungsrechte¹⁰ und haben sich nicht durchsetzen können. Auf der anderen Seite nehmen im Verbraucherschutzrecht in den letzten Jahrzehnten die Instrumente an Zahl und Gewicht zu, mit deren Hilfe sich der Verbraucher gegenüber dem professionellen Leistungsanbieter doch von seinem Wort lösen kann. Von der europäischen Ebene aus dringen Widerrufsrechte in immer neue Bereiche vor.¹¹ Das Verbraucherschutzrecht hat also über weite Strecken eine Art Reurecht eingeführt.¹² Dadurch hat sich eine merkliche Akzentverschiebung ergeben.¹³ Schon ist die Rede davon, die liberale Rechtsgeschäftslehre sei vom Verbraucherschutz durchbrochen worden.¹⁴ Soziale Schutzanliegen werden auch mit Hilfe von Reurechten zur Kompensation strukturell ungleicher Verhandlungsmacht verfolgt. Damit stellt sich zugleich die Frage, inwieweit solche Schutzanliegen sich auch dort Bahn brechen, wo ihnen noch nicht ausdrücklich per Gesetz Rechnung getragen ist. Theoretisch denkbare Instrumente dafür wäre eine Gesamtanalogie zu normierten „sozialen Reurechten“ oder eine Einzelanalogie zu bestimmten „sozialen Reurechten“. Entsprechende Phänomene begegnen etwa bei den Versuchen von Arbeitnehmern, Abstand von arbeitsrechtlichen Aufhebungsverträgen zu nehmen.¹⁵ Polemisch¹⁶ steht insbesondere dort das Wort vom

⁹ Z.B. *Strohal*, Das deutsche Erbrecht auf Grundlage des Bürgerlichen Gesetzbuchs I³ (1903) 539 f. (§ 59 V 1) und *Damrau*, Der Erbverzicht als Mittel zweckmäßiger Vorsorge für den Todesfall (1966) 122 für ein Anfechtungsrecht des Verzichtenden bei entgeltlichem Erbverzicht und sich nachträglich herausstellender Unwirksamkeit des Abfindungsgeschäfts. Vgl. auch AG Charlottenburg 21.2.2002, AfP 2002, 172.

¹⁰ So zutreffend *Staudinger(-Herzfelder)*, BGB V: Erbrecht⁹ (1928) § 2346 BGB Anm. 2; *Planck(-Greiff)*, BGB V: Erbrecht⁴ (1930) Vor § 2346 BGB Anm. 4.

¹¹ Zuletzt Art. 6 RiLi 97/7/EG und Art. 6 Richtlinie 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.9.2002 über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher und zur Änderung der Richtlinie 90/619/EWG des Rates und der Richtlinien 97/7/EG und 98/27/EG, ABl. EG 2002 L 271/16; vgl. Art. 4 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher und zur Änderung der Richtlinie 90/619/EWG des Rates und der Richtlinien 97/7/EG und 98/27/EG, von der Kommission vorgelegt am 14.10.1998, ABl. EG 1998 C 385/10 (mit Begründung abgedruckt in WM 1999, 1477; dieser Vorschlag ging zurück auf die konkurrierenden Entwürfe der Generaldirektionen XV und XXIV der EG-Kommission für eine Richtlinie über Fernverträge zwischen Anbieter und Kunden über Finanzdienstleistungen, vorgestellt und kritisch bewertet von *Graf Schirnding*, FLF 1998, 11-17).

¹² *Köbler*, Die „clausula rebus sic stantibus“ als allgemeiner Rechtsgrundsatz (1991) 245: Widerrufsrechte seien „moderne gesetzliche Varianten des germanischen Reurechts“. Kritisch dazu *Möllers*, JZ 2002, 121, 130.

¹³ *Schlechtriem*, ZEuP 2002, 213, 215.

¹⁴ *Heinz Hübner*, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches² (1996) V.

¹⁵ Vgl. § 131 II Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzbuches des Arbeitskreises Deutsche Rechtseinheit im Arbeitsrecht, NZA Beil. zu Heft 17/1992; LAG Hamburg 3.7.1991, NZA 1992, 309, 311 = LAGE § 611 BGB Aufhebungsvertrag Nr. 6 m. abl. Anm. *Bengelsdorf* (Juli 1992); ArbG Hamburg 10.12.1990 – 21 Ca 252/90; 22.4.1992 – 7 Ca 446/91; 13.5.1992 – 7 Ca 433/91; ArbG Freiburg 20.6.1991, DB 1991, 2600; *Benno Grunewald*, AuR 1994, 260, 261 sowie für Aufhebungsverträge und Ausgleichsquittungen § 141 II DGB-Entwurf zum Arbeitsverhältnisrecht von 1977 (abgedruckt bei *Kibler*, ZIAS 1995, 51, 77 f. Fn. 155).

„April-April-Syndrom“¹⁷ im Raum: Der Geschützte trachte, sich immer dann von seinem zuvor gegebenen Wort zu lösen, wenn dieses Wort für ihn nachteilige Konsequenzen zu haben drohe.¹⁸ Gerade aus der Existenz besonderer Einzelnormierungen sei ein Gegenschluß zu ziehen, daß außerhalb solcher ausdrücklicher Anordnungen keine Beseitigungsrechte bestünden.¹⁹ Auf der anderen Seite kann ein schlichtes „Vertrag ist Vertrag“ der Sachlage nicht gerecht werden.²⁰ Vertragsfreiheit/Privatautonomie und der Grundsatz „pacta sunt servanda“ dürfen nicht ungeprüft und ohne Abwägung zu Höchstwerten erhoben werden.²¹ Damit isolierte man formelle Prinzipien von der notwendigen Frage nach ihrer materialen Grundlage.²² Verträge einzuhalten und Verantwortung einzulösen, indem man an seinem Wort festgehalten wird, ist sicherlich konstitutiv für eine liberale Wirtschaftsordnung, die auf freiwillige Selbstbindung als primären Organisationsmechanismus setzt.²³ Ineffiziente oder unter Defiziten zustandegekommene Verträge aber haben ihre eigenen Probleme. Vereinzelt werden, in das andere Extrem gegensteuernd, gar die Freiheitsgrundrechte im sozialen Rechtsstaat bemüht, um generell eine Überlegungsfrist und eine Möglichkeit, Rechtsrat

Eine Analogie zu §§ 7 I VerbrKrG; 1 I HWiG ausdrücklich ablehnend BAG 30.9.1993, BAGE 74, 281, 290 = AP Nr. 37 zu § 123 BGB m. zust. Anm. *Boemke* (Sept. 1994) = AR-Blattei ES 260 Nr. 2 m. zust. Anm. *Buschbeck-Bülow* (April 1994) = EzA § 611 BGB Aufhebungsvertrag Nr. 13 m. zust. Anm. *Dagmar Kaiser* (Juni 1995) (dazu v. *Hoyningen-Huene*, EWiR § 123 BGB 1/94, 115; *Ehrich*, NZA 1994, 438); 14.2.1996, EzA § 611 BGB Aufhebungsvertrag Nr. 21 S. 2 f.; ArbG Köln 1.6.1993, DB 1993, 2135; *Bengelsdorf*, LAGE § 611 BGB Aufhebungsvertrag Nr. 6 S. 11, 28-33 (Juli 1992); *ders.*, Aufhebungsvertrag und Abfindungsvereinbarungen² (1994) 18; *Nägele*, BB 1992, 1274, 1276; *Ehrich*, DB 1992, 2239; *Boemke*, NZA 1993, 532, 537; *Jobst-Hubertus Bauer*, NJW 1994, 980, 981; *ders.*, Arbeitsrechtliche Aufhebungsverträge⁵ (1997) Rn. 91; *Robert Haller*, BB 1994, 787, 789; *Zwanziger*, DB 1994, 982, 983; *Germelmann*, NZA 1997, 236, 240; *Ulrich Weber/Ehrich*, NZA 1997, 414, 420; siehe auch BAG 30.1.1986, NZA 1987, 91, 92 (Analogie zu § 1 b AbzG ablehnend); LAG Köln 21.4.1994, LAGE § 123 BGB Nr. 20 S. 1 und de lege ferenda § 131 Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes des Freistaates Sachsen vom 23.5.1995, BR-Drs. 293/95.

Eigenkündigungen von Arbeitnehmern, selbst wenn sie vom Arbeitgeber veranlaßt sein sollten, könnten entsprechend Aufhebungsverträgen zu behandeln sein (*Rüdiger Krause*, LAGE § 123 BGB Nr. 19 S. 9, 10 [Jan. 1995]).

¹⁶ Siehe *Dieterich*, RdA 1995, 129, 136; *dens.*, DB 1995, 1813, 1815.

¹⁷ BAG 30.9.1993, BAGE 74, 281, 291; *Boemke*, NZA 1993, 532, 537 Fn. 90; *ders.*, AP Nr. 37 zu § 123 BGB Bl. 5R (Sept. 1994); *Stephan Lorenz*, Der Schutz vor dem unerwünschten Vertrag (1997) 168 jeweils unter Bezugnahme auf *Zöllner*, FS 100 Jahre GmbH-Gesetz (1992), 85, 116; außerdem *Tim Drygala*, Jahrbuch Junger Zivilrechtswissenschaftler 1995 (1996), 63, 71; *Barnert*, Die formelle Vertragsethik des BGB im Spannungsverhältnis zum Sonderprivatrecht und zur judikativen Kompensation der Vertragsdisparität (1999) 201.

¹⁸ *Zöllner*, FS 100 Jahre GmbH-Gesetz (1992), 85, 116.

¹⁹ Z.B. *Adomeit*, NJW 1994, 2467, 2468.

²⁰ BVerfG 19.10.1993, BVerfGE 89, 214, 234 = JZ 1994, 408 m. Anm. *Wiedemann* = DNotZ 1994, 523 m. Anm. *Loritz* (dazu *Walter Löwe*, ZIP 1993, 1759; *Friedrich Graf v. Westphalen*, MDR 1994, 5; *Köndgen*, EWiR § 138 BGB 1/94, 23; *Heinrichsmeier*, FamRZ 1994, 129; *Peter Bydlinki*, WuB I F 1 a. – 4.94, 391; *Heinrich Honsell*, NJW 1994, 565; *Gerhard Pape*, ZIP 1994, 515; *Grün*, WM 1994, 713; *Groeschke*, BB 1994, 725; *Kohte*, ZBB 1994, 172; *Adomeit*, NJW 1994, 2467; *Christoph Becker*, DZWIR 1994, 397; *Rittner*, NJW 1994, 3330; *Hergenröder*, DZWIR 1994, 485; *Dieter Rehbein*, JR 1995, 45; *Hans Albrecht Hesse/Peter Kauffmann*, JZ 1995, 219); *Dieterich*, RdA 1995, 129, 135.

²¹ *Stoffels*, SAE 1995, 176, 181.

²² Siehe *Knops*, VuR 1998, 107, 111 f.

²³ *Rieble/Klump*, ZIP 2002, 2153, 2158.

einzuholen, zu gewährleisten.²⁴ Indes sollte man dabei nicht aus den Augen verlieren, daß das rechtliche Schutzinstrumentarium nicht nur aus der Zubilligung eines Reurechts bestehen muß. In mindestens gleichem Maße beinhaltet es eine richterliche Inhaltskontrolle von Verträgen.²⁵ Diese erfolgt von Amts wegen und führt nicht zu subjektiven Lösungsrechten der benachteiligten Partei. Außerdem beeinträchtigt jeder korrigierende richterrechtliche Eingriff (wie er in der Einführung eines neuen Reurechts liegt) zumindest solange, bis er sicher etabliert und fester Bestandteil des anerkannten Kanons ist, die Rechtssicherheit.²⁶ Jede richterliche Rechtsfortbildung hin zu einem „allgemeinen sozialen Reurecht“ oder zu „sozialen Reurechten“ bei einzelnen Vertragstypen würde die verfassungsrechtlich motivierte Frage nach den Grenzen der Rechtsfortbildung auf.²⁷ Nicht jede unter wirtschaftlichem oder sonstigem Druck abgegebene Erklärung kann nicht endgültig bindend sein.²⁸ Dagegen steht wieder die zunehmende Komplexität der Sachverhalte in vielen Bereichen, die eine Überlegungsfrist zum sorgfältigen Abwägen der mit einer bestimmten Erklärung verbundenen Vor- und Nachteile sowie eine Möglichkeit, qualifizierten, sachkundigen Rat einzuholen, durchaus sinnvoll erscheinen läßt.²⁹ Darauf ließe sich das Postulat nach einem allgemeinen Typenwiderruf zumindest für komplizierte, sich langfristig und besonders belastend auswirkende Vertragserklärungen stützen.³⁰ Neu entwickelte, gesetzlich nicht normierte Beseitigungsrechte werden zudem durchaus benutzt, um in Spezialfragen dogmatische Konzepte oder gewollte Lösungen zu begründen.³¹ Noch nah am „klassischen“ Gesetzesrecht gibt sich dabei eine analoge Anwendung von Normen des Anfechtungsrechts, namentlich des § 123 BGB.³² Schließlich steht die Forderung im Raum, den fremdveranlaßten Willensbildungsmangel und den Motivirrtum insbesondere unter Berücksichtigung der Frage, welche Risiken die Parteien von Verträgen tragen müssen, neu zu regeln.³³ Im wett-

²⁴ ArbG Wetzlar 29.8.1995, NZA-RR 1996, 84 f. Vgl. auch *Canaris*, AcP 184 (1984), 201, 233 f.; *Kohte*, AcP 185 (1985), 105, 138: Widerrufsrecht für rechtfertigende Einwilligung und vertragliche Zustimmung zu Eingriffen in die körperliche Unversehrtheit aus Einwirkung der Grundrechte (konkret Artt. 2 I; 1 GG) in das Privatrecht.

²⁵ Vgl. *Baldus/Rainer Becker*, FuR 1997, 179, 183.

²⁶ Vgl. *Käppler*, ZfA 1995, 271, 296.

²⁷ *Derleder*, KritJ 1995, 320, 334; *Barnert* (Fn. 18), 199 sowie *Wank*, EzA § 611 BGB Aufhebungsvertrag Nr. 21 S. 5, 8 (Juni 1997) unter Hinweis auf *Wank*, ZGR 1988, 314, 322.

²⁸ Siehe nur RAG 20.12.1930, ARS 11 RAG 589, 590 m. Anm. *Nipperdey*; *Krönig*, JW 1930, 2728, 2729.

²⁹ *Wank*, EzA § 611 BGB Aufhebungsvertrag Nr. 21 S. 5, 6 (Juni 1997).

³⁰ Vgl. *Kalss/Lurjer*, JBl 1998, 153, 156 f.; *diess.*, JBl 1998, 219, 231.

³¹ Hier seien nur einige Beispiele genannt:

Nieder, GRUR 1977, 487: Patentanmelder soll Rücknahme seiner Patentanmeldung widerrufen können.

Marotzke, Gegenseitige Verträge im neuen Insolvenzrecht² (1998) Rn. 4.56 f., 4.75, 4.135 f., 4.169, 4.174, 4.176; *Heidelberger Kommentar zur InsO²(-Marotzke)*, (2001) § 103 InsO Rn. 51: Insolvenzverwalter soll sein auf § 103 I InsO gestütztes Erfüllungsverlangen unter Umständen widerrufen können.

Hösch, GewArch 1999, 135, 139 f.: an vertragsabschlußbezogenen Informations- und Aufklärungspflichten orientiertes „Rücktrittsrecht“ für Anleger auf dem grauen Kapitalmarkt.

Fricke, VersR 1999, 521-524: Widerruf des Widerspruchs nach § 5 a VVG.

Gernhuber, FS Dieter Medicus (1999), 145, 154: Widerruf einer ernsthaften und endgültigen Erfüllungsverweigerung, sofern diese als Erklärung zu werten ist.

³² Dafür *Rolf Sack*, Unlauterer Wettbewerb und Folgeverträge (1974) 16-22; *ders.*, WRP 1974, 445, 453 f.; *Münchener Kommentar zum BGB(-Ernst A. Kramer)*, I: §§ 1-240 BGB; AGBG⁴ (2001) § 123 BGB Rn. 46.

³³ *Hans-Jürgen Ahrens*, WRP 1978, 677, 685 f.

bewerbsrechtlichen Zusammenhang wird irreführende Werbung im Sinne des § 3 UWG zunehmend zur materiellen Grundlage von Vorschlägen für Beseitigungsrechte irreführender Kunden de lege ferenda gemacht.³⁴ Insgesamt gilt es, die skizzierte Verschiebung weg von einem strikt verstandenen Festhalten am einmal gegebenen Wort und das Eindringen sozialer Schutzerwägungen in den Gesamtkontext des Rechts der Willenserklärungen einzuordnen und das heutige Gewicht, die heutige Bedeutung insbesondere des Grundsatzes „pacta sunt servanda“ zu bewerten.

Das Thema beschränkt sich nicht auf die Formen der Abstandnahme von Verträgen,³⁵ obwohl dort sein wirtschaftlicher Schwerpunkt liegt. Vielmehr geht es um einen Ansatz nicht beim Vertragsprogramm als solchem, sondern bei der Willenserklärung. Denn das Vertragsprogramm kann bei entsprechender Nichterfüllung von Obligationen ebenfalls die Möglichkeit zur Abstandnahme vom Vertrag eröffnen. Der Ansatz bei der vertragsbegründenden Willenserklärung und ihren Wirkungen liegt demgegenüber auf einer vorgelagerten Stufe. Das Reurecht muß einer Freiheit des Erklärenden zur Aufhebung der Folgen seiner vorangegangenen Erklärung entspringen. Das Reurecht ist gleichsam *actus contrarius* zur vorangegangenen Erklärung.

IV. Weitere Anliegen der Bearbeitung

Bei der Behandlung dieser Fragen sind scheinbare Sonderentwicklungen auf einigen Gebieten wieder in das allgemeine Zivilrecht zurückzuführen. In besonderem Maße gilt dies für das Arbeitsrecht. Als Beispiel sei hier nur das sogenannte Fragerecht des Arbeitgebers genannt.³⁶ Daß dieses Fragerecht keine isolierte Besonderheit des Arbeitsrechts ist, sondern nur arbeitsrechtliche Ausprägung einer für das gesamte Zivilrecht gültigen Erscheinung, zeigt schon die bisher kaum je gesehene Parallele zum Versicherungsvertragsrecht. Zugleich ist der Schatz zu heben, welchen die intensive Diskussion über die Dogmatik des Erklärungsrechts im ersten Drittel dieses Jahrhunderts angehäuft hat. Viel häufiger, als man es sich heute gemeinhin bewußt macht, sind bereits damals entscheidende Weichenstellungen erfolgt. Heute allgemein anerkannte und nicht mehr hinterfragte Sätze stammen sogar zumeist aus der frühen Judikatur zum BGB, die vor der Aufgabe stand, mit einem neuen und noch unerprobten Recht umzugehen und dafür passende Maßstäbe zu entwickeln. Insoweit gehört manches vom angelernten Wissen jedes im Zivilrecht ausgebildeten Juristen auf den Prüfstand. Einiges an damals bereits vorhandener Erkenntnis ist andererseits heute wieder verlorengegangen. In beiderlei Hinsicht, also in der kritischen wie in der wieder gewinnenden Auseinandersetzung, muß sich das Gesetzesrecht des BGB vor dem Hintergrund der beginnenden Informationsgesellschaft beweisen. Soweit angebracht, findet daneben einzelpunktbezogene Rechtsvergleichung statt.

In methodischer Hinsicht wird schließlich der Versuch unternommen, das Recht der Willenserklärungen auch danach zu befragen, welche Anreize einzelne rechtliche Gestaltungen oder deren denkbare Alternativen den Beteiligten vermitteln und inwieweit dies unter Transaktionskostenaspekten dem Effizienzideal entspricht (oder möglichst nahe-

³⁴ Z.B. *Dürschmidt*, Werbung und Verbrauchergarantien (1997) 225-232, 247 (besprochen von *Manowski*, WRP 1999, 241); *Ralph Berens*, Fremdbestimmung des Konsumenten bei der Vertragsanbahnung insbesondere durch Irreführung (1998) 342-360.

³⁵ Vgl. *Medicus*, JuS 1988, 1; *Schwenzer*, JA 1989, 473 und 505.

³⁶ Siehe § 15 IV.

kommt).³⁷ Daß die ökonomische Analyse des Rechts für das geltende Recht wertvolle Hilfestellungen zu geben vermag, dürfte inzwischen Allgemeingut sein. Dies gilt es, für das Recht der Willenserklärungen zu belegen, das bisher zumindest in Deutschland kaum in das Blickfeld der ökonomischen Analyse geraten ist.³⁸ Wie sinnvoll dies sein kann, sei wiederum an Beispielen vorab angedeutet: Rationalisierungsmöglichkeiten für die Unternehmer als repeat players prägen das Informations- und Widerrufsmodell der modernen Verbraucherschutzgesetze,³⁹ und dem sekundären Kompensationsschutz für den Erklärungsadressaten nach § 122 BGB wohnt eine beachtliche Steuerungsfunktion für die Anfechtungsbereitschaft des Erklärenden inne.⁴⁰

V. Gang der Bearbeitung

Den Gegenstand der Arbeit bildet die Beseitigung von Erklärungswirkungen. Abgrenzend sind daher zunächst das Beseitigungsobjekt und die Besonderheiten der Beseitigungsrechte im Vergleich insbesondere zu Rücktrittsrechten klarzustellen (§§ 2; 3). Danach wird das Ausgangsmaterial gesichtet, welche Beseitigungsrechte das deutsche Zivilrecht kennt (Teil II). Bei umstrittenen oder in ihrer ratio nicht unmittelbar einleuchtenden Beseitigungsrechten stellt sich dort die Frage, ob solche Beseitigungsrechte überhaupt bestehen. Für die festgestellten Beseitigungsrechte sind die materiellen Voraussetzungen der jeweiligen Beseitigungsberechtigungen zu systematisieren (Teil III). Dem folgt der Blick auf die Struktur der Ausübung von Beseitigungsrechten (Teil IV). Ausnahmsweise besteht schon primärer Schutz durch Bestandsschutz, obwohl grundsätzlich ein Beseitigungsrecht gegeben wäre (Teil V). Ein grundsätzlich berechtigtes Beseitigungsverlangen kann Sekundärschutz des Erklärungsadressaten durch eine Kompensationspflicht des Erklärenden nach sich ziehen (Teil VI). Den Anforderungen an die Ausübung bestehender Beseitigungsrechte nach Form, Adressierung und Inhalt gilt sodann das Interesse (Teil VII). Die zu Recht ausgeübte Beseitigungsbefugnis zieht – neben einer eventuellen Kompensationspflicht – weitere Folgen nach sich (Teil VIII). Ein Kapitel für sich sind die möglichen Drittbeziehungen von Beseitigungsrechten. Hier ergibt sich ein weites Panorama ganz unterschiedlicher Phänomene. Denn Drittbeziehungen können sowohl tatbestandlicher Natur sein, indem dem Erklärungsadressaten das Verhalten eines Dritten zugerechnet wird oder ein Beseitigungsrecht überhaupt nur wegen eines spezifischen Drittbezuges besteht. Der Drittbezug kann sich bei den reinen Drittbeseitigungsrechten aber auch aus dem Beseitigungsobjekt Erklärung eines Dritten ergeben oder die Beseitigungsbefugnis betreffen (Teil IX). Das Verhältnis zwischen Beseitigungsrechten und Privatautonomie hat eine negative wie eine positive Komponente; es geht sowohl um die privatautonome Einschränkung oder den privatautonomen Ausschluß als auch um die privatautonome Begründung oder Erweiterung von Beseitigungsrechten (Teil X). Mehrere Beseitigungsrechte können miteinander konkurrieren (Teil XI). Die Revokabilität von Beseitigungserklärungen bildet den Abschluß (Teil XII).

³⁷ Siehe zum Effizienzziel und dessen normativer Verankerung eingehend *Eidenmüller*, Effizienz als Rechtsprinzip² (1998) 169-317.

³⁸ Die weltweit wichtigste Ausnahme ist *De Geest*, Economische analyse van het contracten- en quasi-contractenrecht (Antwerpen/Apeldoorn 1994).

³⁹ Siehe § 14 IV.

⁴⁰ Siehe § 24 II 2 c.

§ 2 Erklärungstatbestand oder Erklärungswirkungen als Ansatzpunkt und Gegenstand der Beseitigung?

I. Erklärungstatbestand als auch faktisches Geschehen

Eine Willenserklärung ist nicht nur ein Rechtskonstrukt. Sie ist zuvörderst eine Erklärung und hat damit ein faktisches Substrat. Sie ist eine auf die sinnliche Wahrnehmung durch andere gerichtete Kundgabe eines Willens,¹ damit ein Sprachakt² und ein Akt der sozialen Kommunikation,³ welcher Sinnfälligkeit, intersubjektive Wahrnehmbarkeit durch andere und daher eine Entäußerung aus dem forum internum des Erklärenden voraussetzt.⁴ Zwar legt erst das Recht ihr Wirkungen bei. Dies betrifft aber ausschließlich die Rechtsfolgen-
seite. Auf der Tatbestandsseite setzt das Recht gerade die faktische Äußerung voraus. Die Willenserklärung hat die Äußerung als reale Handlung zum objektiven Tatbestandsmerkmal.⁵ Daran ändert auch nichts, daß die Rechtsfolge auf die Bedeutung abstellt, welche dem realen Geschehen der Äußerung zukommt, also auf den mit der Äußerung kommunizierten Sinn rekurriert.⁶ Die Erklärung bedarf in jedem Fall eines Erklärungsträgers. Dieser Erklärungsträger muß keine Verkörperung sein. Verlangt sind aber zumindest eine Entäußerung aus dem forum internum, aus der eigenen Sphäre des Erklärenden und die Möglichkeit, daß andere Personen als der Erklärende selbst die Äußerung wahrnehmen können. Etwas, das zum einen der Zuschreibung eines Inhalts und zum anderen der Zuordnung zu einer erklärenden Person fähig ist, muß in die Außenwelt gelangen. Denn die Rechtsordnung kann wegen des überragend wichtigen Grundsatzes der Rechtssicherheit Rechtsfolgen nur an Geschehnisse anknüpfen, die intersubjektiv erkennbar und (potentiell) nachweisbar sind.⁷

II. Irrevokabilität von Fakten als solchen

1. Trennung zwischen Erklärungsträger und Erklärungswirkungen

a) Grundsätzliches

Fakten sind reale Ergebnisse von Geschehnissen. Sie lassen sich im Tatsächlichen nicht mehr als nie geschehen aus der Welt schaffen. Die Vergangenheit kann zwar insofern korrigiert werden, als ihre Ergebnisse, ihre Rechtswirkungen, beseitigt werden, sie kann aber

¹ Siehe nur *Ernst Wolf*, Allgemeiner Teil des bürgerlichen Rechts³ (1982) 299 (§ 7 B a 1, 2); *Eisenhardt*, Allgemeiner Teil des BGB⁴ (1997) Rn. 48; *Brox*, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Gesetzbuchs²⁶ (2002) Rn. 86 mit 81.

² *Jahr*, JuS 1989, 249, 250.

³ *Larenz*, Allgemeiner Teil des deutschen Bürgerlichen Rechts⁷ (1989) 335 (§ 19 I).

⁴ Siehe *Brehmer*, Wille und Erklärung (1992) 92.

⁵ Siehe nur *Schlossmann*, FG Albert Hänel (1907), 1, 15, 17; *Planck(-Flad)*, BGB I: §§ 1-240 BGB⁴ (1913) Vor § 116 BGB Anm. 2 a; *Flume*, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts II: Das Rechtsgeschäft³ (1979) 47 (§ 4, 3); *Soergel(-Wolfgang Hefermehl)*, BGB II: §§ 104-240 BGB¹³ (1999) Vor § 116 Rn. 15; *Larenz* (Fn. 3), 333 (§ 19 I); *Marco v. Münchhausen/Bauchhenss*, BGB Allgemeiner Teil I (1996) § 13 Rn. 1; *Heinz Hübner*, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Gesetzbuchs² (1996) Rn. 663; *Rüthers/Astrid Stadler*, Allgemeiner Teil des BGB¹² (2002) § 17 Rn. 3; *Helmut Köhler*, BGB Allgemeiner Teil²⁶ (2002) § 13 Rn. 1.

⁶ Vgl. *Jahr*, JuS 1989, 249, 250.

⁷ Siehe nur *Siebenhaar*, AcP 162 (1963), 354, 371.

nicht ungeschehen gemacht werden.⁸ Quod semel factum est, infectum fieri non potest.⁹ Der Tatbestand der Erklärung ist verwirklicht und abgeschlossen. In ihn ist ein ex tunc wie ex nunc wirkender Eingriff nicht mehr möglich.¹⁰ Die Motive zu § 119 BGB differenzieren (im Anschluß an § 108 E I) ebenso fein wie zutreffend:¹¹ Die angefochtene Erklärung und das auf dieser aufbauende Rechtsgeschäft werden *hinsichtlich der gewollten Wirkungen* so angesehen, als ob sie nicht vorgenommen worden wären.¹² Beseitigt wird eben nur die Regelung, die in der Erklärung liegt.¹³ Fakten vermag die Rechtsordnung nicht auszulöschen, weil diese der Rechtswelt gleichsam vorgegeben sind. Dagegen kann die Rechtsordnung die ihr selbst entwachsenden Rechtsfolgen, die an Fakten anknüpfen, neu bewerten, umgestalten oder ganz aufheben.¹⁴ Besonders deutlich ist dies bei mündlichen, d.h. nicht fixierten und nur aus dem Moment erwachsenden Erklärungen, die sich als solche später nicht mehr reproduzieren (d.h. im Original vorweisen) lassen. Auch bei verkörperten Erklärungen macht kein rechtlicher Eingriff die Vergangenheit ungeschehen. Dort existiert der verkörpernde Erklärungsträger, z.B. das entsprechende Schriftstück. Keine rechtliche Handlung schafft als solche dieses Schriftstück aus der Welt. Man mag es verbrennen, durch einen Reißwolf unkenntlich machen oder durch eine sonstige tatsächliche Handlung vernichten. Dies beruht dann aber auf einem weiteren faktischen Handlungsablauf, nicht auf einer gerade auf die Erklärungswirkungen hinzielenden Rechtshandlung. Zudem beseitigt die faktische Vernichtung des Erklärungsträgers nicht die Rechtswirkungen der Erklärung. Keine Rechtsregel zwingt, dem Untergang des Erklärungsträgers eine Rechtsfolge mit Bezug auf die Willenserklärung zuzuordnen.¹⁵ Es stellt sich vielmehr nur ein Beweisproblem für denjenigen, welcher für sich günstige Folgen aus der Erklärung ableiten will oder allgemeiner: welcher sich auf die Erklärung beruft.¹⁶ Er muß beweisen, daß der Erklärungsträger jemals existiert hat. Dieser Beweis bewegt sich allein auf der Ebene der Fakten und betrifft nur den Erklärungsträger, nicht die Erklärungswirkungen. Der einmal beweisbar existent gewesene Erklärungsträger kann als Grundlage der Erklärung Erklärungswirkungen tragen, obwohl er in der Zwischenzeit vernichtet worden sein mag. Dies dokumentiert die Trennung zwischen Erklärungsträger und Erklärungswirkungen.

b) Testamentswiderruf nach § 2255 BGB als Beispiel

Ein hervorragendes Beispiel bietet eine Konstruktion, die bei flüchtiger Betrachtung im Gegenteil eine Erschütterung des eben Gesagten darzustellen scheint: der Widerruf eines

⁸ Siehe nur *Ernst E. Hirsch*, FS Hans Carl Nipperdey (1965), I 351, 355.

⁹ Gai. Aug. 111, 112.

¹⁰ *Henle*, FS Ernst Zitelmann (1913), I, 38; v. *Tuhr*, Der Allgemeine Teil des Deutschen Bürgerlichen Rechts II/1 (1914) 300 (§ 57 I); *Pagenstecher*, RheinZ 10 (1919/20), 20, 42; *Rainer-Matthias Wilhelm*, Anfechtung und Reurecht (Diss. Tübingen 1990) 109 f.; *Lobinger*, AcP 195 (1995), 274, 278; auch *Alfred Hueck*, AP 1954 Nr. 85 S. 295, 296.

¹¹ Mot. I 219.

¹² Hervorhebung hinzugefügt.

¹³ Siehe nur v. *Lübtow*, NJW 1968, 1849, 1850.

¹⁴ *Ernst E. Hirsch*, FS Hans Carl Nipperdey (1965), I 351, 355.

¹⁵ *Jahr*, JuS 1989, 249, 250.

¹⁶ Zur Beweislastverteilung siehe insoweit nur *Rosenberg*, AcP 94 (1903), I, 25; *dens.*, Die Beweislast⁵ (1965) 252 f.; *Planck⁴(-Flad)* (Fn. 5), Vor § 116 BGB Anm. 7; *Gerhard Reinecke*, Die Beweislastverteilung im Bürgerlichen Recht und im Arbeitsrecht als rechtspolitische Regelungsaufgabe (1976) 32, 41; *Baumgärtel(-Laumen)*, Handbuch der Beweislast im Privatrecht I² (1991) Vor §§ 116 ff. BGB Rn. 1, § 145 BGB Rn. 1, 3; vgl. auch BGH 21.1.1954, LM § 416 ZPO Nr. 1.

Testaments durch Einwirken auf die Testamentsurkunde nach § 2255 BGB. Denn nicht die tatsächliche Vernichtung des Erklärungsträgers nimmt dem Testament seine Wirkungen. Vielmehr kann auch ein vernichtetes oder körperlich nicht auffindbares Testament Wirkungen haben.¹⁷ Die rechtlichen Folgen der Vernichtung bewirkt erst die zusätzliche rechtliche Wertung, daß ein Widerruf gewollt war. Die tatsächliche Vernichtung ist dafür nur eines von zwei notwendigen Tatbestandsmerkmalen und eben für sich allein nicht ausreichend.¹⁸ Hinzu tritt als notwendiges subjektives Tatbestandsmerkmal, daß der Erblasser mit jener tatsächlichen Vernichtung einen Widerruf bezweckt hat.¹⁹ Die Vernichtung ist dann äußerer Ausdruck des Widerrufs. Damit ist sie ihrerseits Erklärungsträger einer Willenserklärung, denn der Widerruf ist materiell eine letztwillige Verfügung²⁰ und daher eine rechtsgeschäftliche Handlung und Willenserklärung.²¹ Dementsprechend sind seine Wirkungen selbst taugliche Objekte einer Beseitigung insbesondere durch Anfechtung nach §§ 2078; 2079 BGB.²² Dagegen macht die Vernichtung des Testaments ohne den (erweislichen) Willen des Erblassers oder die versehentliche Vernichtung das Testament eben nicht wirkungslos,²³ weil es an einer beseitigenden Willenserklärung des Erblassers fehlt. Vielmehr ist dann der Beweis notwendig und zulässig, daß der Erblasser das vernichtete Testament formgültig errichtet hatte; die Beweislast dafür trägt derjenige, der Rechte aus diesem Testament herleitet.²⁴ Daß ein Testament, dessen frühere Existenz bewiesen ist, nicht mehr

¹⁷ Siehe nur BayOblLG 15.1.1998, NJWE-FER 1998, 109.

¹⁸ Siehe nur *Klaus Hohmann*, ZEV 1996, 271.

¹⁹ RG 24.6.1909, RGZ 71, 293, 300; 11.7.1925, RGZ 111, 261, 265; BGH 16.9.1959, NJW 1959, 2113, 2114; BayOblLG 26.2.1985, FamRZ 1985, 839, 840; OLG Colmar 21.6.1916, OLGE 34 (1917), 315, 316; KG 6.1.1995, ZEV 1995, 107 mwN; OLG Hamm 11.9.2001, NJW-RR 2002, 222, 223; *Soergel(-Harder)*, BGB IX: §§ 1922-2385 BGB; *BeurkG*¹² (1992) § 2255 BGB Rn. 2; Münchener Kommentar zum BGB(-*Burkart*), IX: §§ 1922-2385 BGB; §§ 27-35 *BeurkG*³ (1997) § 2255 BGB Rn. 3; *Heinrich Lange/Kuchinke*, Lehrbuch des Erbrechts³ (2001) 412 (§ 23 II 2 c); *Hellfeier*, ZEV 2003, 1, 2.

²⁰ Mot. V 47; RG 21.3.1921, RGZ 102, 69, 70; KG 26.6.1911, KGJ 41 (1912) A 94, 97; OLG Freiburg 17.1.1951, RPflegler 1952 Sp. 340, 341; *Rudolf Schmidt*, MDR 1951, 321, 323; v. *Lübtow*, Erbrecht Hb. 1 (1971) 236 (§ 4 II); RGRK(-*Kregel*), BGB V/2: §§ 2147-2385 BGB¹² (1975) § 2255 BGB Rn. 3 (Dez. 1974); *Dittmann/Reimann/Bengel(-Bengel)*, Testament und Erbvertrag² (1986) § 2255 BGB Rn. 4; AK(BGB)(-*Finger*), §§ 1922-2385 BGB (1990) § 2255 BGB Rn. 1; *Schlüter*, Erbrecht¹⁴ (2000) Rn. 186; MünchKomm³(-*Burkart*) (Fn. 19), § 2255 BGB Rn. 2.

Anderer Ansicht *Maenner*, LZ 1925 Sp. 505, 510.

²¹ BGH 10.5.1951, JZ 1951, 591 m. zust. Anm. *Coing* (dazu *Rudolf Schmidt*, JZ 1951, 745); OLG Freiburg 17.1.1951, RPflegler 1952 Sp. 340, 341; *Rudolf Schmidt*, MDR 1951, 321 f.; v. *Lübtow* (Fn. 20), 236 (§ 4 II); *Dittmann/Reimann/Bengel(-Bengel)* (Fn. 20), § 2255 BGB Rn. 2; *Kipp/Coing*, Erbrecht¹⁴ (1990) 210 (§ 31 II 2); *Staudinger(-Wolfgang Baumann)*, BGB, §§ 2197-2264 BGB¹³ (1996) § 2255 BGB Rn. 3; *Erman(-Michael Schmidt)*, BGB II: §§ 854-2385 BGB usw.¹⁰ (2000) § 2255 BGB Rn. 1; *Heinrich Lange/Kuchinke* (Fn. 19), 412 f. (§ 23 II 2 d); *Leipold*, Erbrecht¹⁴ (2002) Rn. 252.

²² RG 21.3.1921, RGZ 102, 69, 70; KG 12.12.1969, NJW 1970, 612, 614; *Klaus Hohmann*, ZEV 1997, 271, 272.

²³ Siehe nur RG 9.5.1912, JW 1912, 798, 799; BGH 10.5.1951, JZ 1951, 591 m. Anm. *Coing*; BayOblLG 15.5.1990, FamRZ 1990, 1162, 1163; 28.1.1992, NJW-RR 1992, 653, 654 (dazu *Petra Pohlmann*, RPflegler 1992, 484); KG 7.4.1938, JW 1938, 1601; 6.1.1995, ZEV 1995, 107; LandwirtschaftsG Neumünster 13.12.1965, SchlHA 1966, 83 f.; RGRK¹²(-*Kregel*) (Fn. 20), § 2255 BGB Rn. 4; *Soergel*¹²(-*Harder*) (Fn. 19), § 2255 BGB Rn. 2; *Ebenroth*, Erbrecht (1992) Rn. 211; *Staudinger*¹³(-*Wolfgang Baumann*) (Fn. 21), § 2255 BGB Rn. 31; MünchKomm³(-*Burkart*) (Fn. 19), § 2255 BGB Rn. 3; *Brox*, Erbrecht¹⁷ (1998) Rn. 410; Handkommentar zum BGB(-*Hoeren*),² (2002) § 2255 BGB Rn. 5.

²⁴ Siehe nur BayOblLG 26.2.1985, FamRZ 1985, 839, 840; 15.5.1990, FamRZ 1990, 1162, 1163; 28.1.1992, NJW-RR 1992, 653, 654; 21.7.1992, NJW-RR 1992, 1358; OLG Frankfurt a.M. 20.12.1977,

Stichwortverzeichnis

- Abänderungserklärung 717
- Abänderungsvertrag 1006
- Abbedingung von Beseitigungsrechten 1042 ff.
- Abbedingung von Kompensationspflichten 1026 f., 1034 f.
- Abfindung 621 f.
- Abfindungsschutz 440
- Abgabe der Erklärung 740-742
- Abhängigkeit, existenzielle 1133
- Abholen der Ware 887
- Absatzgespräch 231-234
- Abschluß einer Erklärung 626
- Abschlußführerschaft 955 f.
- Abschlußgebühren 606
- Abschlußkontrolle 1148-1150
- Abschlußmakler 569 f.
- Abschlußzwang 739
- Abschreckungseffekt 1148
- Abschrift 794
- Abspeichern 781
- Abstrakte Erklärungen 214 ff.
- Abstraktes Schuldanerkenntnis 214 f.
- Abstraktes Schuldversprechen 1013 f.
- Abstrakte Typisierung 253 f., 267 f., 1135-1137
- Abtretung siehe Zession
- Abtretungsanzeige 589 f.
- Abwicklungsvertrag 180 f., 645, 833 f.
- Abzugsposten 940 f.
- actus contrarius-Doktrin 646 ff.
- Adoptionsrecht 153-155, 489-492, 642
- Adressat der Widerrufserklärung 656 ff., 760 f.
- Änderung der Widerrufsadresse 664 f.
- Änderungskündigung 1028
- Ängstlichkeit 351 f.
- Aequivalenz 203 f.
- Affektionsinteresse 551
- AGB 535, 736 f., 768, 950, 1013 ff., 1029 ff., 1045 ff., 1130
- AGB Banken 1013 ff.
- AGB Sparkassen 1013 ff.
- agency-Theorie 957
- Aktiengesellschaft 132 ff., 914
- Aktienrecht 132 ff.
- Aktiv/Aktiv-Methode 615, 618 f.
- Aktive Täuschung 307 f.
- Aktivitätsniveau 380 f., 1134
- Aktiv/Passiv-Methode 615, 617 f.
- Akzessorietät 282-284, 452 ff., 647
- Aleatorisches Geschäft 609
- Alertisierung 773
- aliud-Lieferung 890 f.
- Alles-oder-Nichts-Prinzip 1092
- Allgemeine Geschäftsbedingungen 535, 736 f., 768, 950, 1013 ff., 1029 ff., 1045 ff., 1130
- Allgemeines Persönlichkeitsrecht 334 f.
- Allgemeininteressen 846 f., 916 f.
- Allmendegüter 319
- Allokation
 - des Erklärungsrisikos für Beseitigungserklärung 688
 - von Verantwortlichkeit 413 f.
- Allokationseffizienz 223, 310, 1139
- Alternative 1162
- Alternativität, tatbestandliche 1074 ff.
- Altkunden 612
- Amortisationsrisiko 318
- Amtsempfangsbedürftige Erklärungen 585
- Analphabet 391
- Analogie
 - zu § 109 BGB 142 ff.
 - zu § 121 BGB 189
 - zu § 122 BGB 541, 580-582, 582 f., 1163
 - zu § 123 BGB 209 f., 1160
 - zu § 123 II BGB 966
 - zu § 124 BGB 188 f.
 - zu § 124 III BGB 862
 - zu § 144 BGB 864
 - zu § 178 BGB 132 ff., 141 f.
 - zu § 180 BGB 141 f.
 - zu § 203 BGB 814 f.
 - zu §§ 204-213 BGB 808 ff.
 - zu § 218 I BGB 861
 - zu § 254 BGB 559
 - zu § 278 BGB 973
 - zu §§ 312 ff. BGB 274 f., 287 ff., 1151 ff., 1165 f.
 - zu § 312 d BGB 280 f., 1166
 - zu § 318 II BGB 984
 - zu §§ 350; 455 S. 1 BGB 863 f.
 - zu § 357 BGB 904 f.
 - zu §§ 404; 406; 407 BGB 995
 - zu §§ 481 ff. BGB 292 ff.
 - zu § 490 II BGB 614
 - zu § 495 BGB 1155 ff.
 - zu § 505 BGB 276-280
 - zu § 658 I BGB 647 f.

- zu § 669 BGB 887 f.
- zu § 1830 BGB 125 f., 132 ff.
- zu § 1956 BGB 849 f.
- zu §§ 1; 2 HWiG aF 274 f., 1166, 1167
- zu § 4 KSchG 831-834
- zu § 13 a UWG 1159 f., 1167 f.
- zu § 7 II Hs. 2 VerbrKrG 859 f.
- zu §§ 8 IV; 5 a VVG 1167
- Aneignungsgestattung 77 f., 111 f.
- Anerkenntnis 214 ff., 477 f., 812
- Anerkenntniserklärung 477 f.
- Anerkenntnisurteil 477 f.
- Anfechtbarkeit 30, 452 ff., 546 f.
 - nach § 315 BGB 25
 - Verstreichenlassen einer Frist 849-851
- Anfechtung 25 ff., 345 f., 583 ff.
 - Abtretungsanzeige 589 f.
 - Abtretungserklärung 589 f.
 - Aufhebungsvertragserklärung 831-834
 - Ausschlagung 638
 - Beseitigungserklärung 1104
 - „dingliche Wirkung“ 25
 - Eindeutigkeit 714 f.
 - Erbschaftsannahme 584 f., 638
 - Folgen 876 ff.
 - Innenvollmacht 591 ff.
 - Konkurrenzen 1074 ff.
 - und arbeitsrechtliche Schutzregimes 19 f.
- Anfechtungsobjekt 13
- Anfechtungsrecht, vertragliches 1019
- Anfechtungsrisiko 470
- Angabethema 307 f.
- Angaben ins Blaue hinein 341
- Angebot
 - Aufhebungsvertrag 692, 719
 - festes 84 f.
 - fortbestehendes 873
 - freibleibendes 158 ff.
 - Neuvernahme 1115 f.
 - ohne Obligo 160 f.
 - Widerruf 98 f.
- Angehörige 969 f.
- Angenommene Anweisung 451 f.
- Anhörung des Betriebsrats 19
- Ankündigung 689-691
- Anlagevermögen 917
- Anlaufhemmung 746 f., 794 f., 796 ff.
- Anleihe 617
- Anlockwirkung 770
- Anmeldung 922 f.
- Annahme 97 f.
- Annahme einer Anweisung 451 f.
- Annahmeverzug 941
- Anscheinsvollmacht 471 f.
- Ansehen der Rechtspflege 476 f.
- Anspruch auf Erklärungsabgabe 725-728
- Anspruch auf Vertragsaufhebung 183 ff.
- Anspruchsgeltendmachung unter Vorbehalt 1098
- Anspruchskette 592 f.
- Anspruchskonkurrenz 907 f.
- Antizipierendes Beseitigungsrecht 89
- Antizipierte Einigungserklärung 104 ff.
- Antwortverweigerung 328, 331
- Anwalt 465 f., 568 f.
- Anwaltsschriftsatz 638
- Anwartschaftsrecht 590
- Anweisung 77, 451 f., 1045
- Anzahlungsverbot 49
- Apathie 1140, 1150
- „April-April-Syndrom“ 3 f.
- Arbeitgeber 258-262
 - Betriebliche Übung 526-529
 - Drohung mit Kündigung 375-378
 - Fragerecht 335-337
 - Personalgespräch 1161
 - verständiger ~ 376 f.
- Arbeitgeberdarlehen 260 f.
- Arbeitnehmer
 - Aufhebungsvertrag unter Druck 375-378
 - Begriff 249 ff.
 - Betriebliche Übung 526-529
 - Einstellungswürdigkeit 841
 - Personalgespräch 1161
 - Fehlerhaftes Arbeitsverhältnis 929 ff.
 - Verbrauchereigenschaft 258-262
- Arbeitnehmerschutz 937 ff.
- Arbeitsbedingungen 717
- Arbeitseinkommen 936
- Arbeitsgerichtsprozeß 937
- Arbeitsplatz 227 f.
- Arbeitsrechtliche Fristen 819
- Arbeitsrechtlicher Abwicklungsvertrag 180 f., 645, 833 f.
- Arbeitsrechtlicher Aufhebungsvertrag 3 f., 176 ff., 621 f., 644 f., 831-834
- Arbeitsschutzrecht 937 f.
- Arbeitssicherheitsrecht 937 f.
- Arbeitssteiligkeit 953 ff.
- Arbeitsvertragliche Sonderleistung 1028 f.
- Arbeitszeugnis 166-168
- Arglist 339 ff., 813
- Arglisteinrede 713
- Arglistige Täuschung 121 f., 303 ff.
- Aufbewahren von Beweismitteln 696
- Aufdrängungsverbot 428
- Auffangtatbestand 1152
- Aufforderung zur Genehmigung 116 f., 127
- Aufhebung einer Adoption 489-492
- Aufhebung eines Formerfordernisses 653 f.
- Aufhebungsentgelt 610 ff.

- Aufhebungsvertrag 3 f., 176 ff., 375-378, 610 ff., 644 f., 648-650, 652 f., 719, 831-834, 950 f.
- Aufklärungspflicht 122, 185 f., 309 ff., 440
- Aufklärungsrichtiges Verhalten 210 f.
- Auflösende Bedingung 52, 158, 159, 179, 465 f., 828 f., 980, 1006 f., 1010-1013, 1021, 1026, 1097 f.
- Aufmerksamkeitseffekt 771 f.
 - siehe auch Warnfunktion
- Aufrechnung 1015, 1018
- Aufschiebende Bedingung 465 f., 711, 1006 f., 1020, 1026
- Aufsichtsrecht 856
- Auftrag 173 f.
- Aufwandsersatzung 910
- Aufwertungsrecht 483
- Ausdrucken 781
- Ausfertigung 640 f.
- Ausgründung 956
- Auslandsinvestmentrecht 63-65, 234 f., 770 f., 908-910, 1075 f., 1082
- Auslegung
 - contra proferentem 1031
 - ergänzende 863
 - kundenfreundlichste 1053
 - verwenderunfreundlichste 1031
- Auslobung 68 f., 417 f., 609, 1059
- Auslobungswiderruf 417 f.
- Ausnutzen
 - eines Autoritätsgefälles 1161, 1167
 - eines Irrtums 122
- Auspacken 899
- Ausschlagung einer Erbschaft 638
- Ausschlußfrist 188 f., 734 f., 808 ff.
 - gemischte 813 f.
 - objektive 813
 - subjektive 813
- Ausschlußgrund 18 f., 494 ff.
- Ausschlußvereinbarung 1036 ff.
- Ausschreibung 585 f.
- Außenvollmacht 594
- Ausübungshemmende Abrede 811 f.
- Ausübungskontrolle 1027 f.
- Ausübungszwang 845
- Auswahl des Adressaten 660 ff.
- Authentische Interpretation 687
- Automobil 895, 897
- Autonomie des Erklärenden 1120 f.
 - siehe auch materielle Privatautonomie
- Autoritätsgefälle 1161, 1167
- Avalkredit 294 f.
- back-to-back-Situation 1048 f.
- Bagatellgeschäfte 516 f.
- Bankbürgschaft 294 f.
- Bankschuldverschreibung 618
- Bargeschäft 497, 498 f.
- Bauträgervertrag 1142
- Bearbeitungsgebühr 606, 620 f.
- Bedenkzeit 78, 278, 739 f., 866, 1148
- Bedingte Anfechtung 728 ff.
- Bedingte Beseitigung 728 ff.
- Bedingung 52, 78 ff., 718
- Bedingungsfeindlichkeit 728 f., 1097 f.
- Beendigung einer Geschäftsbeziehung 368 f.
- Befindlichkeit 353-356
- Beförderungszeit 821
- Befriedigung von Verbraucherbedürfnissen 41 f.
- Begründungspflicht für Beseitigung 695 ff.
- Behaupten
 - leistungsstörungsrechtlicher Behelfe 21
 - struktureller Unterlegenheit 1135
- Beherrschungsvertrag 139 f.
- Behörde 645 f.
- Behördliche Genehmigung 147-150
- Beibringungsgrundsatz 706
- Beitritt 912
- Belehrung siehe Widerrufsbelehrung
- Belehrungsmuster 759 ff.
- Belehrungsobliegenheit 674 f., 752 ff., 896 ff., 971 f.
 - siehe auch Widerrufsbelehrung
- Belehrungspflicht des Notars 1142
- Beredtes Schweigen 835
- Bestandskraft 872
- Bezeichnung eines Rechtsbehelfs 684 f.
- Beobachtungskosten 47
- Berater 962, 1161
- Beratung 683, 753, 818 f., 1154
- Beratungsempfehlung 377
- Bereicherungsrecht 214 ff., 578, 875 ff., 907, 910 f., 926 f.
- Bereichsspezifische Geschäftskompetenz 253
- Bereitstellungsentschädigung 601 f.
- Berufshaftung 312
- Berufstypische Vorkenntnisse 312 f.
- Beschaffenheitsgarantie 503 f.
- Beschaffungsrisiko 1124
- Beschleunigungseffekt 815 f.
- Beschlußfassung 140
- Beseitigungsanspruch 430
- Beseitigungsberechtigter 596, 979 f.
- Beseitigungserklärung 430 f.
 - Adressat 656 ff.
 - Beseitigung 1099 ff.
 - Form 625 ff.
 - Inhalt 693 ff.
 - „Rücknahme“ 1108 f., 1110
 - unter Vorbehalt 1097 f.
- Beseitigungsfähigkeit 694 f.
- Beseitigungsfrist 734 ff.

- Beseitigungsgrund 695 ff.
 Beseitigungshandlung 426
 Beseitigungsobjekt 426, 693
 Besitzrecht 43 f.
 Bestätigung 432, 686, 864, 1058, 1060, 1105, 1111 ff.
 Bestätigungsschreiben 524-526
 Bestandsschutz 915 f., 962 f.
 Bestimmungsrecht 660-663
 Bestreiten einer Verpflichtung 685 f.
 Betreuer 127 f.
 Betreute 118
 Betreuungsrecht 118, 127 f.
 Betriebliche Übung 526-529
 Betriebsgemeinschaft 932
 Betriebsrat 19, 943 f.
 Betriebsübung 526-529
 Betriebsvereinbarung 79 f.
 Betriebsverfassungsrecht 943 f.
 Betriebszugehörigkeit 943 f.
 Betroffenheit 979
 Betrug 339
 Beurkundung 1141-1145
 Beurkundungskosten 1144 f.
 Beurteilungskosten 733
 Beurteilungsrisiko 576
 Beweisfestigkeit 628
 Beweiskosten 1134
 Beweislast 822 f.
 – siehe auch Beweisprobleme
 Beweislastumkehr 210 f., 750 f.
 Beweismittel 696, 734
 Beweisprobleme
 – Beseitigungsvoraussetzungen 1108
 – Kenntnisnahme 96 f.
 – Motivirrtum 392
 – Regreß 414
 – Strategisches Verhalten 855
 – Verweigerung der Unterschrift 777 f.
 – Widerrufserklärung 635 f.
 – Zugang einer Erklärung 744 f.
 Beweisrisiko 505 f.
 Beweisvorbereitungsaufwand 1134
 Bezeichnung eines Rechtsbehelfs 684 f.
 Bezugsberechtigung 163-166
 Billigkeitshaftung 581
 Billigungsvorbehalt 1009
 Bindung an das gegebene Wort 1 f.
 Bindungsinteresse 435 ff.
 Bindungsrichtung 586 f.
 Bindungsträger 872
 Bindungswirkung 1, 13, 26, 84-86, 88 f.
 Bluff 355
 Börsenrecht 212 f.
 Bösgläubigkeit 691 f.
 Bonitätsprüfung 497 f.
 Bote 406, 409 ff.
 Botenschaft 972 f.
 Branchenabgrenzung 255
 brevi manu traditio 466
 Briefkastenadresse 663
 Briefkopf 262, 661
 Briefpost 756, 825
 brinkmanship 374 f.
 B2C-Geschäft 775
 – siehe auch Verbraucherschutzrecht
 Bücher 797
 Bürgschaft 215, 967 f.
 – Einrede der Anfechtbarkeit 452 f.
 – und Haustürgeschäfterecht 287 ff.
 – und Verbraucherkreditrecht 292 ff.
 Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht 856
 Bundesbank 606
 Bundesverfassungsgericht 1131 f.
 button 774
 BVerfG 1131 f.
 caput controversium 505
 cash flow 920
 Cash-Flow-Methode 616
 causa 207 f., 217 f.
 CD 797
 cheapest cost avoider 1140, 1148
 cheapest information provider 191 f., 313 f., 560, 856, 1140
 condictio indebiti 876, 877
 condictio ob causam finitam 876
 cooling off-period 278, 739 f., 866, 1148
 Courtage 567, 569 f., 606
 cross default-Effekte 909
 C2B-Geschäfte 259
 culpa in contrahendo 183 ff., 585, 1035, 1078 f., 1079 f., 1099
 culpa in declarando 542 f.
 culpa post contractum finitum 184
 culpa post pactum perfectum 184
 Darlehen 171 f., 603, 615 f.
 – siehe auch Verbraucherkreditrecht
 Datenbankrecherche 281
 Datenträger 627 ff.
 Dauerhafter Datenträger 627 ff., 778
 Dauerschuldverhältnisse 800, 836-838, 853, 929 ff.
 DDR 482
 debitor cessus 457-460
 Deckungsgeschäft 566, 570 f.
 Deckungskosten 141
 Deckungszusage 57, 1070
 Deklaratorisches Schuldanerkenntnis 216

- Deliktsrecht 183, 364 f., 842, 907, 1078 f., 1079 f., 1116
- Depotgesetz 112
- Dereliktion 584, 681 f.
- Derogationsfestigkeit 950 f.
- Dezentralisierung 545
- Dienstleistungen 278 f., 281
- Dienstzeugnis 166-168
- diligentia quam in suis 900
- Direktmarketing 964
- Direktvertrieb 1083
- siehe auch Haustürgeschäft, Fernabsatzrecht, Vertriebspersonal
- Disagio 607, 616
- disclaimer 780
- Disjunktivität 1095, 1155
- Diskriminierungsverbote 336 f.
- Dispositionsfreiheit 204 f.
- Dokumentationsinteresse 775 f., 784
- Dokumentationssicherheit 629, 775 f.
- Doppelnatur 680
- Doppelwirkungen 1095 f., 1103
- Download 517-519, 632
- Drittäuschung 582 f., 842 f., 960-963
- Drittanfechtungsrecht 656, 980 ff.
- Drittbegünstigter 162 f., 587 f.
- Drittbeseitigungsrecht 596, 656
- Drittbezug 113 f., 675 f.
- Drittbindungen 337 f., 567 ff.
- Drittdrohung 580-582, 842 f., 974-976
- Dritte
 - als Rechtsinhaber 989 ff.
 - als Vereinbarungsparteien 1036 f.
 - Vertrauensschaden 584 ff.
 - Zurechnung 953 ff.
- Dritterklärung 976 ff.
- Dritterwerb 464 f.
- Drittgeschäft 564-566, 579
- Drittinteressen 446 ff.
- Drittsicherungsabreden 282 ff.
- Drittwerbung 963-966
- Drohung 349 ff., 800-802, 1124 f., 1128 f.
- Druck 816 f., 968
- Druckmittel 690, 1024
- Drucksituation 1141-1143
- Drucktechnische Hervorhebung 766 ff.
- Durchsetzungsmacht 1132 ff.

- e-commerce 237 f., 559-561, 792
- e-commerce-Richtlinie 559
- Effektivität 268
- Effektivzinssatz 617
- Effizienz 6 f., 191-193, 200 f., 309 f., 313 f.
- Eheaufhebungsklage 484, 595
- Ehegatten 76 f., 677, 784-786, 828 f., 969 f.
- Ehegüterrecht 128 ff.

- Ehenamensrecht 163 f., 643, 679, 991
- Eherecht 914
- Eigeninteresse 967 f.
- Eigenkündigung des Arbeitnehmers 833
- Eigenschaft einer Person 502 f.
- Eigenschaftsbegriff 495 f.
- Eigenschaftszusicherung 503 f.
- Eigentümer-Besitzer-Verhältnis 908
- Eigentum 508 f.
- Einbeziehungskontrolle 736 f., 1045 ff.
- Einbringlichkeitsvorbehalt 83
- Eindeckungskosten 566
- Eindeutigkeit bei Anfechtungserklärungen 714 f.
- Einführungsangebot 1126
- Eingabefehler 559 f.
- Eingeschränkte Teilbeseitigung 732 f.
- Eingetragene Lebenspartnerschaft 169 f., 643, 716, 830 f., 1071, 1100
- Einigsein 105-107
- Einigung 101 ff.
- Einigungserklärung 101 ff., 540
- Einkommensteuerrecht 620
 - siehe auch Personalsteuern
- Einladung 1154
- Einlageverpflichtung 917
- Einmalgeschäfte 853
- Einmalkosten 753
- Einrahmung 768
- Einrede 452 ff., 598 f., 694 f.
- Einseitige Erklärung 68 ff.
- Einseitige Verpflichtungserklärung 68 f.
- Einseitiger Widerrufsvorbehalt 156 ff., 877 f.
- Einstellungswürdigkeit 841
- Einwendung 844 ff.
 - rechtshindernde 45 f.
- Einwerbekosten 579
- Einwilligung
 - bei insolvenzrechtlichem Zustimmungsvorbehalt 142 ff.
 - in Adoption 153-155
 - Widerruf einer ~ 70-72, 437 f., 642
- Elektronische Kommunikation 90-93
- Elektronischer Geschäftsverkehr 792
 - siehe auch e-commerce
- Elektronische Widerrufsbelehrung 780-782
- Eltern des Vaters 989
- e-mail 91 f., 561, 629 ff., 774
- Emittent 958 f.
- Emotion 1157 f.
- Emotionalität von Werbung 1157 f.
- Empfängerhorizont 801 f.
- Empfangsbedürftige Erklärung 586 ff.
- Empfangsbote 662, 679
- Empfangsvertreter 657, 679
- Entdeckungswahrscheinlichkeit 1119

- Entgangener Gewinn 564-566
 Entgeltfortzahlung 938-940
 Entgeltlicher Erbverzicht 507 f.
 Entgeltlichkeit 288-291
 Entlassungsentgelt 611
 Entreicherungsrede 933, 941, 1014, 1018
 – siehe auch Wegfall der Bereicherung
 Entschädigung 541-543, 548 f., 601 f., 614 ff.
 Entscheidungsfreiheit 195-198
 Entscheidungskosten 563
 Entscheidungszuständigkeit 545
 Entscheidungszwang 426 f.
 Entschuldigung 790 f.
 Entsigeln 899
 Enttäuschung von Vertrauen 548, 1105 f.
 – siehe auch Vertrauensschutz
 Erbe 985
 Erbfall 802 f., 829 f.
 Erblasser 9-11, 32, 985
 Erbrecht 9-11, 27, 32, 401 ff., 677 f., 806 f.
 Erbschaftsannahme 584 f., 638
 Erbschaftsausschlagung 638
 Erbvertrag 27, 32, 405, 641 f., 655, 980 f., 987
 Erbverzicht 507 f., 829 f.
 Erfahrungsgüter 1166
 Erfüllungsanspruch 37, 48 f.
 Ergänzende Auslegung 863
 Erklärung 1, 26 f.
 – eines Dritten 976 ff.
 Erklärungsabgabe 740-742
 Erklärungsbindung 551
 Erklärungsdefekt 444, 553 ff., 1038 f.
 – siehe auch Drohung, Irrtum, Täuschung
 Erklärungsfrist 1153
 Erklärungshandlung 406 f.
 Erklärungstatbestand 8-14
 Erklärungsträger 8-12
 Erklärungswert 542, 1163 f.
 Erklärungswirkungen 8-14
 Erklärungszurechnung 976 ff.
 Erlangen von Rechten 973 f.
 Erlaßvertrag 177, 1063
 Ermächtigung
 – Widerruf 72
 Ermächtigungserklärung 69 ff.
 Ermittlungskosten 1134
 Ertragsteuern 574-576
 Erwartungen 203 f.
 Erweiterungsgeschäfte 254 f.
 Europäisches Patentverfahren 170 f.
 Europarecht 54-57
 Eventualanfechtung 728 ff.
 Eventualaufrechnung 730
 Eventualbeseitigung 728 ff.
 Evidenz eines Irrtums 556 f.
 ex ante-Beurteilung 520 f.
 Existenzgründungsgeschäfte 252-256
 Existenzielle Abhängigkeit 1133
 Existenzsicherung 933
 Exklusivität 316
 ex nunc-Wirkung 51 f., 67 f., 1019 f.
 Experimentierfeld 858
 Expertenwissen 320 f.
 ex post-Beurteilung 520 f.
 ex post-Opportunismus 1147 f.
 ex post-Widerlegung 841 f.
 ex tunc-Wirkung 51 f., 67 f.
 – siehe auch Rückwirkung
 eye-catcher 767, 768
 Factoringvertrag 83
 Fahrlässige Täuschung 187 ff., 343 ff.
 Fahrlässigkeit 900
 Fakten 8-12
 Faktische Gesellschaft 912 ff.
 Faktisches Arbeitsverhältnis 929 ff.
 falsus procurator 114-116, 411, 675 f., 957 f.,
 977 f., 1081
 Fatalefrist 734 f.
 Fehlanreize 304 f., 1140
 Fehlererkennung 381 f.
 Fehlerhafte Gesellschaft 912 ff.
 Fehlerhaftes Arbeitsverhältnis 929 ff.
 Fehlerhaftes Mietverhältnis 945 f.
 Fehlerhaftes Versicherungsverhältnis 946
 Fehlinformation 304 f., 307 f.
 Feilbieten von Ware 965 f.
 Fernabsatzrecht 235 ff., 274 f., 509, 672 f., 743,
 745 f., 746 f., 771, 774 f., 791 f., 796 ff.,
 805 f., 859, 893-896, 1052, 1086, 1088-1090,
 1166
 Fernunterrechtsschutzrecht 65 ff., 238 f., 899 f.,
 1089 f.
 Festes Angebot 85 f.
 Feststellungsklage 485 f.
 Festverzinsliches Grundpfanddarlehen 613
 Fiktion 27 f., 31 f., 522 ff., 673 f., 849
 Finalität von Drohungen 351 ff.
 Finanzdienstleistungen 509 f., 520, 805 f., 1090
 Finanzierte Fernabsatzverträge 675 f., 765,
 899 f.
 Finanzierte Verträge 670 ff., 1090 f.
 Finanztitel 612 f.
 Fingierte Erklärungen 522 ff.
 „Flucht nach vorn“ 1162
 Folgelasten 688
 Folgemaßnahmen 820 f.
 force majeure 810
 Forderungsbegründende Erklärung 588 f.
 Form 625 ff., 1113 f.
 Formalismus 654
 Formenstrenge 475

- Formerfordernis 625 ff.
- Aufhebung 653-655
- Formfreiheit 638
- Formnichtigkeit 155 f.
- Formulierung von Fragen 333
- Fortfall der Bindung 33
- Fragen 327 ff.
- unzulässige 335
- Fragerecht 327 ff.
- Fragerecht des Arbeitgebers 6, 335-337
- free rider-Effekte 316 f., 398, 496
- Freibleibendes Angebot 158 ff.
- Freiheitsgrundrechte 4 f.
- Freizeitveranstaltung 228-230
- Fremdbestimmung 1150
- Frist 734 ff.
- Beginn 740 ff., 1056 f.
- Länge 803 ff.
- offene 815-817
- vertragliche 735-738
- Fristbeginn 740 ff., 756 f., 1056 f.
- Fristberechnung 757 f.
- Fristende 756
- Fristlauf 808 ff.
- Fristlaufauslösung 753 f.
- Fristlänge 803 ff.
- Fristlosigkeit 851 ff.
- Fristsetzungsrecht 842 f., 863 f.
- Fristvereinbarung 736
- Fristverlängerung 737 f., 1025 f.
- Fristwahrung 821 ff.
- Frustrierung von Erfüllungskosten 48
- Führungssrolle 671
- Fungibilität 924
- Furcht 801
- Furchtsamkeit 801 f.

- Garantenhaftung 977 f.
- Garantienhaftung 541 ff.
- Gast 226 f.
- Gebrauchtverkauf 1145
- Gebühren 568 f., 910, 1142
- Gebührenvolumen 1142
- Gedächtnisstütze 778
- Gefällekonstellation 262 ff.
- Gefahr 544
- Gefahrveranlassung 544
- Gegenpartei 656 ff., 1036 f.
- Gegenrecht 1128
- Gegenweisung 175 f.
- Geheimhaltungspflicht 337 f.
- Geistiges Eigentum 317
- Gekoppelte Teilbeseitigung 732 f.
- Geldleistungsgläubiger 501
- Gelegenheitsakquisiteur 971
- Gemeines Recht 29
- Gemeinkostenanteile 605
- Gemeinschaftliches Testament 639-642, 655
- Gemeinschaftsrecht 54-57
- Gemeinschaftsverhältnis 931 f.
- Gemischte Verträge 241
- Genehmigung
 - Aufforderung zur ~ 116 f., 127
 - Behauptung gerichtlicher ~ 121 ff.
 - behördliche 147-150
 - bei Schuldübernahme 150 f.
 - Fristbeginn mit Abgabe 742
 - gerichtliche 121 ff.
 - Widerruf 73, 74, 75
- Genehmigungsbehörde 678
- siehe auch Behördliche Genehmigungen
- Genehmigungseinholungspflicht 149
- Genehmigungsfiktion 61
- Genehmigungsverpflichtung 75
- Genehmigungsverweigerung 73 f.
- Genehmigungsvorbehalt 955 f.
- siehe auch Zustimmungsvorbehalt
- Generalklausel 1152
- Generalvollmacht 1062
- Genosse 924-926, 927
- Genossenliste 924-926
- Genossenschaft 924-926, 927
- Gericht als Widerrufsadressat 679-681
- Gerichtliche Genehmigung 121 ff.
- Gerichtsverfahren 475 ff.
- Gesamtgesellschaftliche Ausnahmesituationen 482 f.
- Gesamtgut 130-132
- Gesamthand 928
- Gesamtschuldner 780-782
- Geschäft auf Erfolg 83
- Geschäft auf Probe 85
- Geschäftsbeziehung 368 f.
- Geschäftsführung 957 f., 969
- Geschäftsgewandtheit 397 f.
- Geschäftsgrundlage 172, 558, 1004
- Geschäftskompetenz 253
- Gesellschaft 481, 912 ff.
- Gesellschafter 257 f., 481
- Gesellschafter-Geschäftsführer 257 f.
- Gesellschafterversammlung 139
- Gesellschaftsanteil 1024
- Gesellschaftsrecht 132 ff., 912 ff.
- Gesellschaftsvermögen 920
- Gesprächsthema 1154 f.
- Gestaltungsklagerecht 373, 484 ff., 988 f.
- Gestaltungsrechte 426 ff., 483 ff., 666 ff.
- Analogie zu verjährungsrechtlichen Vorschriften 808 ff.
- Bedingungsfeindlichkeit 728 f.
- Präklusion 44-46, 843 ff.
- Zweigliedrigkeit 44 f.

- siehe auch Anfechtung, Widerruf
- Gestaltungsurteil 485
- Gestaltungsvertrag 176
- Gestehungskosten 605
- Gesundheitsschäden 563
- Gewährleistungsausschluß 1037
- Gewährleistungsfristen 855 f., 860
- Gewaltenteilung 1150 f.
- Gewandelte Überzeugung 22 f.
- Gewerberecht 970 f.
- Gewerkschaft 261
- Gewinn 564-566
- Gewinnabführungsverträge 139
- Gewinnanteile 605, 917
- Gewinnchance 1145
- Giroüberweisungsauftrag 440 f.
- Gläubigerschutz 920 f.
- Gläubigerverzug 941
- Gleichbehandlungsgrundsatz 922
- GmbH 257 f., 914 f., 922 f.
- GmbH-Recht 139 f.
- good cop/bad cop 955
- Grober Undank 990
- Gründung einer Gesellschaft 912 ff.
- Grundpfanddarlehen 613
- Grundstücke
 - Gütergemeinschaft 130 f.
 - siehe auch Immobiliarsachenrecht
- Grundstückskaufvertrag 649 f.
- Grundverhältnis 436 ff.
- Gruppenzwang 229
- Gütergemeinschaft 130-132
- Gutgläubensschutz 460 ff., 580 ff., 854, 927 f., 962 f., 1096
 - siehe auch Vertrauensschutz
- Gutschrift 1013 ff.

- Haftkapital 920
- Haftungsbasis 924
- Haftungssubstrat 924
- Haftungsverschärfung 878-881
- Handelsbrauch 87, 526
- Handelsvertreterverträge 944
- Handlungsobliegenheit 1164
- hardship 1127
- Hardwarefehler 406
- Hauptschuld 282 ff., 452 ff.
- Hauptschuldner 454 ff., 967 f.
- Haupttätigkeit 256
- Hauptversammlung 133 f.
- Haushaltsgegenstände 130
- Hausnotar 1142
- Haustürgeschäfterecht 48 f., 224 ff., 287 ff., 301 f., 759, 788 f., 851, 858-860, 927, 966 ff., 1043, 1082-1084, 1144, 1152
- Haustür-Verbrauchercredit 902 f.

- Hedge-Kosten 141, 394
- Heilbar unwirksame Rechtsgeschäfte 155 f.
- Heilung 762 f.
 - siehe auch Quasi-Heilung
- Heilungskosten 563
- Heininger-Entscheidung 851 f., 1084
- Hemmung 808 ff.
- Hervorhebung 766 ff.
- Hilfe 1162
- Hilfverweigerung 1162
- Hilfsbedürftigkeit 1162
- Hinkende Rechtsgeschäfte 114 ff.
- Hinterlegung 459 f., 590
- Höchstpersönliches Recht 986, 990-992, 996
- Höhere Gewalt 810
- Hypothekenpfandbrief 618
- Hypothesen 841 f.
- Hypothetischer Parteiwille 874 f.

- icon 774
- Immobiliarsachenrecht 101 ff.
- Immobilienwerb 958 f.
- Imparität 1131 ff.
- Inaussichtstellen einer Übel 349
- Individualkommunikationsmittel 632 f.
- Indizien 750 f.
- Inflationszeit 483
- Information 304 ff., 315 ff.
- Informationsasymmetrie 270, 754, 854 f.
- Informationsbeschaffung 1141
- Informationsbewertung 1141
- Informationseinordnung 1141
- Informationsfunktion 627
- Informationsgewinnungskosten 309 ff., 384, 1129
- Informationsinteresse 332 ff.
- Informationsobliegenheit 455, 742-744, 791-793
- Informationspflicht 185 f., 191 f.
- Informationsprobleme 455 ff., 909, 982 f.
- Informationsrente 312, 324 f.
- Informationssucher 740
- Informationsverarbeitung 1141
- Informationsverschleierung 506 f.
- Informationsvorsprung 312 f.
- Informiertheit 304
- InfoVO 759 ff.
- Inhaltskontrolle 5, 736 f., 1027 ff., 1046 ff., 1148 f.
- Inkompetenz 308
- Inkorporation 483 f.
- Innenvollmacht 591 ff.
- Insolvenzantrag als Drohmittel 361 ff.
- Insolvenzforderung 935
- Insolvenzgeld 936
- Insolvenzrecht 142 ff., 971

- Insolvenzzisiko 454, 582 f., 590 f., 592, 924, 962
 Insolvenzschutz 935 f.
 Insolvenzverwalter 142 ff., 960
 Interessenabwägung 435 ff.
 Interessen Dritter 446 ff.
 Interessengegensätze 310 f., 959
 Interessenkongruenz 1108 f.
 Interessenkreis 979
 Interessenswaltung 957
 Internationales Privat- und Prozeßrecht 260, 279 f.
 Internationales Schuldvertragsrecht 16
 Internet 237, 274-276, 281
 Intersubjektive Nachprüfbarkeit 305 f.
 Interzedent 281 ff.
 Interzessionsgeschäfte 281 ff, 503 ff.
 Investition 315 ff., 497, 1156
 Investitionsrente 318
 Investmentrecht 63-65
 invitatio ad offerendum 160, 161 f.
 ipso iure-Nichtigkeit 428 f., 979, 1125, 1149
 Irreführende Werbung 6
 Irrevokabilität 1099 ff.
 Irrtum 379 ff., 553 ff., 1105, 1122
 – über den Wert 495-497
 – über die Kreditwürdigkeit 497 ff.
 – Vereinbarung 1038
 – siehe auch Motivirrtum
 Irrtumsanfechtung 142, 379 ff., 806 f., 1122-1124
 Irrtumsberichtigung 170 f.
 „Irrtum vorbehalten“-Klauseln 1030 f.
 Isolierungsgebot 769-771

 Kalkulationsinteresse 264 f.
 Kapitalanlagerecht 63-65, 234 f., 770 f., 908-910, 1075 f., 1082
 Kapitalanteile 924
 Kapitalgesellschaften 914 f., 922 ff.
 Kapitallebensversicherung 163-166
 Kapitalmarkttitel 617
 Kataloghandel 235, 775
 Kaufmännisches Bestätigungsschreiben 524-526
 Kaufmannsbegriff 243-246, 248 f.
 Kausales Schuldanerkenntnis 216, 507
 Kausalität 201, 210 f., 306 f.
 Kennenmüssen 961
 Kenntnis
 – der Täuschung durch Dritte 961
 – der wahren Sachlage 748
 – des Anfechtungsgrundes 748
 – des Beseitigungsgrundes 878-881
 – von Irrtum 747 f.
 – von Täuschung 751
 – zuverlässige 748 f.
 Kenntnisnahme 94-97
 Kette 445, 1048 f.
 Kind 154, 988
 Kindeswohl 988 f.
 Klagerhebung als Drohung 357 f.
 Klagschrift 825
 Klarstellungsobliegenheit 666, 817 f.
 Kleingewerbetreibende 248
 Knappe Ressource Justiz 478, 516, 815, 846 f.
 Kognitionsbefugnis 845
 Kollektivdrohung 801
 Kollektivarbeitsrecht 943 f.
 Kollusion 474, 928
 Kommissionsvertrag 174 f.
 Kommunikationsakt 8
 Kommunikation
 – elektronische 90-93, 626 ff.
 – Instantaneität 90 f.
 – über Zwischenpersonen 329
 Kommunikationskosten 1147
 Kommunikationsmedium 630 f., 822, 1034 f.
 Kommunikationsrisiken 406 ff., 524
 Kommunikationstechnologie 1034 f.
 Kommunikationsverfälschung 329
 Kompensation 18 f., 440-443, 538 ff., 706 f.
 – Abbedingung 1026 f., 1034 f.
 – beim Aufhebungsvertrag 178-180
 – Entstehungszeitpunkt 179 f.
 – Ersparnis 384 f.
 – Fälligkeit 179 f.
 – Irrtumsanfechtung 381
 – Klausel 950
 – Steuerungsfunktion 441 f.
 – Vereinbarung 1041 f., 1048
 Komplexität 223, 239 ff., 278, 1044 ff., 1155-1157, 1167
 Kompromiß 690
 Kondiktion 214 ff., 578, 875 ff., 1099
 Kondiktionsausschluß 1099
 Kondiktionsfestigkeit 950 f.
 Kondiktions Sperre 880
 Konditionenvergleich 222, 229, 292, 1166
 – siehe auch Marktvergleich
 Konkludenz 645 f.
 Konkurrenten 1158
 Konkurrenzen 1074 ff.
 Konkursausfallgeld 936
 Konkursrecht 935 f.
 Konkursverwalter 960
 Konservieren von Beweismitteln 696
 Konstitutives Schuldanerkenntnis 214 f.
 Konsumbedürfnis 41 f., 1067
 Konsument siehe Verbraucher
 Kontrahierungszwang 1105, 1115-1117

- Kontroversielle Informationen 305 f.
 Konvention, soziale 698
 Konzentration 712
 Konzession 329 f.
 Kooperationsbereitschaft 1098, 1117
 Kooperationsrente 181
 Koordinationskosten 563
 Kopplung 732 f.
 Korporation 912 ff.
 Korporationsrecht 912 ff.
 Korrekturmöglichkeit 560 f.
 Kosten
 – Bearbeitungskosten 620 f.
 – Beobachtungskosten 47
 – Beurkundungskosten 1144 f.
 – Beurteilungskosten 733
 – Beweiskosten 1134
 – Deckungskosten 141
 – Durchsetzungskosten 48
 – Eindeckungskosten 566
 – Einmalkosten 753
 – Einwerbekosten 579
 – Erfüllungskosten 48
 – Ermittlungskosten 1134
 – Feststellungskosten 1134
 – Formulierungskosten 329, 753
 – Gestehungskosten 605
 – Hedge-Kosten 141, 394, 1145
 – Heilungskosten 563
 – Informationsbeschaffungskosten 309 ff.
 – Informationsgewinnungskosten 309 ff., 1129
 – Informationskosten 384, 393
 – Kommunikationskosten 1147
 – Lagerkosten 1136
 – Materialkosten 753
 – Motivationskosten 566
 – Neuverpackungskosten 1145
 – Notarkosten 1144 f.
 – Prüfungskosten 330
 – Rechtsdurchsetzungskosten 428 f., 605, 1135
 – Rechtsinformationskosten 429
 – Reisekosten 563
 – Rückabwicklungskosten 47 f., 1147
 – Rücksendekosten 886 ff., 1043
 – Schutzkosten 1145 f.
 – Sorgfaltskosten 380
 – Transportkosten 517
 – Untersuchungskosten 1145
 – Versandkosten 886-888
 – Vertragsabschlußkosten 563 f.
 – Vertragserfüllungskosten 566
 – Vertragskosten 906 f.
 – Verwaltungskosten 606
 – Vorhaltekosten 46 f., 49 f., 416, 428, 517, 566, 1136
 – Vorsichtskosten 417, 428, 1145
 – siehe auch Transaktionskosten
 Kostenentscheidung 577
 Kostenersparnis 942
 Kostenlast 886 ff.
 – vertragliche Überwälzung 888 ff.
 Kostenvoranschlag 320 f.
 Krankheitsfall 938 f.
 Kranzgeld 990
 Kreditgewährung 572 f.
 Kreditvermittler 662
 Kreditvertrag 670 ff.
 – siehe auch Darlehen, Verbraucherkreditrecht
 Kreditwürdigkeit 497 ff., 551, 590 f.
 Kündigung 171 f., 173 f., 174 f., 375-377, 833, 915 f., 922
 Kündigungsrecht 84, 613, 915 f.
 Kündigungsschutz, mietrechtlicher 945
 Kündigungsschutzrecht 20, 182, 375 f., 440, 819, 831-834, 938
 Kundenoberfläche 668
 Kundgabe 427
 – Rechtsfolgen 683 ff.
 Kursgewinn 908 f.
 Kursrisiko 908 f.

 Lästigkeitswert 755, 771, 994 f.
 Lagerkosten 1136
 Laiensphäre 698, 704, 805
 Lando-Principles 1121 ff.
 Lauterkeitsrecht 62 f.
 Leasing 959, 993
 Lebenspartnerschaft 169 f., 830 f., 1071, 1100
 – siehe auch Eingetragene Lebenspartnerschaft
 Lebensrisiko 1162, 1163 f.
 Lebensversicherung 1093 f.
 Lehre vom Rumpfvvertrag 61 f.
 Lehre von den Doppelwirkungen im Recht 1095 f., 1103
 Lehrmaterial 67
 Leichtfertigkeit 341 f.
 Leistungsbestimmung 981 ff.
 Leistungserbringung 513 ff.
 Leistungsfristvorbehalt 1050 ff.
 Leistungspflichten
 – vorläufige 148 f.
 – siehe Erfüllungsansprüche
 Leistungsstörungenrecht 18-21, 367 f., 685 f., 703, 940 f.
 Leistungsverweigerungsrecht 42 f., 917
 Leistungsvorbehalt siehe Leistungsfristvorbehalt
 Letztwillige Verfügung 10 f., 27
 Liberale Wirtschaftsordnung 4
 Liquidationsanteil 917
 Lobbying 858, 903 f.

- Lösungsinteresse 435
 Lösungsrecht 384 f., 393 f.
 Lohnrückstände 934
 Lotteriedienstleistungen 509
 Loyalitätsklausel 1040
- Machterklärungen 436 ff., 682, 1120
 Machtgeschäfte 70 ff., 450-452, 513, 1039
 Mängelgewährleistungsansprüche 38 ff., 634
 Mahnbescheid 687
 Makler 569 f., 960
 Mangelhafte Lieferung 890 f.
 Marketing 236 f., 321, 1152, 1159
 Marktaustritt 244
 Marktbedingungen 509
 Marktentwicklungen 1003, 1030
 Marktfunktionieren 269
 Marktmacht 1132
 Marktmodell des Wettbewerbsmarktes 1137, 1146
 Marktpreis 548 f.
 Marktrisiken 1030
 Marktsegmentierung 269
 Marktveränderung 21
 Marktvergleich 222, 1003, 1166
 – siehe auch Konditionenvergleich
 Marktversagen 269 f., 271 f., 1134
 Marktzins 604, 605 f.
 Massenbeurkundung 1142
 Massengeschäfte 438 f.
 Massenkommunikationsmittel 632 f., 963, 1159
 Massenmarketing 237, 1159
 Materialkosten 753
 Materielle Gegenpartei 656 ff.
 Materielle Privatautonomie 28, 379, 1120 f.
 Mehrforderung 686
 Mehrheit von Beseitigungsrechten 1074 ff.
 Mehrseitiges Rechtsgeschäft 665 ff., 959
 Mehrzahl von Beseitigungsrechten 1074 ff.
 Mehrzahl von Kreditnehmern 782 ff.
 Mehrzahl von Widerrufsadressaten 663 f.
 Mengenangabe 723
 Mentalreservation 355, 375
 metus 801
 Mietänderungsvertrag 225
 Mietrecht 626
 Mietverhältnis, fehlerhaftes 945 f.
 Mietvertrag 225
 Mietzins 605
 Minderjährige 114 ff., 676
 Minderung 733
 Mindesaktivität 955
 Mindestgarantiefrieten 848
 Mindestplausibilität 381 f.
 Mindestsorgfalt 554
 Mißbrauchsgefahr 519 f., 663 f., 774, 840-843
- Mißverständnisrisiko 684
 Mitteilung der Kenntnis 691 f.
 Mitteilung der Widerrufsbelehrung 778 ff.
 Mittelman 445, 1048 f.
 Mittel-Zweck-Zusammenhang 355 ff., 1125
 Mitternachtsnotar 1142
 Mitverpflichtungsberechtigung 785 f.
 Mitverschulden 553 ff.
 Mobiliarsachenrecht 104 ff.
 Monitoring 566
 Monopolisierung 610 f., 1117
 Monopolisierungsinteresse 318
 Motiv 391 ff.
 Motivationen 325 f.
 Motivationsbeeinflussung 1157-1160
 Motivationskosten 566
 Motivirrtum 391 ff.
 Mündel 121 ff.
 Multiplikationseffekt 471
 Musterbelehrung 759 ff.
 Mutter 988 f.
 Mutterschutz 20, 938
- Nachbarschaft 945 f.
 „Nachbearbeitung“ 866, 1066
 Nachforschungen 751, 810
 Nachfrage 698 f.
 Nachfrageobliegenheit 1093
 Nachfragermarkt 271 f.
 Nachfristsetzung 148
 Nachgeholte Widerrufsbelehrung 773 f., 786 ff., 853 ff.
 Nach Gründungsgeschäfte 133 ff.
 Nachholungsmöglichkeit siehe Nachgeholte
 Widerrufsbelehrung
 Nachkontrolle 787 f.
 Nachlaßgericht 677 f.
 Nachlaufende Frist 1156
 Nachprüfbarkeit 305 f.
 Nachschieben von Begründungstatsachen 709 f.
 Nachschieben von Beseitigungsgründen 701, 702, 710 ff.
 Nachträglicher Eigentumsvorbehalt 156
 Nachträgliches Widerrufsrecht 1008
 Nahestehende Person 971
 Name 163 f.
 Namensnennung 626
 NaStraG 136 f.
 Naturalobligation 531
 Naturalrestitution 202
 Nebenpflicht 658, 942 f.
 Nebentätigkeit 256
 Negatives Interesse 549 ff.
 negotia claudicantia 114
 nemo auditor turpitudinem suam allegans 940, 982

- Neubeginn 812 f.
 Neugründung 254 f.
 Neukunden 612
 Neutrale Dritte 388, 1141-1145
 Neutralitätspflicht 983
 Neuverhandlungsklausel 1040
 Neuverpackungskosten 1145
 Neuvornahme 1112 f.
 Nicht-Äußerung 12
 Nichtberechtigter 140 f.
 Nicht bindendes Rechtsverhältnis 84-86
 Nichtempfangsbedürftige Erklärung 681 f.
 Nichterklärung 11 f.
 Nichtfortsetzung einer Partnerschaft 169 f.,
 1100
 Nichtfortsetzungserklärung 1100
 Nichtgegenständliche Leistung 602
 Nicht gelesene Texte 385 ff.
 Nichtige Erklärung 12
 Wichtigkeit 29 f., 546 f.
 Wichtigkeit ipso iure 428 f.
 Nötigung 350, 353 f.
 Notar 388, 1141-1145
 Notarielle Beurkundung 639 f.
 Notarkosten 1144 f.
 Notlage, wirtschaftliche 1126, 1129
 Notstand 338
 Notverkauf 570
 Notwehr 338
 NS-Recht 932
 Nullsummenspiel 324 f., 326, 350 f., 360, 368,
 382
 Nutzensteigerung 350 f.
 Nutzung 602 f.
 Nutzungsentschädigung 600 ff., 621, 950
 Nutzungsersatz siehe Nutzungsentschädigung

 Oblat 539 f.
 Obliegenheit 532 f., 554, 560, 666, 817 f.
 Obligationenprogramm 23 f.
 Öffentliche Beglaubigung 643
 Öffentliche Hand 585 f., 617
 Öffentliche Register 480 f.
 Öffentliche Schuldner 617
 Öffentliche Verkehrsmittel 230
 Öffentliche Wege 230
 Ökonomische Analyse des Rechts 6 f.
 Offenkundigkeitsprinzip 511 f.
 Offerent 539 f.
 „ohne Obligo“ 160 f.
 Okkupant 681 f.
 one-to-one-Marketing 237
 Online-Download 517-519
 Opfer 354 f.
 Opferstigmatisierung 354 f.
 Opportunismus 397, 509 f., 566, 1146-1148

 Opposition 1107 f., 1110
 Optionen 273, 110-1102
 Optionenverringerung 273 f., 1101 f.
 Ordnungsaufgabe 918
 Ordnungsinteresse 543
 Organisationsgeschäft 913
 Organisationsverantwortung 415
 Orientierungsmarke 427

 pacta sunt servanda 1 f., 4
 Paket 885 f.
 Pandekten 29
 Partygeschäft 226
 Patentrecht 170 f., 479 f.
 Paternalismus 268 ff., 1067
 Pauschale 906
 Pay-TV-Vertrag 277
 Pendenzwiderrufsrecht 113 ff., 877, 1120
 Periodisierung 1157
 Persönlichkeitsrecht 334 f.
 Personalgespräch 1161
 Personalsteuern 574-576
 Personengesellschaften 920
 Personenrechtliches Gemeinschaftsverhältnis
 931-933
 Personenstandsrecht 480 f.
 Pfändung 593
 Pfändungsschutz 934 f.
 Pflichtenkollision 337 f., 983
 Pkw 895, 897
 Planungsrisiko 548 f.
 Policenmodell 795
 Porto 886, 891
 Positive Forderungsverletzung 183 f., 200 f.,
 208 f.
 Positives Interesse 549, 550 f.
 Postversand 825, 885 f.
 Postversandfähigkeit 885 f.
 Potestativbedingung 80 f., 82, 158, 433 f., 731,
 1006 f., 1097 f.
 Potestativrechtsbedingung 433 f.
 Praeambel 1040
 Präklusion 44-46, 843 ff.
 Prämie 610 f., 994 f.
 Präsentationsmaterial 965
 Präventiver Rechtsschutz 365 f.
 Präventiver Rechtsverzicht 1037
 Preis 178-180, 329 f., 441, 548 f., 551, 610 ff.,
 994 f., 1145 f.
 Preisabschlag 1145
 Preisausschreiben 984
 Preisirrtumsklauseln 1031
 Preisniveau 1146
 Preisnachlaß 1064
 Primärschutz 435 ff., 1124, 1128
 Principles of European Contract Law 1121 ff.

- Printmedien 235
 Prinzipal 114-116
 Privatautonomie 28, 176 f., 379 f.
 Privatbereich 225 ff.
 Privatsphäre 243 ff.
 Privatwohnung 225-227
 Probe 1009 f.
 Professionalität 683
 Prognoserisiko 372 f., 494 ff., 504, 841 f., 1122
 Prokura 1062
 promissio conditionata 29
 property right 317-321
 Prospekthaftung 212 f.
 Protokollierungszwang 737 f.
 Provider 408
 Provision 225, 517, 969
 Provozierte Bestellung 232 f.
 Prozentualisierung 1157
 Prozeß 573, 576-578, 730
 Prozeßerklärungen 474 ff.
 Prozeßgeschehen 700
 Prozeßkosten 573
 Prozeßrecht 843 ff.
 Prozeßrisiko 357, 576
 Prozeßstandschaft 402
 Prozessuales Anerkenntnis 216
 Prozeßvergleich 650 f., 679-681, 737 f., 1005 f.,
 1008, 1020 f.
 Prozeßverträge 476 f.
 Prozeßverwirkung 839 f.
 Prüfung der Ware 896 f., 898 f.
 Psychologischer Abschlußzwang 739
 Push-Dienst 409
- Qualitativer Irrtum 723 ff.
 Quantitativer Irrtum 722 f.
 Quasi-Heilung 521 f., 710 f., 921
 Quasi-Reurecht 432 f., 1116
 Quasi-Risikogeschäft 510-512
 Quasi-Rückwirkung 1046 f., 1109
 Quasi-Status 243 f.
 Quersubventionierung 279, 612, 1146
- Rahmenvereinbarung 1041
 Rahmenverständnis 1041
 Rang einer Forderung 935
 Ratenkreditverträge 240 f.
 Ratenlieferungsverträge 781
 Ratenzahlungsverträge 240 f.
 Rationale Apathie 1140, 1150
 Rationalisierungsmöglichkeiten 7, 314 f.,
 438 f., 560 f., 753 f., 1134 f., 1139 f.
 Rationalität 866
 Reaktionsstrategie 429
 Reale Rechtslehre 14
 Rechenirrtum 1031 f.
- Rechnung 686
 Rechtsanwalt 568 f., 1005 f.
 – siehe auch Anwalt
 Rechtsaufgäbeerklärung 112 f.
 Rechtsbedingung 433 f., 729 f., 901
 Rechtsbegründende Erklärung 588
 Rechtsdurchsetzer 1158
 Rechtsdurchsetzungskosten 428 f., 605, 1135
 Rechtserlangung 973 f.
 Rechtsfähigkeit bei Gesellschaften 921
 Rechtsfolgewillen 683 ff.
 Rechtsinformationskosten 428 f.
 Rechtsgeschäft 26
 – auf Probe 1009 f.
 Rechtsgrund 178
 Rechtshindernde Einwendung 45 f.
 Rechtsklarheit 695 f.
 Rechtskraft 577, 845
 Rechtsmißbrauch 840-843, 861, 864-866, 998
 – siehe auch Arglistenrede
 Rechtsnachfolger 588-590
 – siehe auch Zession, Zessionar
 Rechtspflege 476 f.
 Rechtsrat 817 f.
 Rechtsschein 434, 471 f., 927 f.
 Rechtssicherheit 5, 850
 Rechtsunkundigkeit 697 f.
 Rechtsverschlechterung 71 f.
 Rechtsverzicht 1037
 Rechtzeitiges Absenden 822, 827 f.
 Redundanz 826
 Refinanzierung 616, 619
 Regelbeispiele 1152
 Register 480 f., 921
 Registergericht 921
 Registrierte Erklärungen 480 f.
 Regreß 413 f., 456, 582
 Reichsjustizamt 115
 Reisegewerbe 970 f.
 Reisekosten 563
 Reisevertrag 1031 f.
 Relative Unwirksamkeit 665
 reliance damages 549
 Renitenzeffekt 754 f.
 Rentenversorgungsverhältnis 930
 repeat player 7, 314 f., 377 f., 560, 600, 895 f.,
 1055, 1134 f., 1139 f., 1142, 1155
 Reputation 704 f., 1125
 Regelfrist 804
 Reservefrist 804
 Residualbelastung 1023
 res integra 1123
 Restbeseitigungsrecht 718, 721
 Restitution 848 f.
 Restrisiko 330
 Rechtschuldversicherung 1075

- Restvertrag 580
- Reurecht 3-6, 78 ff., 875
- Reurechtsausschluß 722 ff.
- Reurechtsvereinbarung 78 ff.
- Revokationsversuch 21
- Rezeptionsintensität 769
- Rezeptionswahrscheinlichkeit 769
- Richterliche Kontrolle 476 f.
- Richterrecht 1150 f.
- Richtigkeitschance 1138 f.
- Richtigkeitsgewähr 544, 1138 f.
- Richtigkeitswahrscheinlichkeit 1138 f.
- Richtlinien 54-57, 245, 248 f., 788
- Richtlinienkonforme Auslegung 54-57, 59, 136 f., 289 f., 293 f., 762 f., 779, 788 f., 798, 893 f., 926, 1065 f., 1084-1087, 1091 f.
- Risikenfehleinschätzung 494 ff.
- Risikoaversität 787
- Risikogemeinschaft 946 f.
- Risikogeschäft 494 ff.
- Risikokostenanteile 620
- Risikoprämie 240, 570, 1134
- Risiküberprüfung 532 f.
- Risikoverlagerung 1148
- Risikoverwaltung 946 f.
- Riskante Entscheidung 383-385
- Rollenmuster 223 f.
- Rollenspezifität 223 f.
- Routineprogramm 1136
 - siehe auch Rationalisierungsmöglichkeiten
- Rückabwicklung 48, 600 ff., 875 ff., 882 ff.
 - vertragliche Regelung 949-951
- Rückabwicklungskosten 47 f., 1147
- Rückabwicklungsschwierigkeiten 912 ff., 929 ff.
- Rückbezug, tatbestandlicher 846
- Rückdatierung 1064
- Rückerstattungsrecht 481
- Rückforderung 685 f.
- Rückgaberecht 892, 1009 ff., 1052, 1094 f.
- Rückkaufmodell 908-910
- „Rücknahme“ einer Beseitigungserklärung 1108 f., 1110
- Rücknahme einer Vertragserklärung 99 f.
- Rückrufrecht 22 f.
- Rücksendung der Ware 633 f., 1043
- Rücksendungspflicht 885 ff.
- Rücksichtnahmepflicht 186
- Rücktritt 18 f., 23 f., 53 ff., 703
- Rücktrittsfolgenrecht 878 f., 882-884
- Rücktrittsrecht 18 f., 23 f., 53 ff., 62 f., 66 f., 81-84, 149 f., 531 f., 878 f., 900 f., 1017 f.
- Rückveräußerung 612 f.
- Rückwirkung 27-32, 178, 508 f., 1109, 1115
- Rumpfvertrag 61 f.
- Sacheigenschaft 395-397
- Sachfremde Überlegungen 860
- Sachgründungsgeschäfte 138
- Sachleistungsgläubiger 501
- Sachverständigengutachten 820
- Sachverständiger Rat 817-820
- Sachwalter 1005 f.
- Saldierung 927
- Sanktion 110 f., 187 ff., 604 f., 803 f., 853 ff., 878 ff., 905 f., 917, 947 f., 1078 f., 1149
- Schaden
 - Vertrag als ~ 202-206
- Schadensabwicklung 31
- Schadensallokation 31
- Schadensersatzanspruch 183 ff.
- Schadensminderungspflicht 555 f.
- Schadensrecht 202 ff.
- Schadenswiedergutmachung 358 f.
- Schädigungsabsicht 339
- Scheck 449 f.
- Scheckwiderruf 449 f.
- Scheinerklärung 546
- Schenkung 172, 990, 1022
- Schiedsgutachten 983
- Schiff 106 f.
- Schiffsrechtgesetz 106 f.
- Schlechterfüllung 39
- Schlüsselgewalt 785 f.
- „Schraubenproblem“ 1069
- Schriftfarbe 767 f.
- Schriftform 635-638, 793 f.
- Schriftgröße 767 f.
- Schriftlichkeit 638, 904
- Schriftstück 794 f.
- Schrifttype 767 f.
- Schriftzeichen 626
- Schuldbeitritt 286 f., 300 f., 783
- Schuldübernahme 150 f., 669, 959
- Schutzanliegen
 - situatives 224 ff., 1082-1084, 1151 ff.
 - vertragstypbezogenes 239 ff., 999-1001, 1075 f., 1082-1084, 1140 f., 1155-1157
- Schutzbehauptung 1135
- Schutzgut der culpa in contrahendo 194 ff.
- Schutzkosten 1145 f.
- Schutzkumulation 1083, 1084 f.
- Schutzprinzip, sozialrechtliches 933
- Schutzübermaß 1136 f.
- Schutzwürdigkeit von Vertrauen 551 ff., 1106 ff., 1129
- Schwächere Partei 397, 735 f.
- Schwebende Unwirksamkeit 33 ff., 58 ff., 1067 f., 1165 f.
- Schwebende Wirksamkeit 33 ff., 58 ff., 65 ff.
- Schwebezustand 113 ff., 727 f., 731, 739 f.
- Schweigen 313, 523, 524-526, 835 f.

- Schwerbehindertenschutz 20, 938
 Sekundärmarkt 612 f.
 Sekundärschutz 440 ff., 538 ff., 1124, 1128
 Selbständiger 227 f., 248 f.
 Selbstanfechtung 32, 641 f., 987
 Selbstbestimmung 303 f.
 Selbstbestimmungsrecht des Adoptierten 154
 Selbstbindung 4
 Selbsthilfe 1015, 1017
 Selbstschutz des Unternehmers 49-51, 1050 ff.,
 1145 f.
 Selbstverantwortlichkeit 1148
 Selbstversicherung 826
 Selektive Wahrnehmung 740
 Sent Folder 631
 Seriositätsfrist 739 f.
 Seriositätssignal 270 f., 1004 f., 1025 f.
 Seriositätsstandard 270
 Sicherheitsspanne 825
 Sicherheitszuschlag 1134 f.
 Sicherungserklärung 571 f.
 Sicherungsgeschäfte 217, 503 ff., 571 f., 957
 – siehe auch Interzessionsgeschäfte
 Sicherungsgrundpfandrechtsbestellung 301-303
 Signalwirkung 770
 – siehe auch Seriositätssignal
 signing without reading 385 ff.
 Singularsukzession 992
 Sinneswandel 1110 f.
 Sittenwidrigkeit 611 f., 1044, 1130
 Situatives Schutzanliegen 224 ff.
 Skaleneffekte 719 f.
 Sofortiger Versicherungsschutz 1069-1071
 Software 517-519
 Softwarefehler 406, 415
 Sonderleistung 1028 f.
 Sonderwissen 319-321
 Sorgfaltskosten 380
 Soziale Konvention 698
 Soziale Stigmatisierung 359 f., 704 f.
 Soziales Reurecht 3-6
 Sozialrechtliches Schutzprinzip 933
 Sozial schädliche Informationen 321 f.
 Sozialverantwortung 543
 Speditionsvertrag 174 f.
 Spekulation 322 f., 394, 416 f., 495, 553 f.,
 908 f., 1038, 1124
 Sperrfrist 135 f.
 Spezialitätsvorrang 1082, 1089
 Spezialvollmacht 716, 1062 f.
 Spezifizierungsaufforderung 698 f.
 Spezifizierungspflicht 695 ff.
 Sphäre 21, 542-545, 608, 1162, 1164
 Spiel mit dem Abgrund 374 f.
 Spontanäußerungen 329
 Spot-Geschäft 855
 Sprachakt 8
 Sprachrisiko 389-391
 Sprachunkundigkeit 389-391
 Sprungwerbung 964
 Staatliche Akte 483 ff.
 Staffelung von Gestaltungsrechten 733
 Standardisierung 753 f.
 Standesbeamter 679
 Startvorteil 1153
 Status 483 ff.
 Statusbegründende Erklärungen 483 ff., 595 ff.
 Staterklärungen 483 ff., 595 ff., 988 f.
 Stellvertretung 119-121, 263 ff., 510-512, 657,
 786, 821, 972 f., 976 f., 991, 995, 1005 f.,
 1061-1063
 Steuern 573-576
 Steuerungsfunktion 546
 Stifter 152 f.
 Stiftung 152 f., 678
 Stigmatisierung 359 f.
 Stornorecht 1013 ff.
 Strafanzeige 358-361
 Strafverfahren 358-361
 Strategisches Verhalten 316, 789-791, 835,
 854 f., 1069, 1126
 – siehe auch Opportunismus
 Streitgegenstand 700
 Strohmänn 928
 Strukturelle Unterlegenheit 222 ff., 1129,
 1131 ff.
 Subjektiv-objektiver Standard 1128
 Subsidiarität 440 f., 1082 f.
 Substitutionswettbewerb 1005, 1137
 Sukzessive Beschlußfassung 140
 Sukzessivlieferungsverträge 276-280, 797 f.,
 799 f.
 Synallagma 35 f.
 Täuschung
 – aktive 307 f.
 – arglistige 121 f., 303 ff.
 – durch Unterlassen 309 ff.
 – durch Werbeangaben 346 ff.
 – fahrlässige 187 ff., 343 ff.
 – Principles 1124 f., 1128 f.
 – über Drittbezug 1078
 – Vormund 121 f.
 Tagesgeld 602
 Tarif 934
 Tarifvertrag 79 f., 650 (173), 934
 Tatbestandsalternativität 1074 ff.
 Tathandlung 431
 Tatsachenbestätigung 1039
 Teilanfechtung 580, 715 ff., 1130
 Teilannahme 722
 Teilbarkeit 715-717

- Teilbeseitigung 715 ff.
 Teilleistung 515 f.
 Teilleistungsverträge 276-280, 797 f.
 Teillieferung 796-798
 Teilrechtsausübung 715 ff.
 Teilrücknahme 715
 Teilunwirksamkeit 35 f.
 Teilwiderruf 715.
 Telefax 630, 644
 Teleologische Reduktion 266, 929, 945, 1052, 1092 f.
 Teleshopping 274-276
 Testament 9-11, 27, 69, 401-405, 597 f., 639-641, 655
 Testamentsanfechtung 401-405, 597 f., 804, 980 f., 988
 Testamentsurkunde 9 f., 1099 f.
 Testamentswiderruf 9-11, 69, 417 f., 639-641, 828, 987, 1099 f.
 – Widerruf 1099 f.
 Textform 626 ff., 766 f., 774 f., 778
 Themenangabe 1154 f.
 Tilgungsbestimmung 141 f., 572 f.
 Tilgungsverlauf 615
 Timesharingrecht 241 f., 743, 759, 792 f., 793, 807 f., 855 f., 905-907, 1089 f., 1092
 Timesharingvertrag 48 f.
 Timidität 802
 Tochtergesellschaft 956
 Tod 828
 – siehe auch Erbfall
 Transaktionskosten 6 f., 49 f., 144, 328 f., 400, 401, 563 f., 654 f., 656, 1144
 Transparenz 223, 1047, 1142 f.
 Transparenzgebot 769-771, 1050
 Transportkosten 517
 Transportrisiko 47
 Trennungsprinzip 693
 Treuepflicht 916
 Treu und Glauben 533, 724, 848 f.
 Trittbrettfahrer-Effekte 316 f., 398, 496 f.
 Typisierung 253 f., 267 f., 1135-1137, 1149

 Übel 349
 Übelssetzung 349
 Übereilung 222 ff.
 Übereilungsschutz 102 f., 222 ff., 629
 Überforderung 697 f., 1150 ff.
 Übergangsrecht 903 f.
 Überholendes Widerrufsrecht 88 ff., 466, 538-540, 1059, 1077, 1104, 1123, 1127, 1130 f.
 Überlassung der Vermögensverwaltung 76 f.
 Überlebender Ehegatte 828 f.
 Überlegung 688
 Überlegungsfrist 4 f., 1003
 Übermäßiger Vorteil 1126 f., 1129 f.
 Übermittlungsanstalt 408 f.
 Übermittlungsrisiken 406 ff.
 Übermittlungsvorgänge 825
 Übernahmemeerkklärung 999-1001
 Überprüfungsobliegenheit 308 f.
 Überraschende Klauseln 1050
 Überraschung 222 ff., 233 f., 969 f., 1144, 1150 ff.
 Überschußrechnung 927
 Überstürzung 1160 f.
 Übertragbarkeit von Beseitigungsrechten 989 ff.
 Übervorteilung 1125-1127, 1129 f.
 Überweisungsauftrag 175 f.
 Überweisungsvertrag 175 f.
 Überzeugung 748 f.
 Umdeutung 16 f., 97, 705 f., 874 f.
 Umlaufvermögen 917
 Umstandsmoment 834 f.
 Umwandlung 132
 Umwandlungsrecht 919 f.
 Unabhängigkeit 956
 Unbefristete Beseitigungsrechte 851 ff.
 unclean hands 916
 unconscionability 1126
 Unfreie Versendung 886
 UNIDROIT Principles 1121 ff.
 UN-Kaufrecht 99-101
 Unkenntnis 341 f.
 Unselbständigkeit 992-994
 Unsicherheitseinrede 500 f.
 Unteilbare Spezialvollmacht 716
 Unteilbarkeit 715-717
 Unterhalt 595
 Unterlassene Hilfeleistung 1162
 Unterlassen eines Widerrufs 539
 Unterlassungsverpflichtung 452, 539
 Unterlegenheit 222 ff.
 Unternehmensverträge 132 ff., 138 f.
 Unternehmerrisiko 250
 Unterschieben von Texten 387 f., 774
 Unterschreiben 385 ff.
 Unterschrift 626, 771 ff.
 – Verweigerung 776-778
 Unterstreichung 768
 Untersuchungskosten 1145
 Unterwerfung 1006
 Unverzüglichkeit 815 ff.
 Unwirksamkeit
 – relative 665
 – schwebende 33 ff., 58 ff., 1165 f.
 Unwirksamkeitsverbund 670, 1093 f.
 Unzweideutigkeit bei Anfechtungserklärungen 714 f.
 Urheberrecht 22 f.
 Urkunde 218
 Urlaub 807

- Urlaubsrecht 930 f.
 UWG-Novelle 348 f.
 UWG-Reform 348 f.
- Validierung 144
- Vaterschaftsanerkennung 152 f., 488 f., 643, 988
- Vaterschaftsanfechtung 488 f., 988 f.
 venire contra factum proprium 39 f., 724
- Verantwortlichkeitsallokation 413 f.
- Verantwortung des Erklärungsadressaten 1119 f.
- Verband 912 ff., 1158
- Verbandsklage 1031, 1158
- Verbandsrecht 912 ff.
- Verbraucher
 - Definition 243 ff.
 - siehe auch Verbraucherschutzrecht
- Verbraucherbedürfnis 41 f., 1067
- Verbraucherkreditrecht 239-241, 292 ff., 302 f., 603 f., 765 f., 782-784, 793 f., 899 f., 902-904, 1043
- Verbraucherkreditvertrag 48, 853
- Verbraucherschutzrecht 222 ff., 513-515, 599 ff., 699 f., 949 f., 1158 f.
 - Form des Widerrufs 625 ff.
 - Frist für Widerruf 739 ff.
 - Fristbeginn für Widerruf 742 ff., 752 ff., 791 ff.
 - Fristlänge für Widerruf 803 ff.
 - Kompensationspflicht 599 f.
 - Rückabwicklung 600 ff., 882 ff.
 - Rückgaberecht 1012 f.
 - Verhandlungshelfen 966 ff.
 - Verzicht auf Widerrufsrecht 1063 ff.
 - Vollmacht 472-474
 - Widerruf 33 ff., 625 ff.
 - Widerrufsfolgen 882 ff.
- Verbundene Geschäfte 670 ff., 762, 763 ff., 958 f., 1090-1093
- Verdacht 749
- Verdrängende Vollmacht 995
- Vereinbartes Widerrufsrecht 465 f.
- Vereinbarung eines Reurechts 78 ff., 1003 ff.
- Vereinbarungskontrolle 1027 ff.
- Vereinbarungstatbestand 872 f.
- Vereinbarung von Kompensationspflichten 1041 f., 1048
- Vererblichkeit von Beseitigungsrechten 985-988, 992
- Verfügung Nichtberechtigter 140 f.
- Verfügungserklärung 461 f., 693
- Verfügungsrecht 460 ff.
- Verfügungstatbestand 103 f.
- Verfügungsverbot 143 ff.
- Vergangenheit 930
- Vergleich 505 ff., 568 f.
- Vergleichsgebühr 568 f.
- Vergleichsgeschäfte einer AG 138
- Vergütung 602 f.
- Vergütungsfestsetzungen 529-531
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 550, 853 ff.
- Verhaltener Anspruch 593
- Verhandlungen 814 f.
- Verhandlungsführer 955 f.
- Verhandlungshelfen 966 ff.
- Verhandlungsstärke 1132 ff.
- Verhandlungsstoff 962
- Verhandlungstaktik 311 f., 330, 368 f., 374, 690, 835, 955, 1154
- Verhandlungsmacht 956
- Verifikation 305 f.
- Verjährungsfrist 808 ff.
- Verjährungsrecht 808 ff., 930 f.
- Verkäufer 662
- Verkaufsprospekt 212 f.
- Verkehrsschutz 921, 923
 - siehe auch Vertrauensschutz
- Verkehrssicherungspflicht 937 f.
- Verkehrsteuern 573 f.
- Verleihung der Rechtsfähigkeit 921
- Verleiten 835 f., 1119
 - siehe auch Täuschung
- Verluste 570 f., 573
- Verlustrechnung 927
- Verlustrisiko bei Erklärungen 821 ff.
- Vermittler 445
- Vermögensgesetz 482
- Vermögensschaden 202-206
- Vermögensverwaltung 76 f.
- Vermutung aufklärungsrichtigen Verhaltens 210 f.
- Vernehmungstheorie 95
- Vernichtung eines Testaments 9 f.
- Versandhandelsprivileg 782
- Verschlechterungseinrede 500 f.
- Verschulden 443 f., 1122 f.
- Verschuldensprinzip 371, 1123
- Verschuldensunabhängige Haftung 541 ff.
- Verschuldungsrisiko 297
- Versehen 789, 854
- Versicherer 881 f.
- Versicherung 551, 994 f., 1146
- Versicherungsrecht siehe Versicherungsvertragsrecht
- Versicherungspolice 795
- Versicherungsschein 795
- Versicherungsschutz, sofortiger 1069-1071
- Versicherungsvertragsrecht 56 ff., 242 f., 332 f., 515 f., 531-534, 638, 795 f., 856, 904 f., 946 f., 1069-1071, 1075, 1087 f., 1093 f.
- Verschmelzung 919

- Versprechensempfänger 162 f., 587 f., 658-660
 Verstreichenlassen einer Frist 849-851
 Verteidigungsmaßnahmen 696
 Vertragliche Beseitigungsrechte 78 ff., 911 f.,
 1003 ff., 1071, 1094 f.
 Vertragliche Rückabwicklungsregelung 949-
 951
 Vertragsabschlußkosten 563 f.
 Vertragsabschlußmarkt 610 f.
 Vertragsabschlußschaden 549
 Vertragsabschlußatbestand 15
 Vertragsänderung 651 f.
 Vertragsaufhebung 176 ff., 183 ff.
 Vertragsausführung 15 f., 23 f.
 Vertragserfüllungskosten 566
 Vertragserfüllungsschaden 549
 Vertragsgewinn 1117
 Vertragskonditionen 1067
 Vertragskosten 906 f.
 Vertragsschluß 744-746, 757 f.
 Vertragsstrafe 571, 1041
 Vertragsübernahme 669 f., 997 ff.
 Vertragsunterlagen 794 f.
 Vertragsurkunde 794 f.
 Vertragswidriges Verhalten als Drohmittel 366-
 368
 Vertragszins 601, 603
 Vertrag zu Gunsten Dritter 162 ff., 460, 587 f.,
 658-660, 974
 Vertrauensschaden 474 f., 549 ff., 1105 f.
 Vertrauensschutz 96, 98, 435 ff., 538 ff., 927 f.,
 1102, 1106 ff.
 – siehe auch Gutgläubensschutz
 Vertrauenstheorie 1127
 Vertrauenswürdigkeit 497 ff.
 Vertretererklärung 93 f.
 Vertretergeschäft 452, 468 ff., 591 ff.
 Vertreter ohne Vertretungsmacht 119-121
 Vertriebsmethoden 274-276, 1152
 Vertriebspersonal 225, 231-234, 517
 Verwahrung 111
 Verwaltungskosten 606
 Verwaltungskostenanteile 620
 Verweigerung der Unterschrift 776-778
 Verwendungsrisiko 1124
 Verwendungszweckstörung 1003 f.
 Verwirkung 521, 554, 712 f., 834 ff.
 Verzicht 918 f., 1058 ff.
 Verzögerungsrisiko 821 ff.
 Verzugszins 259 f.
 Viktimisierung 354 f.
 Viktimologie 354 f.
 Vinkulierung 924
 vir constans 802
 VOB/A 585 f.
 Volatile Märkte 509 f.
 Vollendung der Erklärung 35
 Vollmacht 70, 93 f., 436 f., 452, 468 ff., 591 ff.,
 716, 1061-1063, 1131
 Vollmachtsurkunde 470
 Vollstreckungsgegenklage 1008
 Vollzug 931
 Vorangegangenes Verschulden 443 f., 553,
 864 f.
 Vorbehalt 1097-1099
 Vorbereitung von Folgemaßnahmen 820 f.
 Vorfälligkeitsentschädigung 614 ff.
 Vorgehalt eines Arbeitnehmers 336 f.
 Vorhaltekosten 46 f., 49 f., 416, 428 f., 517,
 1136
 Vorkenntnisse 312 f.
 Vorkommission 115
 Vorläufige Deckungszusage 57
 Vorläufiger Insolvenzverwalter 142 ff.
 Vorleistungspflicht 888, 1053
 Vormund 121 ff., 676 f.
 Vormundschaftsgericht 121 ff., 676 f., 678 f.
 Vorrang der Individualvereinbarung 1049
 Vorsatz 339 f., 444
 Vorschußanspruch 887 f.
 Vorsicht 1022
 Vorsichtskosten 417, 428, 1145
 Vorsichtsprinzip 267
 Vorteil, übermäßiger 1126 f., 1129 f.
 Vorteilsausgleichung 203 f.
 Vorvertrag 86, 217
 Vorvertrags-AGB 1045 f.
 Vorweggenommene Erbfolge
 Vorzeitige Erfüllung 520
 Vorzeitige Schlechterfüllung 39

 Wahlrecht 1095 f., 1100 f.
 Wahrscheinlichkeit 50 f., 754 f., 853, 1119
 Ware
 – Erhalt 796 ff.
 – Rücksendung 633 f., 1043
 Warnfunktion 766 f., 772
 Website 631-633, 780-782
 Wechselbezügliche Verfügungen 639-641, 655,
 828 f.
 Wegfall der Bereicherung 454, 602 f.
 – siehe auch Entreicherungseinrede
 Wegfall der Geschäftsgrundlage 172, 558, 1004
 Weiterbeschäftigung 930
 Weiterbeschäftigungsanspruch 930
 Werbeanzeigen 346 ff.
 Werbeanstrengungen 1145
 Werbegeschenk 769, 1047
 Werbematerial 965
 Werbewirksamkeit 1025 f.
 Werbung 6, 346 ff., 963-966, 1157-1160,
 1167 f.

- Wert einer Arbeitsleistung 934
- Wert eines Beseitigungsrechts 994 f.
- Wert eines Gegenstands 495-497
- Wertersatzpflicht 878 f., 883 f., 891 ff., 929 f.
- Wertgrenze 888-890
- Wertpapier 212 f., 447 ff.
- Wertpapierrecht 447 ff.
- Wertschätzung 1157
- Werturteil 305 f., 332
- Wertverlust 894 f., 898 f.
- Wettbewerbsmarkt 1137, 1146
- Wettbewerbspolitik 1152
- Wettbewerbsrecht 1158-1160
- Wettbewerbswirtschaft 1146
- Wetten 509
- Widerrechtliche Drohung 349 ff.
- Widerrechtlichkeit der Täuschung 338
- Widerruf
 - Adressat 656 ff., 760 f.
 - Aneignungsgestattung 77 f., 111 f.
 - Angebot 98 f.
 - Annahme nach § 151 BGB 97 f.
 - Anweisung 77, 1045
 - Arbeitsvertragliche Sonderleistung 1028 f.
 - Arbeitszeugnis 166-168
 - Auslobung 417 f., 1059
 - Ausübungswahrscheinlichkeit 754 f., 853, 1147
 - bei behördlicher Genehmigungsbedürftigkeit 147-150
 - Belehrung 753 ff.
 - Bezugsberechtigung bei Kapitallebensversicherung 163-166
 - Dienstzeugnis 166-168
 - Ehenamensrecht 169 f., 643, 679, 991
 - Eingetragene Lebenspartnerschaft 643, 1100
 - Einigungserklärung 101 ff., 540
 - einseitiger Erklärung 68 ff.
 - Einwilligung 70-72, 437 f., 642
 - Ermächtigung 72
 - Folgen 758 ff.
 - Genehmigung 73
 - Genehmigungsverweigerung 73 f.
 - Heilbar unwirksame Rechtsgeschäfte 155 f.
 - Lästigkeitswert 755, 994 f.
 - Machtgeschäfte 69 ff., 419 f., 450-452
 - Musterbelehrung 759 ff.
 - Patentrecht 170 f.
 - Pendenzwiderrufsrecht 113 ff.
 - Rechtsaufgabeerklärung 112 f.
 - Scheck 449 f.
 - Stifter 152 f.
 - Testament 417 f., 639-641
 - Tilgungsbestimmung 141 f.
 - überholender 88 ff., 420, 538-540, 1059, 1077, 1123, 1127, 1130 f.
 - Überlassung der Vermögensverwaltung 76 f.
 - Vaterschaftsanerkenntnis 152 f., 642
 - Verbraucherschützensder 33 ff., 599 f., 625 ff., 739 ff., 823, 882 ff., 1011 f.
 - verspäteter 97 f.
 - Vertrag zu Gunsten Dritter 162 ff.
 - Vollmacht 70, 93 f., 436 f., 1131
 - Widerruf 1099 ff.
- Widerruf eines Testaments 9-11, 69, 417 f., 639-641
- Widerruf eines Widerrufs 1099 ff.
- Widerrufflichkeit 70 f.
- Widerrufsabsicht 10 f.
- Widerrufsausschlüsse 71 f.
- Widerrufsbelehrung 660 ff., 668 f., 743 f., 752 ff., 1079 f.
 - siehe auch Belehrungsobliegenheit
- Widerrufsfolgen 875 ff., 882 ff.
- Widerrufsrecht 33 ff., 68 ff., 88 ff., 113 ff., 162 ff.
 - prozessuales 479
 - siehe auch Widerruf
- Widerrufsvorbehalt 86 f., 156 ff., 420, 650 f., 679-681, 877 f., 1005 f., 1020 f., 1022-1025
- Widerrufswahrscheinlichkeit 50 f., 853, 1147
- Widerspruch 524, 1107 f.
- Widerspruchsfreiheit 494
- Widerspruchsrecht 58 ff.
- Wiederanlage 615 f.
- Wiederanlagerendite 615 f.
- Wiederanlagezinssatz 617, 619
- Wiederaufnahme im Prozeßrecht 848 f.
- Wiederaufnahme selbständiger Tätigkeit 256
- Wiedergabemöglichkeit 627 ff.
- Wiedergutmachung 358 f.
- Wiederholungsgefahr 1158
- Wiederholungsmöglichkeit 826-828
- Wille 28, 30 f.
- Willensbeugung siehe Drohung
- Willensbeugungsdelikt 800
- Willensdogma 29-31, 1127
- Willensfreiheit 222, 303 f.
- Willensmängel
 - bei Eingehung der Ehe 485 f.
 - siehe auch Drohung, Irrtum, Täuschung
- windfall profit 998 f.
- „Windhundrennen“ 922
- Wirksamkeit
 - schwebende 33 ff., 58 ff., 65 ff.
- Wirksamwerden von Erklärungen 538
- Wirtschaftliche Notlage 1126, 1129
- Wirtschaftliche Unabhängigkeit 956
- Wirtschaftlich-tatsächliche Betrachtungsweise 575
- Wirtschaftsordnung 4
- Wissenserklärung 167

- Wohlfahrt 267 f., 380-382
 Wohlfahrtssteigerung 267 f.
 Wohlverhalten 1023 f.
 Wohnung 225-227
 Wucher 1130
- Zahlungsunfähigkeit 598 f.
 Zedent 657 f.
 Zeitdruck 1152-1154
 Zeitmoment der Verwirkung 836
 Zeitpunkt 17 f.
 Zerreißen 9 f.
 Zession 141 f., 457-460, 462 f., 588-590, 657 f.,
 989 f.
 Zessionar 457-460, 657 f.
 Zessionserklärung 458 f.
 Zessionskette 589
 Zeugnis 163-166
 Zielkonflikt 400
 Zins 601, 899
 Zinserwartung 616 f.
 Zinshöhe 997 f.
 Zinskurve 616
 Zinsmargenschaden 619
 Zinssatz 601, 617
 Zinsstrukturkurve 616
 Zinsverschlechterungsschaden 619
- Zuckerbrot und Peitsche 955
 Zuflußprinzip 620
 Zugang 90-93, 94-97, 538, 668, 744, 779 f.,
 822 f.
 Zugeständnis 329 f.
 Zugewinnngemeinschaft 128 f.
 Zumutbarkeit 853 ff.
 Zurechnung 953 ff.
 Zurückbehaltungsrecht 1053
 Zurückhalten der eigenen Leistung 49 f.
 Zurverfügungstellen 794 f.
 Zustimmung 143, 178-180, 913 f.
 Zustimmungsvorbehalt 142 ff., 955 f.
 Zuwendungsverzicht 829 f.
 Zwangslage 800-802, 1152, 1162 f.
 – vermeintliche 1164
 Zwangsversteigerung 585
 Zwangsvollstreckungsrecht 933
 Zwang zur Ausübung eines Rechts 845
 Zwang zur Erklärungsabgabe 725-728
 Zweckerfüllung 512 ff.
 Zweiaktigkeit 426 ff.
 Zweifelsvorbehalt 309
 Zweigliedrigkeit des Tatbestands 44 f.
 Zweiseitiges Rechtsgeschäft 872 ff.
 Zwei-Urkunden-Modell 767

Jus Privatum

Beiträge zum Privatrecht – Alphabetische Übersicht

- Adolphsen, Jens*: Internationale Dopingstrafen. 2003. *Band 78*.
- Assmann, Dorothea*: Die Vormerkung (§ 883 BGB). 1998. *Band 29*.
- Bayer, Walter*: Der Vertrag zugunsten Dritter. 1995. *Band 11*.
- Beater, Axel*: Nachahmen im Wettbewerb. 1995. *Band 10*.
- Beckmann, Roland Michael*: Wichtigkeit und Personenschutz. 1998. *Band 34*.
- Berger, Christian*: Rechtsgeschäftliche Verfügungsbeschränkungen. 1998. *Band 25*.
- Berger, Klaus*: Der Aufrechnungsvertrag. 1996. *Band 20*.
- Bittner, Claudia*: Europäisches und internationales Betriebsrentenrecht. 2000. *Band 46*.
- Bodewig, Theo*: Der Rückruf fehlerhafter Produkte. 1999. *Band 36*.
- Braun, Johann*: Grundfragen der Abänderungsklage. 1994. *Band 4*.
- Brors, Christiane*: Die Abschaffung der Fürsorgepflicht. 2002. *Band 67*.
- Bruns, Alexander*: Haftungsbeschränkung und Mindesthaftung. 2003. *Band 74*.
- Busche, Jan*: Privatautonomie und Kontrahierungszwang. 1999. *Band 40*.
- Dauner-Lieb, Barbara*: Unternehmen in Sondervermögen. 1998. *Band 35*.
- Dehloff, Nina*: Europäisierung des Wettbewerbsrechts. 2001. *Band 54*.
- Dreier, Thomas*: Kompensation und Prävention. 2002. *Band 71*.
- Drexl, Josef*: Die wirtschaftliche Selbstbestimmung des Verbrauchers. 1998. *Band 31*.
- Eberl-Borges, Christina*: Die Erbauseinandersetzung. 2000. *Band 45*.
- Einsele, Dorothee*: Wertpapierrecht als Schuldrecht. 1995. *Band 8*.
- Ekkenga, Jens*: Anlegerschutz, Rechnungslegung und Kapitalmarkt. 1998. *Band 30*.
- Ellger, Reinhard*: Bereicherung durch Eingriff. 2002. *Band 63*.
- Escher-Weingart, Christina*: Reform durch Deregulierung im Kapitalgesellschaftsrecht. 2001. *Band 49*.
- Giesen, Richard*: Tarifvertragliche Rechtsgestaltung für den Betrieb. 2002. *Band 64*.
- Götting, Horst-Peter*: Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte. 1995. *Band 7*.
- Gsell, Beate*: Substanzverletzung und Herstellung. 2003. *Band 80*.
- Habersack, Mathias*: Die Mitgliedschaft – subjektives und 'sonstiges' Recht. 1996. *Band 17*.
- Haedicke, Maximilian*: Rechtskauf und Rechtsmängelhaftung. 2003. *Band 77*.
- Heermann, Peter W.*: Drittfinanzierte Erwerbsgeschäfte. 1998. *Band 24*.
- Heinemann, Andreas*: Immaterialgüterschutz in der Wettbewerbsordnung. 2002. *Band 65*.
- Heinrich, Christian*: Formale Freiheit und materielle Gerechtigkeit. 2000. *Band 47*.
- Henssler, Martin*: Risiko als Vertragsgegenstand. 1994. *Band 6*.
- Hergenröder, Curt Wolfgang*: Zivilprozessuale Grundlagen richterlicher Rechtsfortbildung. 1995. *Band 12*.
- Hess, Burkhard*: Intertemporales Privatrecht. 1998. *Band 26*.
- Hofer, Sibylle*: Freiheit ohne Grenzen. 2001. *Band 53*.
- Huber, Peter*: Irrtumsanfechtung und Sachmängelhaftung. 2001. *Band 58*.
- Jänich, Volker*: Geistiges Eigentum – eine Komplementärscheinung zum Sacheigentum? 2002. *Band 66*.
- Jansen, Nils*: Die Struktur des Haftungsrechts. 2003. *Band 76*.
- Jung, Peter*: Der Unternehmergesellschafter als personaler Kern der rechtsfähigen Gesellschaft. 2002. *Band 75*.
- Junker, Abbo*: Internationales Arbeitsrecht im Konzern. 1992. *Band 2*.
- Kaiser, Dagmar*: Die Rückabwicklung gegenseitiger Verträge wegen Nicht- und Schlechterfüllung nach BGB. 2000. *Band 43*.
- Katzenmeier, Christian*: Arzthaftung. 2002. *Band 62*.
- Kindler, Peter*: Gesetzliche Zinsansprüche im Zivil- und Handelsrecht. 1996. *Band 16*.
- Kleindiek, Detlef*: Deliktshaftung und juristische Person. 1997. *Band 22*.
- Krause, Rüdiger*: Mitarbeit in Unternehmen. 2002. *Band 70*.
- Luttermann, Claus*: Unternehmen, Kapital und Genußrechte. 1998. *Band 32*.
- Looschelders, Dirk*: Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten im Privatrecht. 1999. *Band 38*.

- Lipp, Volker*: Freiheit und Fürsorge: Der Mensch als Rechtsperson. 2000. *Band 42*.
- Mankowski, Peter*: Beseitigungsrechte. Anfechtung, Widerruf und verwandte Institute. 2003. *Band 81*.
- Merkt, Hanno*: Unternehmenspublizität. 2001. *Band 51*.
- Möllers, Thomas M.J.*: Rechtsgüterschutz im Umwelt- und Haftungsrecht. 1996. *Band 18*.
- Muscheler, Karlheinz*: Die Haftungsordnung der Testamentsvollstreckung. 1994. *Band 5*.
– Universalsukzession und Vonselbsterwerb. 2002. *Band 68*.
- Oechsler, Jürgen*: Gerechtigkeit im modernen Austauschvertrag. 1997. *Band 21*.
- Oetker, Hartmut*: Das Dauerschuldverhältnis und seine Beendigung. 1994. *Band 9*.
- Ohly, Ansgar*: „Volenti non fit iniuria“ Die Einwilligung im Privatrecht. 2002. *Band 73*:
- Oppermann, Bernd H.*: Unterlassungsanspruch und materielle Gerechtigkeit im Wettbewerbsprozeß. 1993. *Band 3*.
- Peifer, Karl-Nikolaus*: Individualität im Zivilrecht. 2001. *Band 52*.
- Peiers, Frank*: Der Entzug des Eigentums an beweglichen Sachen durch gutgläubigen Erwerb. 1991. *Band 1*.
- Raab, Thomas*: Austauschverträge mit Drittbeteiligung. 1999. *Band 41*.
- Reiff, Peter*: Die Haftungsverfassungen nichtrechtsfähiger unternehmenstragender Verbände. 1996. *Band 19*.
- Repgen, Tilman*: Die soziale Aufgabe des Privatrechts. 2001. *Band 60*.
- Rohe, Mathias*: Netzverträge. 1998. *Band 23*.
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von*: Der Betreuer als gesetzlicher Vertreter für eingeschränkt Selbstbestimmungsfähige. 1999. *Band 39*.
- Saenger, Ingo*: Einstweiliger Rechtsschutz und materiellrechtliche Selbsterfüllung. 1998. *Band 27*.
- Sandmann, Bernd*: Die Haftung von Arbeitnehmern, Geschäftsführern und leitenden Angestellten. 2001. *Band 50*.
- Schäfer, Carsten*: Die Lehre vom fehlerhaften Verband. 2002. *Band 69*.
- Schur, Wolfgang*: Leistung und Sorgfalt. 2001. *Band 61*.
- Schwarze, Roland*: Vorvertragliche Verständigungspflichten. 2001. *Band 57*.
- Sieker, Susanne*: Umgehungsgeschäfte. 2001. *Band 56*.
- Stadler, Astrid*: Gestaltungsfreiheit und Verkehrsschutz durch Abstraktion. 1996. *Band 15*.
- Stoffels, Markus*: Gesetzlich nicht geregelte Schuldverhältnisse. 2001. *Band 59*.
- Taeger, Jürgen*: Außervertragliche Haftung für fehlerhafte Computerprogramme. 1995. *Band 13*.
- Trunk, Alexander*: Internationales Insolvenzrecht. 1998. *Band 28*.
- Veil, Rüdiger*: Unternehmensverträge. 2003. *Band 79*.
- Wagner, Gerhard*: Prozeßverträge. 1998. *Band 33*.
- Waltermann, Raimund*: Rechtsetzung durch Betriebsvereinbarung zwischen Privatautonomie und Tarifautonomie. 1996. *Band 14*.
- Weber, Christoph*: Privatautonomie und Außeneinfluß im Gesellschaftsrecht. 2000. *Band 44*.
- Wendehorst, Christiane*: Anspruch und Ausgleich. 1999. *Band 37*.
- Wiebe, Andreas*: Die elektronische Willenserklärung. 2002. *Band 72*.
- Würthwein, Susanne*: Schadensersatz für Verlust der Nutzungsmöglichkeit einer Sache oder für entgangene Gebrauchsvorteile? 2001. *Band 48*.